

Wer braucht eigentlich die Polizei?

Ausgabe Nr. 70, 16. Januar 2024



Kampferfahrene martialische Muskelpakete, die in einem endlosen Ringen von Gut und Böse gegen Mafiabosse, Serienkiller und Bankräuber Kugeln und Fäuste fliegen lassen. Melancholische Kriminalkommissar:innen mit Suchterfahrungen, die die Tiefen der menschlichen Psyche ausloten. Enthusiastische Straßencops, die die harte Realität des Bulle-Seins kennenlernen und ganz nah an „den Jungs im Problemkiez“ arbeiten wollen. In Film, Fernsehen und Literatur sind das einige zentrale Facetten der Polizei. Selbst die Fiktion zeigt, wie normalisiert die Anwesenheit der Polizei in unserer Gesellschaft ist. Allerdings sind die „Helfer:innen“ oder „Freund:innen“ in Uniform in der Realität oft alles andere als beschützende Held:innen. Für viele Menschen sind sie die Gefahr selbst. Warum das so ist, dafür gibt es viele Gründe: Institutioneller Rassismus, rechter Corpsgeist oder harte Männlichkeit; aber auch die zahlreichen Gesetze, die das Eigentum Weniger sichern und anderen dazu – auch mittels polizeilicher Gewalt – den Zugriff verwehren. Um zu verstehen, weshalb die Polizei als Institution zur Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols kaum hinterfragt, geschweige denn grundlegend auf den Prüfstand gestellt wird, müssen wir uns nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Geschichte der Sicherheitsbehörde ansehen.

Vom 15. bis ins 18. Jahrhundert hinein wurden unzählige Ländereien privatisiert und Leibeigene sowie Kleinbauern vertrieben, die in die immer größer werdenden Städte abwanderten. Dort, als in Armut gehaltene Reservearmee für die entstehenden Fabriken, stellten sie für die Obrigkeit bald eine schwer zu regierende „Gefahr“ dar. Mit der von Fürsten, Königen und Rechtsgelehrten betriebenen „Polizeywissenschaft“ etablierte sich ein neuer Typus der Menschenführung, der führend und leitend sein sollte. Die „Polizey“ tritt hier als überwachendes Ordnungsprinzip auf, indem sie unproduktive Kräfte sanktioniert oder eliminiert und die Kraft des Staates erhöht. Allem voran wollte die Obrigkeit sich vor vermeintlichen Kriminellen schützen. Gegenstand der Verordnungen waren bereits in früheren Zeiten Marginalisierte: sogenannte Vagabunden, Romn:ja und Sinte:zze, Jüd:innen, Diebe, Sexarbeiter:innen und „aufrührerische“ Frauen. Das Durchführen von Passkontrollen und Hausdurchsuchungen durch die bezahlten Sklavenpatrouillen in den Südstaaten der USA wurde später auch von Polizeien Europas und der Nordstaaten übernommen. Rassismus ist eine zentrale Strukturkategorie der Polizei, genauso wie die Disziplinierung und Bestrafung von Armen. Die potenziell tödlichen Auswirkungen dieser Politiken sind bis heute sichtbar und spürbar – von Neukölln bis nach Mühlheim an der Ruhr.

Mit dem Ende des 18. Jahrhunderts und dem Einsetzen des Liberalismus wurde die Polizei als Institution mehr und mehr zum Durchsetzungsorgan der herrschenden Klasse und zur Niederschlagung von Streiks und Massenprotesten, zur Einhegung des „Pöbels“, eingesetzt. Nicht zuletzt zeigt der Deutsche Faschismus, wie rasch eine liberal-rechtsstaatliche Polizei zur Terrorinstanz werden kann. In der NS-Zeit wurde die Polizei mit Befugnissen ausgestattet, die sie in

alle Lebensbereiche straffrei intervenieren ließ. Die Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden, der Romn*ja und Sinte*zze, der politisch Verfolgten und Emigrant:innen war eine polizeiliche Operation. Bis heute gilt: Obwohl das Recht der zentrale Legitimationsrahmen der Polizei ist, kann sie sich leicht von ihren gesetzlichen Schranken befreien und souverän agieren, indem sie für sich selbst den Ausnahmezustand erklärt.

Wir fragen uns in dieser Ausgabe, wie die Geschichte der Polizei auf die Gegenwart wirkt. Den Aufschlag dazu macht Mesut Bayraktar mit einem Essay, der die Verflechtungen von Armut, Pöbel, Polizei – und Potenziale des popularen Widerstands – mit Hegel und Marx skizziert. Wir sagen: Die Institution Polizei muss es nicht für immer geben – und eine abolitionistische Perspektive, die diesem Gedanken Rechnung trägt, ist mehr als überfällig! Im Interview mit der Kampagne „Ihr seid keine Sicherheit“ (ISKS) und in unseren Schwerpunktrezensionen machen die Beitragenden dies mit dem Verweis auf soziale und emanzipatorische Alternativen deutlich.

In unserer 71. Ausgabe im April 2024 geht es um die Frage, welchen Platz Emotionen und Affekte in der politischen Sphäre haben, wo Politik mit ihnen gemacht wird – und auch, wie wir Emotionen in unserer eigenen politischen Arbeit als wichtigen Teil kollektiver Praxis begreifen können.

Wir wünschen euch viel Freude beim kritischen Lesen!

„Sicherheit kommt durch soziale Unterstützung!“



Interview mit Hannah und Norah von der Kampagne ISKS

Polizei und Sicherheitsapparate werden massiv aufgerüstet, Polizeigewalt stetig weiter normalisiert. Dieser Entwicklung muss eine gemeinschaftliche Verantwortungsübernahme entgegengestellt werden.

kritisch-lesen.de: Hallo ihr beiden, schön, dass wir miteinander sprechen können. Fangen wir mit einer kurzen Vorstellung eurer Arbeit an: Wann und warum habt ihr euch zusammengefunden?

Norah: *Ihr Seid keine Sicherheit!* ist zunächst als Bündnis gestartet. Es ging um eine Demonstration am 8. Mai 2021 unter dem Titel „Ihr seid keine Sicherheit! Gemeinsam gegen Rassismus und Nazis in den Sicherheitsbehörden“. Den Aufruf dazu hatten 80 zivilgesellschaftliche Akteurinnen unterzeichnet. Daraus ist dann die Kampagne *Ihr Seid keine Sicherheit!* (ISKS) entstanden. Wir haben das Ziel, unterschiedliche Gruppen, die zu struktureller Gewalt von Polizei und Sicherheitsbehörden arbeiten, zusammenzubringen und gemeinsam Druck auf eine polizeifreundliche Öffentlichkeit auszuüben. Damit wollen wir nicht nur das Polizeiproblem anklagen, sondern auch neue Konzepte von Sicherheit und ein Umdenken bezüglich Strafen und Kontrolle anregen. Im Mai 2023 haben wir gemeinsam mit anderen Initiativen einen Kongress zum Thema „Abolitionismus jetzt“ organisiert; Schwerpunkt war die Fragestellung: Wie kann eine Gesellschaft ohne Polizei aussehen, ohne Strafen, ohne Gefängnisse? Das bedeutet also auch, gegen Migrationskontrolle, Gewalt gegen Menschen, die von Armut und Wohnungslosigkeit betroffen sind und auch ganz konkret gegen die Kriminalisierung von sozialen linken Bewegungen zu arbeiten.

Hannah: Ein weiterer, leider immer wieder notwendiger Schwerpunkt unserer Arbeit ist die Mobilisierung rund um Polizeimorde. Das Jahr 2024 ist erst ein paar Tage alt und schon sind in Deutschland mehrere Menschen in Polizeieinsätzen oder Polizeigewahrsam gestorben, zuletzt in Mühlheim an der Ruhr und Aachen. Zudem haben wir viel zum Thema kbOs, also kriminalitätsbelastete Orte in Berlin, gearbeitet und auch zum Thema rechte Netzwerke in Polizei und Sicherheitsbehörden. Aktuell sind wir etwa an den Verschärfungen des Polizeigesetzes in Berlin dran, dem ASOG, die Mitte Dezember 2023 durchgesetzt wurden. Und wir arbeiten zum Thema organisierte Vernachlässigung. Darunter verstehen wir, dass Kürzungen und zunehmende Repression ineinandergreifen; dass durch Kürzungen im sozialen Bereich und der Vernachlässigung bestimmter Gegenden sowie dem Aufbau eines Gefahrenbildes eine soziale Krise geschürt wird, die dann wieder mehr Investitionen in die Polizei und den Sicherheitsapparat rechtfertigt; deutlich zu sehen in den Debatten rund um Neukölln.

Könnt ihr mehr zu dem aktuellen Verschärfungen des Polizeigesetzes in Berlin sagen?

Norah: Es gab in den letzten Jahren in zahlreichen Bundesländern Verschärfungen der Polizeigesetze, so auch in Berlin. Was wir dabei besonders kritisch sehen, ist die verstärkte Bedrohung von Freiheitsrechten. So konnte man zuvor bis zu zwei Tage in sogenannte Präventivhaft genommen werden, nun sind es bis zu fünf Tage. Zum Vergleich: In Bayern wurde es sogar auf bis zu 30 Tage verschärft. Man sieht an der Entwicklung der letzten Jahre insgesamt, dass diese Verschärfungen in den Bundesländern vor allem dazu dienten, Proteste zu kriminalisieren. Ganz massiv zum Beispiel Klimaproteste. Wegen Straßenblockaden saßen Aktivist*innen in Bayern

dann 30 Tage lang in Präventivhaft.

In Berlin soll die Polizei jetzt außerdem großzügig mit Tasern und Bodycams ausgestattet werden, 5,7 Millionen Euro wurden dafür bereitgestellt. Dabei sind Taser als Mittel stark in der Kritik, die Verwendung hat in der Vergangenheit schon vielfach zu Verletzten und Toten geführt. Es fließt hier jedes Mal mehr Geld in die Polizei anstatt in soziale Institutionen. Auch der Blick auf Statistiken zeigt: Was letztlich kriminelle Handlungen von Leuten verhindert, ist nicht ein größerer Sicherheitsapparat, sondern soziale Institutionen und eine sozialere Ressourcenverteilung, damit Menschen überhaupt nicht dazu gebracht werden, Straftaten zu begehen. Die Diskussionen um den Görlitzer Park sind dafür ein Beispiel: Da wird dann nicht zuletzt eine schlimme Vergewaltigung instrumentalisiert, um polizeiliche Sicherheitsmaßnahmen auszubauen und das Budget der Polizei zu erhöhen. Und gleichzeitig sind Institutionen wie Frauenhäuser, die tatsächlich Schutz für Frauen schaffen – ein Großteil sexualisierter Gewalt geschieht im Privaten, der Schutz hier ist imminently wichtig – mit finanziellen Kürzungen konfrontiert.

Das schnelle Durchpeitschen des verschärften Polizeigesetzes in den letzten Monaten passt da leider genau ins Bild.

Norah: Ich finde es skandalös, wie sang- und klanglos dieses Polizeigesetz verabschiedet wurde. In Bayern zum Beispiel gab es 2018 große Mobilisierungen, da waren rund 40.000 Leute auf der Straße, auch wenn das Gesetz am Ende trotzdem durchgewunken wurde. Wir hier in Berlin haben das *Bündnis für Soziale Sicherheit* gegründet und Kundgebungen organisiert mit dem Tenor: „Nein zu den ASOG-Verschärfungen! Soziale Lösungen statt Law & Order!“ Wir standen im Dezember 2023 vor dem Abgeordnetenhaus und haben versucht, vor den Abgeordneten Öffentlichkeit für das Thema zu schaffen. Aber das Gesetz ist nun extrem schnell verabschiedet worden. Wir wollen trotzdem weiter dranbleiben, auch bundesweit.

Hannah: Sowohl im *Bündnis Soziale Sicherheit* als auch in unserer eigenen Gruppe wollen wir einen Zusammenhang klar herausarbeiten: Überall wird eingespart – die Regierung hält unbeirrt an der Schuldenbremse fest und die aktuelle Austeritätspolitik wird als alternativlos verkauft. Der einzige Bereich, in dem das nicht so ist, in den sogar massiv Geld hineinfließt, sind in die Sicherheitsinstitutionen. Kurz gesagt, kann man dies mit „organisierter sozialer Vernachlässigung“ beschreiben. Gezielt werden bestimmte Bevölkerungsgruppen im Stich gelassen. Die sozialen Probleme, die dadurch entstehen, werden individualisiert oder auf Basis von Rassismus bestimmten Gruppen zugeschrieben, die als inhärent gefährlich für Gesellschaft gelabelt werden.

Norah: Die Kriminalisierung, die etwa in der Sonnenallee stattgefunden hat, zuletzt die Silvesterdebatte, reiht sich hier ein: So wird Neukölln immer aufs Neue als gefährlicher Ort markiert und weitere Investitionen in die Polizei gerechtfertigt.

Ihr habt die Zuspitzungen der letzten Zeit angesprochen, die auch die Verschiebung eurer Themenschwerpunkte notwendig gemacht haben; mehr hin zu einer ad hoc-Reaktion gegen krasse Übergriffe und Repressionen der Polizei, insbesondere in Berlin-Neukölln, aber auch darüber hinaus. Könnt ihr die Verschärfungen, die da stattgefunden haben, nochmal etwas genauer einordnen? Vieles davon fand zum Beispiel während der Demonstrationen und Kundgebungen gegen den Krieg in Gaza statt – welche Erfahrungen habt ihr dort gesammelt? Wie ordnet ihr ein, dass die Polizeipräsenz auch eine neue Form der gesellschaftlichen Normalisierung erfährt?

Hannah: Hier sind mehrere Punkte wichtig. Zunächst sollen die Kriminalisierung und die krassen Repressionen verhindert, dass bestimmte Formen von Solidarität entstehen. Diese ad hoc-Bewältigung von Gewalt und Repression bindet viele Ressourcen. Aber wir erleben hier nichts komplett Neues, sondern eine Verschärfung dessen, was wir in der Vergangenheit schon erlebt haben. Es ist der Aufbau eines rassistischen Feindbilds unter dem Deckmantel von Sicherheit. Beispielsweise im Verbot und der Kriminalisierung von kurdischen Bewegungen und Protesten haben wir das schon seit Jahren gesehen, und eben auch bei palästinensischen Organisationen und

propalästinensischen Protesten. Auch im Mai 2023 zum Beispiel wurden die meisten Gedenkveranstaltungen zur Nakba verboten – und die einzige Veranstaltung, die dann stattfinden durfte, wurde von der Polizei zerschlagen.

Für die rassistischen Strukturen, die hier greifen, kann man sich neben den Silvester-Debatten der letzten Jahre, auch die Debatten um Shisha-Bars, „Clans“ oder eben die um die sogenannten kriminalitätsbelasteten Orte ansehen. Wir versuchen zu zeigen, wie die Polizei sich auf dieser Basis immer mehr Ermessensspielräume aneignet.

Die Konsequenz dieser Entwicklung ist eine zunehmende Verschärfung des Polizeistaates. Dieser zeigt sich auch in dem erweiterten Polizieren kritischer Öffentlichkeit unter anderem durch das Entziehen öffentlicher Gelder und Räume. Auch diese Verbannung führt zur Normalisierung von Gewalt.

Norah: Diese Feindbild-Konstruktionen werden gerade auch massiv von den Rechten genutzt, gerade in den Palästina-Israel-Debatten. Es ist absurd, dass sich jetzt Nazis und Rechte gegen Antisemitismus aufstellen, gegen einen Grundpfeiler rechter Ideologie. Auf rechten Aufmärschen sind ständig antisemitische Parolen zu hören und zu lesen. Das ist für die Polizei aber selten ein Problem. Und bei den Demos gegen den Gaza-Krieg soll man es dann plötzlich ausschließlich mit Antisemiten zu tun haben.

Hannah: Ich möchte noch mal den Punkt der Normalisierung aufgreifen: An Silvester war es in Berlin entgegen medialen Schreckensvorhersagen weitgehend ruhig. Nun feiert man die Polizei für ihr „gutes“ Sicherheitssystem ab, das zu weniger Gewalt geführt habe. Aber was bedeuten hier Gewalt und Sicherheit – Gewalt gegen wen oder Sicherheit für was? In ganz Neukölln waren 4.000–5.000 Polizisten auf der Straße, 390 Leute wurden verhaftet, es wurden Checkpoints errichtet und Straßenzügen abgesperrt. Ist das Sicherheit? Wir sehen eine krasse Eskalation von rassistischer staatlicher Gewalt, die aber öffentlich als Sicherheit verkauft wird.

Aktuell findet insgesamt eine deutliche Normalisierung von rechten Positionen bis in die politische Mitte statt. Wenn man sich zum Beispiel die Diskussionen um die Reform des europäischen Asylgesetzes (GEAS) anschaut, fällt man aus allen Wolken, weil man so etwas bis vor Kurzem unter der aktuellen Regierung nicht für möglich gehalten hätte. Habt ihr als Kampagne noch andere Beispiele?

Hannah: Es ist gruselig, wenn auch für viele nicht ganz so überraschend, jetzt diese zunehmende Faschisierung der Gesellschaft zu erleben, angetrieben von staatlicher Politik. Ein elementarer Bestandteil dafür ist die Beschwörung eines gefährlichen oder unwürdigen „Anderen“. Das passiert an den und durch die Grenzen, durch faktische Aufhebung des Asylrechts in Europa und das Befeuern eines Abschieberegimes und es resultiert aus der Versicherheitlichung der Öffentlichkeit. Der Zusammenhang mit der Verschärfung des Grenzregimes ist also extrem wichtig. Damit normalisiert sich das Verständnis von Sicherheit als Abgrenzung noch mal auf anderer Ebene: die vermeintliche Notwendigkeit, allorts Mauern hochzuziehen und die Bewegung von Menschen zu kontrollieren, innerhalb des eigenen Landes, an den europäischen Außengrenzen und darüber hinaus.

Norah: Ich denke auch hier an das Sondervermögen für die Bundeswehr und die Debatten um eine neue Wehrpflicht in der letzten Zeit. Auch Krieg ist wieder normal geworden. Globale Konflikte werden dazu genutzt, Aufrüstung zu rechtfertigen. Die Nähe des Ukraine-Kriegs etwa zu Mitteleuropa hat definitiv dazu beigetragen, den Sicherheitsdiskurs und insgesamt die Militarisierung der Gesellschaft zu normalisieren.

Die Polizei ist, auch historisch gesehen eben kein Freund und Helfer sondern ein Instrument zur Kontrolle, zur Disziplinierung, zur gewaltvollen Einhegung von Menschen. Versucht ihr auch solche historische Kontinuitäten mit in eure Arbeiten aufzunehmen?

Hannah: So alternativlos die Polizei oft dargestellt wird, ihre Geschichte ist noch nicht sehr alt. Zudem ist ihre Funktion durch die Geschichte hinweg inhärent gewaltvoll. Das zu verstehen, ist ein Grund mehr zu sagen: Diese Institution ist nicht von der Geschichte zu befreien und dadurch auch nicht zu reformieren. Es braucht grundsätzliche Alternativen.

Für viele Leute ist es schon mal ein Schritt, polizeikritisch zu sein oder ACAB zu rufen – also ich rede ich jetzt nicht nur über unsere Gruppe, sondern generell über Linke oder die Gegenkultur. Es ist aber auch wichtig, in einem zweiten Schritt die Funktion der Polizei historisch und aktuell nachzuvollziehen. Dass wir etwa die koloniale und imperiale Geschichte der Polizei mit der Art und Weise verbinden, wie diese sich auch heute zeigt: In der Externalisierung der Grenzen, in der Art und Weise, wie die deutsche Polizei die Polizei und das Militär in anderen Ländern weiterbildet und so weiter und so fort. Darauf achten wir auch, wenn wir Themenbereiche für unsere Arbeit als Kampagne auswählen. Wir fragen uns: Geht es nur darum, zu sagen, diese Form von Polizeigewalt ist gerade geschehen, oder geht es darum, zu zeigen, warum sie geschehen ist?

Norah: Die Polizei wurde unter anderem gezielt dafür geschaffen, Arbeiter:innen zu disziplinieren und Aufstände von Arbeiter:innen sowie generell als fremd und besitzlos markierte Menschen zu kontrollieren und einzuhegen. Das war und ist bis heute eine ganz klare Funktion der Polizei: Fortschritt, soziale Bewegung, Veränderung zu verhindern. Und dass sie in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg nie entnazifiziert wurde, ist da wenig überraschend. Die Alliierten haben sich entschieden, den Polizeiapparat samt seiner Funktionäre einfach zu übernehmen. Und bis heute existieren diese rechten Netzwerke. Es ist immer wieder erschreckend, wenn rassistische Polizei-Chats öffentlich werden; wenn rauskommt, wie viel Munition und Waffen irgendwie „verschwinden“; wenn sichtbar wird, dass Polizist:innen sich zusammentun und sich auf den Tag X vorbereiten – denn sie sind es, die die Waffen in der Hand haben. Diese Kontinuität der Nazigeschichte bis heute treibt den Rechtsruck und die Normalisierung der Sicherheitsdebatten stark mit an.

Wie kann man dagegen arbeiten? Was habt ihr für Ansatzpunkte als ISKS?

Hannah: Wir beziehen uns auf Konzepte des Abolitionismus. Eine Tradition der Theorie und Praxis, die aus der Abschaffung der Sklaverei kommt. Aus diesen Kontinuitäten heraus kämpfen heutige Abolitionist:innen für die Überwindung von Strafreimen. Das bedeutet nicht nur zu sagen, dass wir die Polizei, das Militär und Grenzen abschaffen müssen – auch wenn all dies notwendig ist. Vielmehr geht es darum, eine Gesellschaft zu schaffen, in der die beschriebene Durchsetzung von Sicherheit überhaupt nicht mehr nötig oder möglich ist. Das klingt vielleicht utopisch, aber dann in einem positiven Sinne: eine Gesellschaft ohne Polizei wächst aus dieser jetzt bestehenden Gesellschaft heraus und stellt nicht eine ganz entfernte, unerreichbare Situation dar. Kleine Schritte, die aus dieser Tradition herauskommen, wären zum Beispiel „nicht-reformistische Reformen“: Also das transformative Potenzial bestimmter Reformen ernst zu nehmen und von den Reformen abzugrenzen, die Unterdrückung nur in anderer Form weiterführen. Beispiele dafür sind Reformen rund um „Defund the Police“, also sich genau anzuschauen, welche Schritte dazu führen, dass weniger Geld in Polizei und andere Sicherheitsbehörden fließt; und dieses Geld dann in jene Gemeinschaften investieren, die von der Polizei drangsaliert werden. Also nicht-polizeiliche Alternativen schaffen für sogenannte Probleme der öffentlichen Ordnung. Wir wollen an einen Punkt kommen, an dem wir sagen können: Cops raus aus unseren Kiezen. Konzepte wie „Kotti für alle!“ statt der Polizeiwache am Kottbusser Tor wäre eine solche Alternative.

Ein anderes Beispiel ist, Entkriminalisierung zu stärken, etwa durch das Bündnis *Ersatzfreiheitsstrafen abschaffen*. Keine Kürzung der Länge der Strafe wie kürzlich vom Bundestag beschlossen, sondern deren Abschaffung; ein Ende dieser Form der Bestrafung von Armen, die sich in eine generelle Klassenjustiz einreihet; oder auch Zwangsräumungen zu stoppen. Die abolitionistische Perspektive unterstreicht hier auch, Bagatelldelikte nicht von anderen Formen von Kriminalisierung zu trennen. Auch wenn deren Entkriminalisierung ein guter Anfang ist, kann es nicht das Ende darstellen.

Wir müssen der Gewalt der Polizei eine gemeinschaftliche Verantwortungsübernahme entgegenstellen. Orte, in denen Menschen lernen, sich für einander einzusetzen und von bestimmten Straflogiken loszulassen. Wenn man so etwas wie soziale Sicherheit einer repressiven, strafenden, staatlichen Sicherheit gegenüberstellt, wird deutlich, was benötigt wird: Dann spielen sichere Wohnungen, Möglichkeiten für psychischen Support, öffentliche Räume, in denen Leute zusammenkommen können, wie Schwimmbäder oder Jugendzentren, eine sichere Gesundheitsversorgung und so weiter eine ganz wichtige Rolle. Wenn man Leute fragen würde, was für sie Sicherheit bedeutet, würden die wenigsten sagen: „Ein Cop vor meiner Haustür!“

Diese Form von Sicherheit, die auf Aufrüstung basiert, ist eine Scheinsicherheit. Sie stellt keine Sicherheit für alle her und sie wendet sich nicht nur gegen diejenigen, die kriminalisiert, unterdrückt, ein- oder ausgesperrt werden, sondern auch gegen diejenigen, die sich auf der „guten Seite“ wähnen. Sicherheit kommt nicht durch komplette Versicherheitlichung sondern durch soziale Unterstützung zustande.

Norah: An der abolitionistischen Perspektive und den *transformative justice* und *restorative justice*-Debatten ist auch der Betroffenen-zentrierte Ansatz wichtig. Man muss als Gesellschaft aushandeln, was für eine wirkliche Wiedergutmachung benötigt wird: Soll es Rache, Bestrafung, Gefängnis für den oder die Täter:innen sein, oder brauchen wir ein Umdenken, das sich stärker an den Betroffenen von Gewalt oder ähnlichem orientiert? Braucht die Person vielleicht einen Therapieplatz? Gibt es irgendetwas Sinnvolles, was die Person, die geschädigt wurde, erhalten kann, was eine Alternative zur Bestrafung der Täter:innen und eine andere Form von Gerechtigkeit anbietet? Wenn wir wirklich Gerechtigkeit schaffen wollen, dann funktioniert das nicht durch ein Strafsystem, sondern indem wir die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse verändern.

Hannah: Aber wir müssen auch unsere Vorstellungen von Schuld und Unschuld loslassen. Wir sind alle fähig, gewaltvoll zu sein. Davon ausgehend ist es wichtig, nicht nur mit dem Finger auf Andere zu zeigen. Menschen müssen nicht komplett gewaltfrei und „rein“ sein, damit sie es verdienen, nicht eingesperrt, misshandelt, abgeschoben zu werden. Wir müssen lernen, anders damit umzugehen, gewaltvoll zu sein oder selbst Gewalt zu erfahren.

Was haltet ihr von Strategien, aus dem Polizeiapparat selbst heraus Kritik an der eigenen Struktur zu üben?

Norah: Dieser interne Blick und die Informationen sind natürlich interessant. Wir glauben aber, dass die Institution Polizei an sich nicht reformierbar ist. „Wir müssen nur diverser werden!“ und „es braucht nur Antirassismus-Trainings, dann wird es eine bessere Polizei geben!“ – diese ganzen Ideen sind Quatsch. Wir setzen als Gruppe auf eine Defund-Strategie. Das bedeutet, davon auszugehen, dass immer, wenn mehr Geld in die Polizei hineingeht – und sei es, um diese zu reformieren – dass dies dann eigentlich verlorengegangenes Geld ist.

Sollte man stattdessen also versuchen, in die Politik zu kommen und die Sicherheitsbehörden von dort aus zu reformieren? Oder seht ihr die Potenziale zur Veränderung eher auf zivilgesellschaftlicher Ebene?

Hannah: Das politische System ist nicht komplett vom zivilgesellschaftlichen zu trennen. Wir arbeiten auf verschiedenen Ebenen, aber sparen dabei die zwischenmenschlichen Beziehungen eben nicht aus. Klar, wenn ich jetzt auf der Straße Leute anspreche, dann können vermutlich nur wenige mit dem Begriff *transformative justice* etwas anfangen. Aber sobald wir darüber sprechen, dass das ein Versuch ist, Konflikte anders zu lösen als nur durch Strafen beziehungsweise durch das staatliche Justizsystem, dann können viele Menschen plötzlich doch etwas damit anfangen. Schließlich versucht man auch innerhalb von Freundschaften, Familien, Kollektiven und so weiter, im besten Falle auch in Arbeitskontexten, Konflikte nicht mit der Polizei zu lösen. Man sollte sich also vergegenwärtigen, dass es diese Alternativen im Alltag sowieso schon gibt. Insbesondere marginalisierte Personen haben oft gar keine andere Chance, als sich ohne den staatlichen Sicherheitsapparat zu organisieren, da er für sie schon immer Unsicherheit bedeutet.

Zu der Frage nach dem konkreten Einmischen in Politik und Staat: Wir als Kampagne fungieren hauptsächlich auf der Straße und in der Zusammenarbeit mit anderen linken und antirassistischen Gruppen. Aber wir haben auch Veranstaltungen mit Sozialarbeiter:innen organisiert und Gespräche geführt mit Menschen, die in psychosozialen Diensten arbeiten. Das läuft neben der nachbarschaftlichen Zusammenarbeit, etwa mit Mieter:innenkämpfen wie bei „Deutsche Wohnen enteignen“ oder ähnlichem. Über die Zusammenarbeit mit Parteien oder staatlichen Akteur:innen gibt es aber auch bei uns in der Gruppe unterschiedliche Ansichten. Das kommt auf den jeweiligen Kontext an.

Norah: Es ist unsere langfristige Vision, Staatlichkeit abzuschaffen. Weil wir Staatlichkeit als repressiv verstehen. Ein Staat tut alles, um den Status quo aufrecht zu erhalten, also Eigentumsverhältnisse nicht anzugreifen. „Change everything!“ nach der Abolitionistin Ruth Gilmore ist das Motto der Stunde. Für uns heißt das aktuell, an der Basis anzufangen, in unseren Communities, an den Orten, an denen wir aktiv sind, leben und arbeiten. Wir verfolgen dabei eher eine Idee von Transformation und nicht von einem abrupten revolutionären Ereignis, nachdem alles anders ist. Es muss Schritt für Schritt geschehen und nicht von heute auf morgen.

Das Gespräch führten Johanna Bröse und Sascha Kellermann.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Sicherheit kommt durch soziale Unterstützung!“. Erschienen in: Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1857>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Polizei contra Pöbel – Reflexionen mit Hegel



Essay von Mesut Bayraktar

Damit das Eigentum in der bürgerlichen Klassengesellschaft geschützt wird und der Pöbel nicht aufbegehrt, braucht man die Polizei. Doch schon Hegel und Marx zeigen Potenziale für den Widerstand.

Essay von [Mesut Bayraktar](#)

„Die Sicherheit ist der höchste soziale Begriff der bürgerlichen Gesellschaft, der Begriff der Polizei, daß die ganze Gesellschaft nur da ist, um jedem ihrer Glieder die Erhaltung seiner Person, seiner Rechte und seines Eigentums zu garantieren.“
- Karl Marx

2005 wurde Oury Jalloh in einer Zelle des Dessauer Polizeireviers ermordet. Durch die unermüdliche Arbeit der Initiative in Gedenken an ihn wurde bereits damals über Polizei und Polizeigewalt diskutiert. Im Anschluss an die kaltblütige Ermordung George Floyds durch einen Polizeibeamten und den Black-Lives-Matter-Protesten 2020 entstanden in Minneapolis und anderen Orten in den USA sogar radikale Bestrebungen, die Polizei abzuschaffen. Das verschärfte die Kritik an der Polizei und führte zu weitreichenden Diskussionen. Auch auf marxistische Weise wird wieder über die strukturelle Rolle der Polizei nachgedacht; auch hierzulande, wo etwa der 24-jährige Giórgis Zantiotis im Wuppertaler Polizeigewahrsam im November 2021 ums Leben kam oder der 16-jährige Mouhamed Dramé in Dortmund im August 2022 von Polizisten erschossen wurde – um nur einige Fälle zu nennen.

So rekonstruiert beispielsweise Lea Pilone eine historische Genese der Polizei im Kontext der Entstehung des Kapitalismus und kritisiert liberale Deutungen, die „rassistische Polizeipraktiken“ bloß in „rassistischen Einstellungen“ sehen. Aus einem historischen Blickwinkel zeigt auch Simin Jawabreh Praktiken rassistischer Polizeiarbeit in Berlin auf. Es sind solche jüngeren Analysen, die den rassistischen Charakter der modernen Polizei darstellen und die ganz grundsätzlich die Institution der Polizei in Frage stellen. Der theoretische Bedarf, über die Rolle der Polizei in kapitalistischen Klassengesellschaften zu sprechen, ist unverkennbar geworden.

Erste Hebelpunkte für die systematische Verortung der Polizei als verlängerter Arm des Privateigentums innerhalb der gesellschaftlichen Totalität kapitalistischer Produktionsweisen liefert der Philosoph der Revolution G.W.F. Hegel (1770–1831) in einer materialistischen Auslegung der „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ (1820/21). Denn es ist gerade seine Philosophie, geschmiedet im Feuer der Französischen und Haitianischen Revolutionen von 1789 und 1791, die Bürgerliche noch heute ebenso rücksichtslos mit ihren revolutionären Wurzeln im Kampf gegen die feudale Ständeordnung wie mit ihrem historischen Vergehen gegenüber dem vierten Stand konfrontiert. Vor allem wenn es um die Polizei geht.

Die Gravitation in der bürgerlichen Moderne

Mit Rückgriff auf Karl Marx und Friedrich Engels analysierte W. I. Lenin am Vorabend der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 das Wesen des kapitalistischen Staates. Ausgehend vom Staat als ein Produkt unversöhnlicher Klasseengegensätze macht er das Militär, die Bürokratie und die Polizei als materielle „Hauptwerkzeuge“ der Staatsmacht ausfindig. Sie sind „über die Gesellschaft gestellte und sich ihr entfremdende Formationen bewaffneter Menschen“ (S. 401). Von dieser Einsicht ist schon Hegels Analyse der Moderne getragen. Auch er geht von einer relativen Selbstständigkeit der Gesellschaft im Verhältnis zum Staat und seiner Machtorgane aus. Auf der einen Seite konkurrieren die privaten Interessen der Bürgerlichen, auf der anderen muss die Einheit der Klasseninteressen der Bürgerlichen gewährleistet werden. Beide Denker beziehen sich auf die Aufgabenverteilung innerhalb der bürgerlichen Klasse – eine Aufgabenverteilung zwischen Ausbeutungsordnung und Klassenherrschaft, die auch in Widersprüche und politische Krisen geraten kann.

Hegel erkannte, dass sich die bürgerliche Gesellschaftsformation ohne die Machtorgane des Klassenstaats selbst zerreißen würde. Grund dafür ist vor allem ihre innere ökonomische Dynamik. Zugleich ist es gerade diese Dynamik, aus der nach Hegel der bürgerliche Staat hervorgeht und gleichsam eine bewaffnete Absicherung erforderlich macht. Hegel, der die Klänge der Dialektik an den klassischen politischen Ökonomen Großbritanniens und Frankreichs gewetzt hat, beschreibt deshalb die mit der französischen Revolution angebrochene bürgerliche Moderne als warenproduzierende Arbeits- und Tauschgesellschaft. Jeder ist sich selbst Zweck, aber „ohne Beziehung auf andere, kann er den Umfang seiner Zwecke nicht erreichen; diese anderen sind daher Mittel zum Zweck“ der Einzelnen. Dabei beschreibt Hegel die kapitalistische Ökonomie als „Kampfplatz des individuellen Privatinteresses aller gegen alle“ und doch ist in diesem „System allseitiger Abhängigkeit“ eine „innere Notwendigkeit“ am Werk.

In dieser Notwendigkeit sieht Hegel etwas Rationales, denn die kapitalistischen Marktgesetze stellen ein gesellschaftliches Leben her, dem sich niemand mehr entziehen kann. Jeder wird aus seinen feudalen Wurzeln herausgerissen, verliert seinen starr zugewiesenen Platz und gerät in den Strudel der Kapitalakkumulation. Zugleich ist der Warenmarkt von „bewusster Notwendigkeit“ getrieben, ein „Not- und Verstandesstaat“, der von staatlichen Machtorganen zusammengehalten werden muss. Hegel erspürt zwar die „Lohnarbeit“ und das „Kapital“, kann sie jedoch aufgrund seines historischen Horizonts am Beginn der politischen Etablierung des Kapitalismus nicht als Kategorien entwickeln – konkret: zu jenen von Ausbeutung und Mehrwehrt.

Der Kampf um die eigene Existenz wird in der bürgerlichen Gesellschaft zum Alltag, allerdings mit dem entscheidenden Unterschied gegenüber vormodernen Gesellschaften, dass dies unter dem universellen Versprechen der Menschen- und Freiheitsrechte geschieht. Jedem Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft steht es zu, sich durch Arbeit in der Welt zu verwirklichen. Das nennt Hegel Subsistenz, also die Möglichkeit zur Selbsterhaltung und Bejahung des eigenen Lebens oder philosophisch gesagt: *Substanzsein in der Realität*. Die Gesellschaft, ist sie doch auf dem Prinzip der individuellen Freiheit gegründet, muss jedem Einzelnen die Mittel dieser Subsistenz als Möglichkeit bereitstellen. Sonst verfällt ihre historische Legitimation. Das war der Kuhhandel der Bürgerlichen für den Sturm auf die Bastille durch die hungernden Massen und Sansculotten. Da ist Hegel unmissverständlich.

Genau an dieser Stelle stößt er aber auf eine Leerstelle: Weil „in ungehinderter Wirksamkeit“ die „Anhäufung von Reichtümern“ vermehrt wird, wird auch die „Abhängigkeit und Not der an [...] Arbeit gebundenen Klasse“ erweitert. Dabei entsteht die paradoxe Situation, dass der arbeitenden Klasse der „Genuss der weiteren Freiheiten und besonders der geistigen Vorteile“ nicht wegen des Fehlens, sondern gerade durch das intakte Funktionieren bürgerlicher Ordnung verweigert wird. Das „Herabsinken einer großen Masse unter das Maß“ des Existenzminimums ist die Folge. Diese Masse fällt in die Subsistenzlosigkeit: in ein Dasein ohne Wirklichkeit, in die begriffslose Realität

der Armut, die das Gravitationsfeld der arbeitenden Klasse ausmacht.

Hegel stellt fest, dass „bei dem Übermaße des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist“. Gleichzeitig besitzt sie „an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug [...], dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern“. Armut ist in der Moderne also nicht der Mangel an Gütern wie in der Vormoderne, sondern die notwendige Kehrseite des Überflusses an Gütern, die die besitzende Klasse ihrerseits anhäuft. Arbeit, die doch die individuelle Freiheit aller verwirklichen sollte, führt die Klasse der Arbeitenden in die Armut.

Pöbel-Potenz der Armut

Dieser ökonomische Tatbestand ist für die Verortung der Polizei fundamental. Nicht zufällig behandelt Hegel die moderne Armut und den Pöbel in dem Abschnitt „Die Polizei“. (Der Begriff Polizei umfasst bei ihm auch den in seiner Zeit gebräuchlichen Begriff „Polizey“, verstanden als die Gesamtheit der Verwaltungsbehörden für öffentliche Ordnung und Sicherheit.) Sie hat in diesem „Schauspiel ebenso der Ausschweifung, des Elends und des beiden gemeinschaftlichen physischen und sittlichen Verderbens“ vorrangig die Aufgabe, für die „ungestörte Sicherheit der Person und des Eigentums“ sowie „die Sicherung der Subsistenz und des Wohls des Einzelnen“ zu sorgen.

An diese Passagen denkt später Karl Marx, wenn er schreibt: „Durch den Begriff der Sicherheit erhebt sich die bürgerliche Gesellschaft nicht über ihren Egoismus. Die Sicherheit ist vielmehr die Versicherung ihres Egoismus.“ Genau darin gründet die moderne Polizeiarbeit, die als Institution historisch älter ist als die bürgerliche Gesellschaft, durch sie jedoch einen anderen Hauptzweck erhält, nämlich in der Ver- und Absicherung des Privateigentums, mit Hegel: die Möglichkeit der Subsistenz aller zu schützen. Gerade das ist aber bei den Armen unmöglich. Da sie jedoch für den bürgerlichen Staat notwendige Existenzen sind, kann aus ihnen hervorgehen, was Hegel als Pöbel bezeichnet. Als Möglichkeit ist der Pöbel in der modernen Armut immer schon angelegt. Hierauf kommt es an.

Da das Mensch-Sein des Menschen die Freiheit ist und gerade dies den Begriff der Moderne ausmacht, kommt es dazu, dass die Armen ihre Subsistenz durch Arbeit zu verwirklichen als ein – nach Hegel begründetes – Recht einfordern. Sie berufen sich auf die Grundlage der bürgerlichen Gesellschaft: die Verwirklichung ihrer Freiheit. Im bürgerlichen Zeitalter ist jeder Einzelne dem Begriff nach frei, was sich in der Lebenspraxis der Armen in Unfreiheit umkehrt. Sie werden unfreie Freie – frei als Subjekte, aber unfrei in ihrem Tun. In diesem Widerspruch äußert sich ein „praktischer Mangel“ der bürgerlichen Gesellschaft, der „sogleich die Form eines Unrechts“ annimmt, das „dieser oder jener Klasse angetan wird.“ Erst dieses Unrechtsbewusstsein erzeugt bei den Armen die „Gesinnung“ des Pöbels. Vom Standpunkt der Bürgerlichen greift der Pöbel die Realisierung der Freiheit und damit die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft grundsätzlich an. Die Gefahr, die vom Pöbel ausgeht, ist ihre bloße Existenz: In ihr widerspricht sich die bürgerliche Gesellschaft selbst. Und das ruft die Polizei auf den Plan.

Obwohl der Pöbel aus der immanenten Strukturlogik der bürgerlichen Gesellschaft hervorgeht, darf er vom Standpunkt dieser bürgerlichen Gesellschaft gar nicht existieren. Das verdrängen die Bürgerlichen. Ihre Ideologen haben dann auch keine andere Aufgabe, als täglich Theorien zu entwickeln, die diese Verdrängung erleichtern und befeuern. Ungleiche Güterverteilung muss anders denn durch materielle Produktionszusammenhänge begründet werden, damit die soziale Ungleichheit der Klassen gerecht erscheint. Dabei wird am Pöbel die eigene Unfähigkeit zur Ermöglichung der Freiheit eines jeden und die historische Lüge von der Gleichheit aller vor dem Gesetz verurteilt, sodass die bürgerliche Klasse in der Polizei ihr reines Gewissen etabliert: mit Gewalt, direkter mittels Knüppel oder indirekter mittels Verwaltungsakte. In der Polizei exerziert die Klassengesellschaft ihre soziale Vergitterung.

Der Geist des Widerstands

Der systemische Grund der Polizei in der bürgerlichen Gesellschaft liegt in der Möglichkeit, dass sich aus der Armut heraus der Pöbel bildet. Daher ist nach Hegel die erste Gestalt, mit der der Staat materiell in den gesellschaftlichen Verhältnissen auftritt, die Polizei, die wiederum als erstes auf den Pöbel trifft. In der Polizei gipfelt die paradoxe Situation, wonach allen Menschen die Mittel der Freiheit durch Arbeit bereitgestellt sein müssen, dieselben Arbeitsmittel aber durch die Ökonomie der bürgerlichen Klasse den Arbeitenden und Armen verweigert werden, in der Schizophrenie der Bürgerlichen. Sie fühlen, dass ihre Klassenprivilegien jederzeit bedroht sind und erklären es mit einem Ressentiment der Armen. Auf der einen Seite will man der Armut abhelfen, auf der anderen Seite kann man es nicht, ohne sich selbst und die bürgerliche Ordnung abschaffen zu müssen. Pöbel – das ist auch die Chiffre für den Arbeitsplatz der Polizei.

Dem bürgerlichen Bewusstsein erscheint der Pöbel genau deshalb als das „Böse“ schlechthin, wie Hegel andeutet. Im Zeichen dieses anstößigen Bösen fanden kürzlich beispielsweise die Debatten zur Kindergrundsicherung oder dem Bürgergeld statt, ebenso wie seinerzeit die Agenda 2010 vom selben Geist der Arroganz und des bürgerlichen Klassenhasses getragen war. Da das in der Armut sich selbst überlassene, unvermittelte Dasein des Pöbels, der keine Möglichkeit zur Teilhabe am gesellschaftlich produzierten Reichtum hat, weitgehend ohne Eigentum ist und die Polizei ihre Hauptzuständigkeit andererseits im Schutz des Eigentums und der Eigentümer sieht, ist der Pöbel für die Polizei fortwährend ein inkriminiertes Subjekt. Gegenüber dem Pöbel gilt die Schuldvermutung: im Zweifel gegen den Verdächtigen. Der Pöbel wird nicht aufgrund seiner Taten, er wird aufgrund seiner Existenz verdächtigt, die mit Zwang auferlegte Subsistenzlosigkeit. Seine Straftat ist sein Wesen. Keine Tat ist gut genug, um den Verdacht loszuwerden.

So denkt die bürgerliche Gesellschaft, der Pöbel sei „leichtsinnig und arbeitsscheu“, und dies sei eine individuelle Disposition und ein selbstverschuldeter Zustand – die verkörperte Unmoral. Damit urteilt die bürgerliche Gesellschaft über die Armen und den Pöbel moralisch, weil das bürgerliche Klassensystem sie bereits verurteilt hat. Folglich nährt sich das Verhältnis zwischen Polizei und Pöbel aus Argwohn und Verachtung. Strukturell ruft die Polizei den Pöbel fortwährend zur Räson auf, von Duisburg Marxloh bis Berlin-Neukölln.

Unversöhnliche Widersprüche äußern sich, eben weil sie unversöhnlich sind, gewaltsam. Sie regulieren sich selbst zur objektiven Einheit durch Gewalt. Dies ist die offene Wunde des Systems nach Hegels Rechtsphilosophie. „Meinem Körper von anderen angetane Gewalt“ durch Entzug der Mittel zur Subsistenz „ist Mir angetane Gewalt“, also meinem Mensch-Sein. Der Pöbel ist für die bürgerliche Gesellschaft *factum brutum*, eine bloße und hinzunehmende sowie unerklärliche Tatsache, obwohl seine Existenz nicht von der eigenen Modernität zu trennen ist. Dieser Abgrund liegt der bürgerlichen Moderne zugrunde.

Hier setzt die Polizei an. Ihre Hauptbeschäftigung zielt auf die Pöbel-Potenz der Armut ab. Armut an sich darf nicht Armut für sich werden – Unrechtsbewusstsein, aus dem das revolutionäre Bewusstsein erwachsen könnte, Teil einer Klasse zu sein, die durch die Gesellschaftsordnung entrechtet wird. So betrachtet, unterliegt die Besoldung der Polizei einer Ewigkeitsgarantie. Solange die bürgerliche Gesellschaft, die den Pöbel erzeugt, existiert, solange wird die moderne Polizei nicht mit ihrer Arbeit fertig.

Im Fadenkreuz der Polizei ist der Körper der Armen nur die Oberfläche. Darunter liegt das eigentliche Material der Polizeiarbeit verborgen: der Geist des Widerstands. Daraus weiß selbst Hegel keinen Ausweg, außer dass durch „diese ihre Dialektik [...] die bürgerliche Gesellschaft über sich hinausgetrieben“ wird.

Die schlechte Unendlichkeit sozialer Gewalt

Zwei Tage vor dem Beginn des G20-Treffens in Hamburg im Juli 2017 sagte der

Gesamteinsatzleiter Hartmut Dudde mit Blick auf die angemeldeten Demonstrationen: „Natürlich kriegen wir das hin. [...] Und wenn wir es brauchen, packen wir alles aus.“ Ein Exzess der Polizeigewalt war die Folge. Vorausgegangen waren die seit der Weltwirtschaftskrise 2008 anhaltenden Massenkämpfe gegen das globale Kapital, von New York und London über Paris und Frankfurt bis Brüssel, Rom, Athen und Istanbul. Begleitet vom Hinweis auf die dschihadistischen Terroranschläge in Europa dienten die G20-Proteste in Hamburg der herrschenden Klasse als Begründung der Reform des deutschen Polizeirechts. Sie führte zur zunehmenden Militarisierung der Polizei mit massiver Ausrüstung und erweiterte die Ermächtigung für polizeiliche Maßnahmen.

Dudde behielt also recht. Die politisch getragene und gezielte Entriegelung von Polizeigewalt unter seinem Kommando in Hamburg hatte die gesetzliche Grundlegung und Erweiterung von Polizeimaßnahmen durch die bürgerliche Politik im ganzen Land zur Folge, die wiederum Polizeigewalt befördert und die zyklische Wiederkehr der „law and order“-Unkenrufe konservativer Berufspolitiker und sozialdemokratischer Opportunisten absichert. Innerhalb polizeilicher Logik war Dudde nur konsequent. Wer Tatsachen schafft, macht die Gesetze. Wer alles auspackt – warum sollte der wieder alles einpacken? Der schickt behelmte Polizist:innen vor, um danach für die Monopolkapitalist:innen der Kohlewirtschaft mit Baggern ein Dorf zu zerstören. Der knüpelt Versammlungen für den Frieden und Maikundgebungen für die Befreiung der Arbeit nieder. Der zäunt Armenquartiere ohne jede Kommunikation mit den Bewohner:innen eines Hochhauses wegen Corona-Infektionen ein. Der verbietet rundherum per Allgemeinverfügung propalästinensische Demonstrationen im Namen der Staatsräson. Der poliziert nach der Drehorgel des Wertgesetzes.

Ob in Deutschland oder an den EU-Grenzen, die jüngere Entwicklung der Polizei zeichnet gewaltige Repressionsmaschinen und inneren Militarismus ab. Hegel würde solche Strukturen und Prozesse als „schlechte Unendlichkeit“ beschreiben: Der Arme wird Pöbel, aber der Pöbel ist selbst ein Armer, also wird der Arme gleichfalls ein Pöbel, und so fort ins Unendliche. Die Arbeit der Polizei ist in der bürgerlichen Gesellschaft unendlich. Sie wiederholt auf immer höherer Stufe die Gewalt, die von ihr ausgeht – die Klassengewalt der Bürgerlichen gegen die arbeitende Klasse.

Da die Erzeugung des Pöbels die Freiheit als Ganzes angreift, buchstäblich die Luft zum Atmen nimmt und damit das Leben selbst negiert wird, ist für Hegel der Gesetzesübertritt des Pöbels gerechtfertigt. Er ist der Versuch, einer Situation zu entfliehen, die von „totaler Rechtslosigkeit“ gekennzeichnet ist, gleichbedeutend mit Sklaverei. Das „Notrecht“ der unfreien Freien ist die Konsequenz. Hegels politische Philosophie gibt den Entrechteten und Getretenen Mittel an die Hand, die schlechte Unendlichkeit sozialer Gewalt zu durchbrechen.

Im revolutionären Gehalt dieses Notrechts findet Marx in Hegels „Rechtsphilosophie“ einen Hebel, die Dialektik materialistisch umzustülpen. „Die Polizeistrafe ist der Ausweg gegen eine Tat, welche Umstände zu einer äußern Unordnung stempeln“ (S. 120), so Marx 1844 in Bezug auf die Besitzlosen, die kriminalisiert werden, weil sie zur Beheizung ihrer Hütten von Bäumen abgefallenes Holz aufsammeln – ein Vorläufer des Containers. Nach Marx haben die Holzdiebe ein Recht dazu. Das bleibt nicht folgenlos. Aus einem Notrecht wird eine von revolutionärer Theorie geleitete Praxis, die mit jeder Klassenkampf Erfahrung die Theorie bereichert. Aus Polizei contra Pöbel wird Proletariat contra Polizei.

Zusätzlich verwendete Literatur

Bei Wörtern und Sätzen in Anführungszeichen ohne Quellenangabe handelt es sich um Zitate aus: G.W.F. Hegel [1820] 2017: Grundlinien der Philosophie des Rechts. Suhrkamp, Frankfurt am Main.

Karl Marx 1842: Debatten über das Holzdiebstahlsgesetz. Rheinische Zeitung Nr. 300 vom 27. Oktober 1842. In: MEW 1.

Karl Marx 1844: Zur Judenfrage. MEW 1, 365-6.

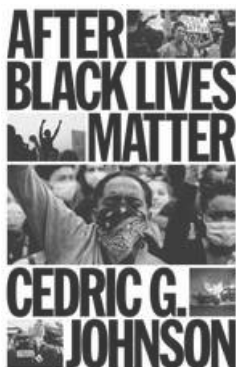
Lenin. Staat und Revolution. Siehe: LW 25, 401.

Lea Pilone 2022: Polizei und Rassismus in Deutschland. Eine historische Genese. In: Die Diversität der Ausbeutung – Zur Kritik des herrschenden Antirassismus. Verlag Dietz Berlin.

Simin Jawabreh 2023. Gefährliche Räume? Polizeiliche Grenzziehungen in der Stadt. In: Kritische Studierendenzeitschrift der Humboldt Universität Berlin (HuCH). # 96.

Zitathinweis: Mesut Bayraktar: Polizei contra Pöbel – Reflexionen mit Hegel. Erschienen in: Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1858>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Class matters



Cedric G. Johnson
After Black Lives Matter
Policing and Anti-Capitalist Struggle

Die Black Lives Matter-Bewegung braucht Solidarität aber auch Kritik, da sie es versäumt, die tatsächlichen Ursachen von Polizeimorden und Masseninhaftierung zu benennen.

Rezensiert von [Katharina Schoenes](#)

Nach der Ermordung des Afroamerikaners George Floyd durch einen Polizeibeamten am 25. Mai 2020 kam es in allen Bundesstaaten der USA zu Massenprotesten. Millionen Menschen versammelten sich auf den Straßen, füllten Parks und Plätze in großen wie in kleinen Städten. Manche Beobachter*innen sprechen von den größten Protesten in der US-Geschichte. Solidarität mit Opfern von Polizeigewalt war im Sommer 2020 allgegenwärtig; die grundlegende Kritik von Black Lives Matter, dass Polizeigewalt überproportional Schwarze Menschen trifft, fand erstmals breite Anerkennung. Selbst radikalere Forderungen wie der Ruf, der Polizei Mittel zu entziehen und diese stattdessen in öffentliche Infrastruktur zu investieren („defund the police“), wurden vorübergehend von großen Teilen der US-Bevölkerung unterstützt.

Nichtsdestotrotz ist es Black Lives Matter nicht gelungen, Polizeimorde und das System der Masseninhaftierung wirksam einzudämmen. Diese Beobachtung steht am Anfang von Cedric Johnsons „After Black Lives Matter“. Zwar wurden in einigen Bundesstaaten Polizeireformen eingeleitet, die etwa die Überarbeitung von Regeln zur Anwendung von Gewalt, die Einführung von Datenbanken über Fehlverhalten von Beamt*innen oder die Schaffung gewaltfreier Einsatzteams für psychische Krisensituationen umfassen. Auch verpflichteten sich die Regierungen einiger Großstädte dazu, die Ausgaben für die Polizei zu reduzieren und vermehrt in Gewaltprävention oder soziale Projekte zu investieren. In anderen Städten, darunter Minneapolis, wurden Polizeibudgets jedoch erhöht. Und insgesamt änderten die genannten Initiativen nichts an dem grundsätzlichen Problem, dass in den USA jährlich Hunderte Zivilist*innen von der Polizei erschossen werden, Tausende in Gefängnissen sterben und Millionen Polizeikontrollen über sich ergehen lassen müssen.

Rassismus als Ursache von Polizeigewalt

Das Ausbleiben grundlegenden Wandels führt der Autor und Politikwissenschaftler Cedric Johnson unter anderem darauf zurück, dass in weiten Teilen von Black Lives Matter ein falsches Verständnis von der Funktion der Polizei vorherrsche. Die Bewegung versäume es, die tatsächlichen Ursachen von Polizeigewalt zu benennen. Folglich sei sie nicht in der Lage, wirksame Gegenstrategien zu entwickeln.

Aus der Tatsache, dass Afroamerikaner*innen überproportional von Überwachung, Kontrollen und Polizeimorden betroffen sind, werde vielfach geschlossen, dass Rassismus der Grund für diese Gewalt sein müsse. Deutlich werde das an der weiten Verbreitung der Jim Crow-Analogie, die unter anderem von der US-Juristin und Bürgerrechtlerin Michelle Alexander populär gemacht wurde. Jim Crow bezeichnet die umfassende Diskriminierung von Afroamerikaner*innen in den

USA nach dem Ende der Sklaverei, insbesondere die bis in die 1960er Jahre bestehende Rassentrennung. Die New Jim Crow-These besagt, dass im Kontext des „war on drugs“ Kriminalitätsbekämpfung als Vorwand genutzt wurde, um ein neues System rassistischer Ausgrenzung zu etablieren. Die seit den 1980er Jahren zu beobachtende massenhafte Inhaftierung von Afroamerikaner*innen erscheint so als historische Kontinuität von Sklaverei und Segregation beziehungsweise als Ausdruck einer unveränderlichen rassistischen Unterdrückung.

Johnson kritisiert diese Analyse als „black exceptionalism“ (Schwarzen Exzeptionalismus, (S. 40, Übers. KS): Afroamerikaner*innen seien zwar in besonderer Weise von Masseninhaftierung und Polizeigewalt betroffen, diese Phänomene seien aber keine ausschließlichen Probleme der schwarzen Bevölkerung. Sie richteten sich vielmehr gegen alle Armen. Das „metanarrative of racial oppression“ (Metanarrativ der rassistischen Unterdrückung (S. 66, Übers. KS) verdecke den grundlegenden Klassencharakter von Polizeiarbeit:

„(...) policing as we know it exists for the defense of property relations, for the protection of retail and touristic spaces of consumption and processes of metropolitan real estate valuation and development, and for the regulation of relative surplus populations who are deemed threats to this accumulation regime.“ (Polizeiarbeit, wie wir sie kennen, dient der Sicherung von Eigentumsverhältnissen, dem Schutz von Ladenflächen und touristischen Orten des Konsums, von Prozessen der Aufwertung und Entwicklung großstädtischer Immobilien sowie der Regulierung der relativen Überschussbevölkerung, die als Bedrohung für dieses Akkumulationsregime angesehen wird. (S. 20, Übers. KS)

Verdeckte Gemeinsamkeiten und falsche Allianzen

Die Überbetonung von Rassismus begünstigt Johnson zufolge liberale und technische Antworten auf das Problem der Polizeigewalt, etwa Antirassismus-Trainings oder den Einsatz von Body-Cams. Johnson räumt ein, dass diese Maßnahmen helfen könnten, Leid zu reduzieren. Sie seien aber nicht geeignet, das Problem exzessiver Polizeigewalt und der Masseninhaftierung an der Wurzel zu packen. Der Fokus auf Rassismus führe ferner zu falschen Allianzen: Er verdecke Gemeinsamkeiten zwischen weißen und schwarzen Opfern von Polizeigewalt und erschwere so deren gemeinsamen Kampf. Zugleich erleichtere er die Vereinnahmung der Proteste durch Konzerne wie Apple, Google oder Amazon, die sich im Zuge der „George Floyd rebellion“ als Kämpfer für soziale Gerechtigkeit inszenierten, indem sie Hunderte Millionen an antirassistische Initiativen spendeten. Dagegen ist Johnson überzeugt: Gegen Masseninhaftierung und Polizeigewalt hilft nicht antirassistische Bewusstseinsbildung, sondern nur der Kampf gegen soziale Ungleichheit und Armut. Er plädiert dafür, breite Bündnisse aufzubauen und Politik im Interesse der Arbeiter*innenklasse zu machen, um die materiellen Grundlagen der gegenwärtigen Polizeikrise anzugehen:

„Our current carceral regime is a fundamental dimension of contemporary capitalism, and, as such, an anticapitalist politics must be at the heart of any attempt to rid society of the problems of policing and mass incarceration that Black Lives matter protests have forced into public consciousness.“ (Unser derzeitiges Gefängnisregime ist eine grundlegende Komponente des gegenwärtigen Kapitalismus, und somit muss eine antikapitalistische Politik im Mittelpunkt jedes Versuchs stehen, die Gesellschaft von den Problemen der Polizeigewalt und der Masseninhaftierung zu befreien, die die Black-Lives-Matter-Proteste ins öffentliche Bewusstsein gerückt haben. (S. 179, Übers. KS)

Damit knüpft Johnson an Überlegungen an, die er erstmals 2017 in seinem vielbeachteten Essay „The Panthers can’t save us now“ formuliert und seither in verschiedenen Publikationen weiterentwickelt hat. In „After Black Lives Matter“ vertieft Johnson seine Thesen, indem er genauer auf die Entwicklung der Polizei im Kontext der Transformation des Kapitalismus in den USA eingeht. Johnson zufolge hat die Polizei im Kapitalismus grundsätzlich die Funktion, Eigentumsverhältnisse und Kapitalakkumulation abzusichern. Was das im Einzelnen beinhaltet,

müsse aber für die konkreten gesellschaftlichen Kontexte herausgearbeitet werden. Während es im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert Hauptaufgabe der Polizei war, militante Arbeitskämpfe zu zerschlagen, gehe es im neoliberalen Kapitalismus darum, die prekärsten Teile der Arbeiter*innenklasse beziehungsweise die relative Surplus-Bevölkerung zu disziplinieren. Diese umfasst all jene, die arbeitslos oder arbeitsunfähig sind, für die kriminalisierte Formen von Arbeit oder Armutskriminalität die einzige Möglichkeit darstellen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen oder die in Stadtvierteln wohnen, die – zum Beispiel im Zuge von Aufwertungsprozessen – regelmäßig Ziel von Polizeiaktionen werden.

Polizei abschaffen?

Kritisch sieht Johnson die Forderung, der Polizei Mittel zu entziehen. Diese könne zwar Debatten darüber anstoßen, für welche Zwecke öffentliche Gelder ausgegeben werden: Wird in soziale Infrastruktur investiert oder in kapitalistische Stadtentwicklung und den staatlichen Gewaltapparat? Allerdings sei der Ruf nach „defund the police“ auch anschlussfähig für rechte Austeritätspolitik, der gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte im öffentlichen Dienst ein Dorn im Auge sind. Gegen die abolitionistische Forderung, die Polizei ganz abzuschaffen, wendet Johnson ein, dass staatlicher Zwang immer auch notwendig gewesen sei, um fortschrittliche Reformen durchzusetzen. Er verweist etwa auf die Durchsetzung der Aufhebung der Segregation in den Südstaaten mithilfe der Nationalgarde. Was aus seiner Sicht gebraucht wird, ist eine „abolition of a different sort“ (eine Abschaffung der anderen Art): „abolition of the conditions that police have been charged with managing over the last half century of welfare state devolution and privatization“ (die Aufhebung der Bedingungen, mit deren Verwaltung die Polizei in den letzten 50 Jahren im Kontext von Sozialstaatsabbau und Privatisierung betraut wurde (S. 341, Übers. KS). Im Vordergrund müsse das Anliegen stehen, eine egalitäre Gesellschaft aufzubauen, die nicht auf Ausbeutung, Entfremdung und allgegenwärtiger Gewalt basiert. Als erste Schritte in diese Richtung plädiert Johnson für öffentliche Beschäftigungsprogramme nach dem Vorbild des New Deal, für den Ausbau öffentlicher Daseinsvorsorge, die Dekommodifizierung von Bildung, Gesundheit und Wohnen und eine breite Umverteilungspolitik.

Antikapitalistische Politik gegen Polizeigewalt

Es ist klar, dass sich Johnsons Überlegungen nicht eins zu eins auf den deutschen Kontext übertragen lassen – zu groß sind die Unterschiede mit Blick auf den Wohlfahrtsstaat, die konkrete Funktionsweise der Polizei und das Ausmaß von Inhaftierung, um nur einige Punkte zu nennen. Eine Analyse wie die von Johnson müsste für Deutschland erst noch entwickelt werden. Nichtsdestotrotz fand ich als Person, die in den letzten Jahren in Berlin zu Rassismus im Polizei- und Justizsystem gearbeitet hat und in verschiedenen Bündnissen aktiv war, viele von Johnsons Überlegungen geradezu augenöffnend. Es finden sich etliche Anknüpfungspunkte, die helfen können, hiesige politische Arbeit zu überdenken und weiterzuentwickeln.

Das betrifft zum einen einzelne Strategien wie zum Beispiel das von Johnson kritisierte Schweigen über Kleinkriminalität, das Aktivist*innen auch hierzulande praktizieren, um Opfer von Polizeigewalt gegen Angriffe von rechts zu immunisieren. Dies verdeckt aber zugleich den Klassencharakter von Polizeiarbeit beziehungsweise die Tatsache, dass ein großer Teil derer, die regelmäßig von der Polizei aufgegriffen und drangsaliert werden, informelle und kriminalisierte Tätigkeiten ausüben muss. Die Betonung von Unschuld verunmöglicht es, über die Verhältnisse zu sprechen, die Menschen erst zur Zielscheibe der Polizei werden lassen.

Zum anderen können Aktivist*innen in der BRD aber auch von der „größeren Vision“ lernen, die Johnson skizziert. Aktuell werden Mittel für Soziales, Gesundheit und Bildung drastisch zusammengekürzt, Teile von Union und FDP fordern die Abschaffung des Bürgergelds und Kapitalverbände rufen nach einer neuen „Agenda 2010“. Es ist zu befürchten, dass der verschärfte Klassenkampf von oben und die damit verbundene drohende Verarmung weiterer

Bevölkerungsteile dazu führen werden, dass Polizeigewalt zunimmt und mehr Menschen wegen Armutsdelikten im Knast landen. In dieser Situation scheint es dringend geboten darüber nachzudenken, wie der Kampf gegen Polizeigewalt stärker mit einer breiten, antikapitalistischen Politik verbunden werden kann.

Cedric G. Johnson 2023:

After Black Lives Matter. Policing and Anti-Capitalist Struggle.

Verso, London.

ISBN: 9781804291672.

416 Seiten. 28,00 Euro.

Zitathinweis: Katharina Schoenes: Class matters. Erschienen in: Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1851>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Die Ignoranz der Behörden



Gideon Botsch, Gesa Köbbeling, Christoph Schulze (Hg.)

Rechte Gewalt

Aktuelle Analysen und zeithistorische Perspektiven auf das Land Brandenburg

*Der Sammelband zeigt am Beispiel von Brandenburg, wie rassistische Gewalt, polizeiliches Desinteresse an Ermittlungen und unterlassene Hilfeleistungen durch Beamt*innen ineinandergreifen.*

Rezensiert von [peps perdu](#)

Rechte Gewalt ist alltäglich. Jeden Tag werden mindestens fünf Menschen in Deutschland bedroht, angegriffen oder schwer verletzt. Das Buch „Rechte Gewalt“ nimmt mit einem Schwerpunkt auf Brandenburg das Thema interdisziplinär und multiperspektivisch in den Blick. Dieses Anliegen haben die Herausgeber*innen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle in Kooperation mit der langjährig in der Betroffenenberatung tätigen Professorin Gesa Köbbeling hervorragend umgesetzt: Die 16 Beiträge reichen von Interviews mit Betroffenen rassistischer Gewalt über politikwissenschaftliche Analysen, von Perspektiven auf die Herausforderungen der Betroffenenberatung über die Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements heute bis zu Gewaltpraxen und Inszenierung rechter Akteur*innen.

Von Leerstellen, die bleiben

Eine folgenreiche Leerstelle, welche die Herausgeber*innen herausstellen, ist die mangelhafte Quellenlage: Zu wenig, zu fragmentarisch ist über rechte Gewalt Anfang der Neunziger Jahre bekannt, so dass die Geschichte rechter Gewalt im Bundesland bisher vor allem aus der Perspektive der Täter*innen sowie der Justiz- und Sicherheitsbehörden rekonstruierbar ist. Soweit möglich, wird im Buch auf diese Lücken immer wieder hingewiesen und versucht, sie zu schließen.

Besonders eindrücklich beschreibt den Kampf um Erinnerung der Essay „Überschreiben“ der Schriftstellerin Manja Präkels, die Teile ihres eigenen Erlebens und Aufwachsens in ihrem Roman „Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß“ literarisch aufbereitet hat. Manja Präkels war selbst als 16-jährige Zeugin des Überfalls auf eine Diskothek im Januar 1992, in der der damals 18-jährige Ingo Ludwig getötet wurde. Ihr emotionaler Beitrag setzt sich nicht nur mit der eigenen Suche nach den Perspektiven auf die Vergangenheit auseinander, sondern beschreibt auch das Zusammentreffen mit Käthe und Ricarda Ludwig, der Mutter und Schwester von Ingo. Ricarda, die jüngere Schwester Ingos, weiß lange Zeit nicht, wie ihr Bruder zu Tode kam. Erst durch eine Internetrecherche und Manja Präkels Roman erfährt sie Details. Ihre Mutter Käthe sprach aufgrund der traumatischen Erfahrung jahrelang nicht über das, was damals in der Diskothek passiert ist. Schmerzhaft beschreibt Manja Präkels, dass aus Angst auch sie selbst nicht geholfen hat damals. Dieser Schmerz, diese Unvorstellbarkeit zeigt sich auch in ihren Bezügen zum Schreiben über rechte Gewalt: „Das Schreiben über rechte Gewalt ist so unzumutbar wie die Gewalt selbst. Es ist riskant und dennoch notwendig. Auch jenseits eigener Betroffenheit.“ (S. 38).

Bei den Hinterbliebenen setzt der Beitrag „Ein Riss, der bleibt“ von Judith Porath an. Diese hat mit den Hinterbliebenen von Ingo Ludwig und Timo Kählke gesprochen. Timo Kählke wird im Dezember 1991 von vier Neonazis einer Wehrsportgruppe erschossen, als diese ein Fluchtauto für

einen geplanten Raubüberfall besorgen wollen. Judith Porath kritisiert den verharmlosenden öffentlichen Diskurs der damaligen Zeit, der Verständnis für die Täter, aber nicht für die Opfer hatte. Ohnmacht, Angst, Wut und tiefe Trauer prägt bis heute das Andenken der Angehörigen. Die Mutter von Ingo Ludwig erzählt im Interview, dass es keine Unterstützung für die Angehörigen gab, weder seelsorgerisch, im Ort oder in der Beratung zur Möglichkeit der Nebenklage. Die Witwe von Timo Kählke beschreibt, welche Belastung es für sie war, mit 25 Jahren als alleinerziehende Mutter von zwei Kindern ohne Unterstützung dazustehen, sowohl finanziell als auch im Ort. Auf Ämtern und durch Behörden erfährt sie Ignoranz. Sie beschreibt ihr Gefühl, zusätzlich dafür bestraft zu werden, dass ihr Mann ermordet wurde.

Nicht-Handeln als aktive Handlungspraxis der Polizei

Anfang April 2023 stirbt Vitali N. in Niederlehme nach einem Polizeieinsatz. Handschellen liegen noch an, als der Notarzt den 45-jährigen wiederbeleben kann; jedoch stirbt er später aufgrund von Hirnschädigungen im Krankenhaus. In der Pressemitteilung der Polizei wird auf diesen tödlichen Ausgang des Einsatzes nicht eingegangen. Anhand dieses und anderer Beispiele geht Fatoş Atali-Timmer in ihrem Beitrag der Frage nach, wie sich Race-Konstruktionen auf die Handlungsweisen von Polizist*innen auswirken. Sie führt eine europaweite Umfrage zu Grundrechten in der EU an, in der Betroffene schildern, dass sie ernstzunehmende rassistische Vorfälle nicht anzeigen, da sie kein Vertrauen in die Polizei haben. Was sie abhält, sind negative Erlebnisse wie Diskriminierung oder auch racial profiling, also verdachtsunabhängige Kontrollen rassifizierter Personen. Im Land Brandenburg liegt seit 2022 ein Handlungskonzept gegen Rassismus in der Polizei vor, gegen Rechtsextremismus wird konsequent vorgegangen. Trotzdem kommt es auch hier immer wieder zu polizeilichem Fehlverhalten im Umgang mit Betroffenen von Rassismus. Mit Material, welches die Opferperspektive e.V. zur Verfügung stellte, werden in Atali-Timmers Beitrag einzelne Fälle skizziert und aufgezeigt, wie rassistische Polizeigewalt, polizeiliches Desinteresse an Ermittlungen und unterlassene Hilfeleistungen durch Beamt*innen ineinandergreifen.

Auch bei der Beurteilung der Tatmotivation zeigt sich bei der Polizei zum Teil ein verkürztes Verständnis rechter Gewalt und rechter Täter_innen. Dies zeigen Juliane Lang und Johanna Sigl in ihrem Beitrag zu Dynamiken und Verwobenheiten der Kategorie Geschlecht bei rechter Gewalt auf. Anhand eines Fallbeispiels, wo es zu rassistischer Gewalt gegenüber einer jungen Frau in einem Park durch zwei weiße Frauen kommt, werden die Täterinnen von den ermittelnden Polizisten als homosexuell und genderqueer gelesen. Diese Lesart und so das Abweichen vom einem „klassischen“ rechten Täterbild macht es für die Beamten „nahezu unmöglich, die Tat in ihrem rechten Gehalt wahrzunehmen“ (S. 107). Dass aktive Tatbeteiligung Frauen weniger zugesprochen wird, wird hier nochmals verstärkt, da die Täterinnen nicht dem zugeschriebenen Bild von Weiblichkeit entsprechen. Dies macht es für Betroffene und ihre Unterstützer_innen umso schwieriger, für die rechte Tatmotivation zu sensibilisieren. Genau wie rechte Gewalt jede_n treffen kann, kann sie von jede_m ausgeübt werden – rechte Ideologien finden sich auch bei Menschen, die selbst durch diese ausgegrenzt werden.

Rechte Gewalt verstehen, um handlungsfähig zu werden

„Das Ausmaß der verschiedenen Ausprägungen und Formen rechter rassistischer und antisemitischer Gewalt und seine Folgen für Betroffene und Gesellschaft werden nach wie vor drastisch unterschätzt“ (S. 39), erklärt Mitherausgeberin Gesa Köbberling. Neben der Erfassung rechter Gewalt durch das Landeskriminalamt im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ dokumentieren zivilgesellschaftliche Initiativen wie der Verein Opferperspektive auch Vorfälle, die nicht angezeigt werden und mit einem weiten Gewaltbegriff Demütigungen und Bedrohungen ebenso wie Anfeindungen im Alltag inkludieren. So wird versucht, das Wissen der Betroffenen in der Erfassung und der Bewertung rechter Gewalt sichtbar zu machen. Rechte Gewalt ist nicht als singulärer Akt zu verstehen, sondern ist eingebettet in gesellschaftliche Prozesse und Interaktionen. Das situierte Wissen der Betroffenen und ihrer

Communities wird hierbei in kollektiver Organisation ebenso sichtbar wie in individuellen Umgangsstrategien. Dabei ist dieses Wissen zentral, um rechte Gewalt in seinen Ausprägungen und Folgen – über individuelle Betroffene hinaus – zu verstehen.

Der Sammelband vereint wichtige Perspektiven und ist auch über eine Betrachtung des Bundeslands Brandenburg wegweisend für alle, die ein ernsthaftes Interesse daran haben, rechte Gewalt jenseits von Feindbildanalysen zu verstehen und Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Die Einbeziehung von Bildmaterial aus den letzten 30 Jahren ermöglicht einen zusätzlichen affektiven Zugang und erweitert so das Bewusstsein für die historischen Entwicklungen.

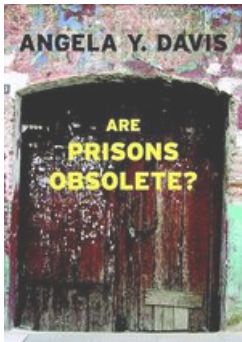
Weiterführende Literatur

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG e.V.) (2023): Rechte Gewalt 2022: Jahresbilanz der Gewaltopferberatungsstellen. Online verfügbar [hier](#).

Gideon Botsch, Gesa Köbberling, Christoph Schulze (Hg.) 2023:
Rechte Gewalt. Aktuelle Analysen und zeithistorische Perspektiven auf das Land Brandenburg.
Metropol Verlag, Berlin.
ISBN: 978-3-86331-716-4.
414 Seiten. 26,00 Euro.

Zitathinweis: peps perdu: Die Ignoranz der Behörden. Erschienen in: Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1855>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Eine Welt ohne Gefängnis



Angela Davis Are Prisons Obsolete?

Davis ruft zum Abbau diskriminierender Strukturen auf und entwickelt aus antikapitalistischen, antirassistischen und feministischen Perspektiven heraus Alternativen zum bürgerlichen Strafsystem.

Rezensiert von [Lara Zieß](#)

Es ist ein Bild, das sich seit einiger Zeit nicht nur in der Landeshauptstadt zeigt: In Parkanlagen, auf öffentlichen Plätzen und selbst in Freibädern trifft man immer häufiger auf Polizeistreifen und private Sicherheitskräfte. Es herrscht Einigkeit beim „Berliner Sicherheitsgipfel“, den die Stadt jüngst ausrichtete: Videoüberwachung, Präventionseinsätze und verstärkter Streifendienst seien unerlässliche Bestandteile, um die Stadt sicher zu machen. Aber was macht uns wirklich sicher?

Mittlerweile ist die Debatte um die Rolle der Polizei in unserer Gesellschaft auch in links-liberalen Kreisen salonfähig geworden; dass hier jedoch, statt die strukturellen Probleme anzugreifen vielmehr um Reformen gerungen wird, sei an dieser Stelle nur eine Randbemerkung. Das bürgerliche Sicherheitsverständnis beschränkt sich dabei nicht nur auf die Polizei, sondern begreift auch das Gefängnis als integralen Teil des Systems – als einen Teil, dessen Existenzberechtigung so gut wie nie in Frage gestellt wird. Jedoch sollte klar sein, dass dort, wo verstärkte Polizeipräsenz herrscht, der Anstieg von Inhaftierungen und der Ausbau von Gefängnissen nicht weit ist. Eine breite Debatte über den Sicherheitsapparat, welche auch das Gefängnis in den Blick nimmt, wird damit immer relevanter.

Das Gefängnis als rassistische Institution

Wie ist also das Gefängnis als Institution im Kontext der Frage nach Sicherheit zu bewerten? Wofür wird es gebraucht? Wen schützt es? Und könnten wir auch ohne? Das alles sind Fragen, die Angela Davis in ihrem im Jahr 2003 erschienenen Buch „Are Prisons Obsolete?“ thematisiert. Auch wenn jüngst das erste und das letzte Kapitel auch auf Deutsch vorgelegt wurden (siehe Weiterführende Literatur, Anm. Red.), ist das Buch in seiner Gesamtheit bislang nicht übersetzt. Allerdings ist es als Einstieg für alle Personen, die über grundlegende Englischkenntnisse verfügen und zum ersten Mal ihre Meinung über das Gefängnisssystem hinterfragen wollen, sehr gut geeignet, weil es einen allgemein verständlichen Zugang bietet, ohne sich in akademischen Spitzfindigkeiten zu verlieren.

Davis legt ihren Schwerpunkt auf das Gefängnisssystem der USA und wie es sich dort entwickelt hat. Dies sollte man im Hinterkopf behalten, will man die Erkenntnisse auch auf Systeme außerhalb der USA anwenden.

Davis rekonstruiert im Hauptteil die Entwicklung der US-Gefängnisse. Dabei zeigt sie zunächst die historische Kontinuität von rassistischen Institutionen in den USA auf: über Sklaverei, Lynchjustiz und Convict Leasing – dem, nach dem Ende des US-amerikanischen Bürgerkrieges, staatlich organisierten und rassistisch motivierten System der Verpachtung von Strafgefangenen als Zwangsarbeiter*innen – hin zur Segregation und schließlich der Masseninhaftierung heute. Schwarze Körper, schreibt Davis, würden seitens Politik und Wirtschaft als Ressource zur

Ausbeutung betrachtet. Das habe vor allem die anhaltende systematische Kriminalisierung Schwarzer Menschen seit der offiziellen Abschaffung der Sklaverei möglich gemacht. Diese Herleitung ist einleuchtend argumentiert. Doch dann bringt Davis folgende These:

Wenn wir bereits davon überzeugt sind, dass Rassismus die Zukunft unseres Planeten nicht bestimmen darf, und wenn wir erfolgreich argumentieren können, dass Gefängnisse rassistische Institutionen sind, dann kann dies dazu führen, dass wir ernsthaft in Erwägung ziehen, Gefängnisse für überflüssig zu erklären. (S. 25, Übers. LZ)

Diese Aussage weckt den Anschein, es sei gesellschaftlicher Konsens, dass Rassismen nicht zukunftsweisend sein dürfen. Doch war man sowohl zu dem Zeitpunkt als der Band erschienen ist, als auch heute weit entfernt von einem gesellschaftlichen Konsens zur Ablehnung von Rassismus. Davis lässt an dieser Stelle zudem außer Acht, dass Rassismus im Kapitalismus nach wie vor einen Nutzen erfüllt; nämlich, indem er bestimmte Personengruppen kriminalisiert und in widrige Arbeitsverhältnisse – nicht zuletzt auch in Gefängnisarbeit – zwingt.

Ein Blick hinter die Gefängnismauern

Neben den rassistischen Strukturen, die sich in der Institution Gefängnis im Kapitalismus zeigen, ist darin auch das Patriarchat fest verwoben. Dass die Verstrickungen von Klasse, Geschlecht und race im Gefängnis- beziehungsweise Strafsystem besonders intensiv zu spüren sind, zeigt Davis eindringlich: „Das heißt, deviante Männer wurden als kriminell angesehen, während deviante Frauen als geisteskrank eingestuft wurden.“ (S. 66, Übers. LZ) Sie schreibt weiter:

„Wenn wir hier die Auswirkungen von Klasse und race berücksichtigen, kann man sagen, dass dieses Zusammenspiel bei weißen und wohlhabenden Frauen eher als Beweis für emotionale und mentale Störungen dient, bei Schwarzen und armen Frauen jedoch auf Kriminalität verweist.“ (S. 67, Übers. LZ)

Nicht nur reproduziert das Gefängnisssystem die Unterdrückungsmuster, denen insbesondere nicht männliche Personen auch außerhalb der Gefängnismauern ausgesetzt sind, sondern treibt diese auf die Spitze. Davis beschreibt, wie insbesondere der sexuelle Missbrauch, den viele inhaftierte Frauen bereits außerhalb des Gefängnisses erleben mussten, entweder mutwillig durch Wärter fortgeführt wird oder dieser durch besonders intime Leibesvisitationen (strip search) sogar offiziell in die Institutionsregeln selbst hineingeschrieben ist.

Der Prison-Industrial-Complex stellt den letzten großen Analysegegenstand des Buches dar. Der Begriff beschreibt die Verquickung von Konzernen, der Regierung, Haftanstalten und den Medien. Davis beschreibt, wie private Gefängnisunternehmen durch Gefangenenarbeit Profit machen und wie der Staat sich davon eine Scheibe abschneidet. Die strukturelle Illegalisierung von migrantischen Personen – zum Zeitpunkt der Veröffentlichung zum Beispiel durch den sogenannten War on Terror – erzeugt einen „human surplus“ (S. 91) der durch einen Ausbau von Gefängnissen nicht nur verwaltet, sondern auch für einen ökonomischen Nutzen ausgebeutet wird. Diese Erkenntnis sollte auch europäische Leser*innen in Zeiten von verschärften Migrationsgesetzen und einem Ausbau des Polizeiapparates hellhörig machen: Volkswagen, BMW, Miele und die anderen über hundert Unternehmen, die in deutschen Gefängnissen billig produzieren lassen, werden auch hierzulande von höheren Inhaftierungszahlen profitieren.

Abolitionist Alternatives

In ihrem letzten Kapitel zeichnet Davis Zukunftsaussichten. So beschreibt sie, wie ein ausgebautes, kostenloses und inklusives Bildungs- und Gesundheitssystem zusammen mit der Dekriminalisierung von Sexarbeit, Migration und Drogenkonsum nach und nach die Notwendigkeit von Gefängnissen minimieren würden. Damit steht sie in der Tradition eines Abolitionismus von unten, der sich

historisch durch Schwarze Massenwiderstände und marxistische Vordenker*innen vom aufklärerischen Abolitionismus als weiße und liberale Bewegung abgrenzte. Davis Aufruf zum Abbau von diskriminierenden Strukturen einerseits und dem Aufbau von neuen Verhältnissen und Produktionsformen andererseits zeigt überzeugend, wie aus antikapitalistischen, antirassistischen und feministischen Perspektiven heraus die Notwendigkeit entsteht, Alternativen zum bürgerlichen Strafsystem zu entwickeln.

Weiterführende Literatur:

Die eingangs erwähnten zwei Kapitel des Buches, die auf Deutsch übersetzt wurden, finden sich in folgendem Sammelband: Loick, Daniel / Thompson, Vanessa E. (Hg.) (2022): Abolitionismus. Ein Reader. Suhrkamp Verlag, Berlin.

Angela Davis 2003:
Are Prisons Obsolete?
Seven Stories Press, New York.
ISBN: 978-1583225813.
128 Seiten. 13,70 Euro.

Zitathinweis: Lara Zieß: Eine Welt ohne Gefängnis. Erschienen in: Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1853>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Wer hat Angst vor der Polizei?



Raul Zelik
Friss und stirb trotzdem

Ein Debutroman erzählt von den 1990er Jahren in Berlin-Kreuzberg, von antifaschistischer Gegenwehr gegen Neo-Nazis und von repressiver Polizeigewalt.

Rezensiert von [Çağan Varol](#)

Der Debut-Roman des Schriftstellers Raul Zelik beginnt mit dem Angriff einer Gruppe von Antifaschist*innen auf eine Gruppe rechter Funktionäre der Deutschen Liga für Volk und Heimat. Es sind die berühmten 1990er Jahre. Zufällig erfährt eine Person in Berlin-Kreuzberg von einem Journalisten, dass sich Nazis in ein griechisches Restaurant in der Nähe gesetzt haben. Die Nachricht wird mit Ungläubigkeit aufgenommen und spontan eine kleine Eingreiftruppe formiert, die den Rechten klar machen soll, dass sie in Kreuzberg nicht willkommen sind. Die Gruppe, darunter auch ein Freundeskreis migrantischer Antifaschist*innen, stürmt das Restaurant und beendet das Essen. Die angegriffenen „Verteidiger des Abendlandes“ sind gar nicht so heldenhaft, wie sie nach außen vermitteln. Sie verstecken sich unter den Tischen und schreien nach Hilfe. Der Angriff dauert nur eine Minute.

Am nächsten Tag erfahren die Jugendlichen aus der Zeitung, dass einer der Nazis erstochen wurde. Damit fängt die eigentliche Geschichte an. Das Warten auf den polizeilichen Zugriff, das Untertauchen und das Umkippen von Freund*innen in den Vernehmungen wird aus der Perspektive des Protagonisten während seines Abtauchens und in seinen unterschiedlichen Verstecken erzählt. Der Roman arbeitet mit vielen Rückblicken, die jedoch kaum auf biographische Episoden zurückgreifen. Über das Leben der Jugendlichen wird im Hier und Jetzt gesprochen – und nicht mit der Einwanderungserfahrung der Eltern verknüpft.

Denk ich an Deutschland in der Nacht

Was Raul Zelik jedoch zu stark voraussetzt, ist die politische Atmosphäre der Wendejahre, die den Hintergrund seines Romans bilden. Mit der Wiedervereinigung erlebte Deutschland ein nationalistisch-völkisches Wiedererstarken, dem Pogrome, Brandanschläge, Morde an Antifaschist*innen und an der migrantischen Bevölkerung folgten. Dies zwang die zweite Generation von in Deutschland geborenen oder aufgewachsenen Migrant*innen zur Selbstverteidigung. In West-Berlin verdichteten sich die Konkurrenzen um wirtschaftliche und soziale Ressourcen, da die ehemaligen DDR-Bürger*innen aus Ost-Berlin am einfachsten dorthin reisen konnten. Verdrängungsprozesse aus dem Niedriglohnsektor und ein Kampf um Wohnräume waren die Folge. In manchen Vierteln hatten sich migrantische Jugendgruppen – mit Namen wie „36 Boys“ in Kreuzberg, „Fighters“, „Panthers“ in Wedding, „Sioux“ oder „Die Barbaren“ in Schöneberg – gebildet. Im Jahr 1989 entstand Antifaşist Gençlik (Antifaschistische Jugend), die in der Berliner autonomen Szene vernetzt war. Türkeistämmige Linksaktivist*innen versuchten, diese Jugendgruppen als Verbündete für einen gemeinsamen politischen Kampf innerhalb der Antifa zu gewinnen. Diese Jugendlichen, beschrieb ein Gründungsmitglied der Antifa Gençlik, waren in den Kiezen aufgewachsen, in denen bis Ende der 1980er Jahre Sondergesetze und Zuzugssperren

galten. In diese Zeit fällt auch der Einzug der Republikaner in den Berliner Senat im Jahr 1989, die rassistischen Überfälle parallel zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers, der Mord an dem Familienvater Ufuk Şahin, das geltende repressive Ausländerrecht und der Mauerfall. Die Migrant*innen nahmen die Gefahr ernst und gingen dazu über, die Skinheads und Nazis aus ihren Vierteln und den öffentlichen Plätzen zu vertreiben sowie patrouillierten in großen Gruppen auf Straßen und in öffentlichen Verkehrsmitteln. Diese Aktionen wurden von den Medien mit Moralpaniken, Kriminalisierungen und Ghetto-Vergleichen beantwortet.

Rechte Polizisten helfen rechten Tätern

Der Tod des Nazis ist ebenfalls keine Fiktion: Im Jahre 1992 wurde G. Kaindl, der Parteifunktionär der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), bei einem Angriff getötet. Der Mord wurde Jugendlichen aus dem Kreis der Antifa Gençlik zugeschrieben und macht den realen Hintergrund des Buches aus. Drei Aktivist*innen erhielten dreijährige Haftstrafen, zwei weitere Aktivist*innen Jugendstrafen auf Bewährung. Der Verfassungsschutzbericht von 1991 erwähnte Antifa Gençlik und ihre Kontakte zu den Jugendgruppen als eine der gefährlichsten Entwicklungen des Jahres. Dem Zusammenschluss wurde von staatlicher Seite Unberechenbarkeit und latente Gewaltbereitschaft zugeschrieben. Dies erklärt wahrscheinlich den polizeilichen Fokus auf Antifa-Gençlik-Strukturen und Migrant*innen, obwohl der Angriff von einer gemischten Gruppe durchgeführt wurde: Gefährlich war für die Polizei, dass migrantische Personen antifaschistisch organisiert waren und sich mit anderen radikalen Linken zusammengetan hatten.

Der Fahndungsdruck der Polizei übertraf bei weitem jene Maßnahmen, die angewendet wurden, wenn Personen durch rechte Mörder zu Tode kamen. Seit 1991 bis zum Kaindl-Prozess wurden 64 Menschen durch Rechte umgebracht und selten lautete die spätere Anklage auf Mord. Mitarbeitende des Staatsschutzes sollen überdies den DLVH-Funktionären die Adressen und Namen von Antifa-Gençlik-Mitgliedern zugespielt haben, die dann Drohbriefe von rechten Gruppen erhielten. Teile des Sicherheitsapparates sympathisierten mit den Rechten, was von heute aus betrachtet mit dem Wissen über geheime Chatgruppen und den NSU 2.0 nicht überraschend erscheint.

Doch zurück zum Roman: Kurz vor der gnadenlosen Fahndungswelle der Polizei, die Kreuzberg heimsuchte, erleben die jugendlichen Protagonisten zunächst die Ruhe vor dem Sturm. In den Vormonaten hat die Polizei noch keinen Fahndungserfolg, die mediale Berichterstattung ist kaum mehr vorhanden. Die Antifaschist*innen beteiligen sich an Aktionen gegen die Räumung einer Unterkunft für Geflüchtete und Vertragsarbeiter.

Als die Polizei mit den Durchsuchungen und Festnahmen beginnt, macht sich im Buch Panik breit. Begriffe wie „lebenslänglich“ fallen und harte Straßensjungs kippen im Verhör um. Wir erfahren, dass alles damit anfangt, dass ein Heranwachsender sich der Polizei gestellt hatte und die Polizei schon über ein Jahr den anderen Jugendlichen auf den Fersen war. Der Kronzeuge, „war halb irre“, das schwächste Glied in der Kette, er kennt keine Adressen, nur Spitznamen, schreibt der Autor. Der Protagonist des Romans hat Glück und wird von linken Aktivist*innen in Obhut genommen; sein Abtauchen geschieht ohne Vorbereitung von einer Minute auf die nächste und erfolgt in einem Moment, als der Protagonist gerade eine schöne Zeit durchlebt und „von hier nicht mehr weg will“ (S. 40).

Geballte Fäuste und keine Hände

Es ist erstaunlich an diesem Roman, der 1997 geschrieben wurde und von dem der Autor sagte, er enthalte Realität, aber auch Fiktion, dass es sich einer geheuchelten Empathie zugunsten des rechten Funktionärs verwehrt. Der Fokus liegt auf dem von der Polizei gejagten jungen Menschen, dem nun im stickigen Halbdunkel unterschiedlicher Räume oft nichts anderes als Warten bleibt. Die reflexiven Einblicke des Protagonisten und die Frage, ob er es tatsächlich rausschafft aus

Deutschland, wird bis zum Ende spannend erzählt. Womit der Autor aber zu selten arbeitet, sind Beispiele wie die migrantische Gegenwehr der 1990er Jahre gegen den Rechtsruck denn tatsächlich aussah.

Nur an einer Stelle des Romans erinnert sich der Protagonist rückblickend an eine Aktion nach dem Pogrom in Hoyerswerda, wo er mit Ahmet, „dessen Bücherregal eine Festung des Marxismus war“ (S. 123), und einer größeren Gruppe hingefahren war. Sie liefen durch den Wohnblock, bis tatsächlich eine Junggruppe Nazis sich ihnen in den Weg stellte und sie als Kanacken beleidigte:

„...und sie sahen uns lachend in die Gesichter, aber dann wunderten sie sich, weil wir nicht eingeschüchtert aussahen, wie sie es gewohnt waren, also fingen sie an zu reden, versuchten etwas zu sagen...Irgendjemand von uns nahm den ersten am Kragen, egal ob er größer war als man selbst, das spielte keine Rolle: erst in den Magen, dann ins Gesicht und dann wieder in den Magen...Wir sind dann weitergezogen, brachen den Autos mit Deutschlandfahnen auf dem Heck die Spiegel ab oder zertrümmerten die Scheiben, griffen die Kurzhaarigen mit den Reichskriegsabzeichen aus den Gruppen heraus...“ (124 f.)

Nach den Taten von Mölln und Solingen, bei denen ausschließlich Frauen und Kinder durch Brandanschläge von Neonazis getötet wurden und Politiker von „Beileidstourismus“ sprachen, um nicht auf Trauerfeiern zu gehen, Rechte und Konservative von „das Boot ist voll“ schwadronierten, und das Asylrecht abgeschafft wurde, gute deutsche Jungs und Mädels im Siegesrausch den Thüringer Heimatschutz und später den NSU gründeten, spiegelt der Roman die Wut der zweiten Generation von Migrant*innen wider. Sie waren keine Opfer und konnten sehr wohl zurückschlagen.

Eine letzte Warnung

Nach den Morden an zehn Menschen durch den NSU nach 1999 und dem Massenmord von Hanau 2020, ist die Situation der Selbstverteidigung aktueller denn je. Ehemalige Aktivist*innen sprechen sich wieder für die Organisation des Selbstschutzes von und für Migrant*innen aus, da sie jederzeit Ziel von Angriffen werden können. Die Polizei anzurufen, kommt nicht in Frage, höchstwahrscheinlich ist, wie in Hanau, der Notruf auch gar nicht besetzt oder die Polizist*innen sind selbst Teil extrem rechter Netzwerke.

Garip Bali, ein Berliner Aktivist und Antifaschist, analysiert in der Analyse&Kritik wie folgt:

„Auch wenn sich die Politik nach Hanau nicht verändern wird, sollten wir marginalisierte Gruppen, von Rassismus Betroffene und solidarische Linke uns auf weitere Attentate und politische Bedrohungen von rechts einstellen [...] Die Idee der unabhängigen, militanten Selbstorganisation von Migrantinnen ist möglich und machbar.“

Die Antifa Gençlik trat nach dem Kaindl-Fall und der polizeilichen Repression nur noch mit Flugblättern in Erscheinung. Die Jugendgruppen wurden in den 1990ern durch staatlich etablierte Streetwork-Programme erfasst und in die Jugendzentren gezogen, womit ein soziales Problem sozialarbeiterisch befriedet wurde. In sozialräumlichen Kontexten wirken Akteur*innen der Sozialen Arbeit und der Polizei Hand in Hand, während verschiedene Strategien der Hilfe, Kontrolle und Disziplinierung angewandt werden und einen sozialen Panoptismus installieren. In diesen Räumen existieren die Strategien des/der freundlichen Bezirkspolizist*in und die Darbietung martial-militärisch auftretender polizeilicher Handlungsmacht in Form von „Shisha-Bar-Razzien“ und schikanösen spontanen Kontrollen nebeneinander. Die medial-politische Darstellung migrantischer Räume, im Roman Berlin-Kreuzberg, als „Ghettos“ oder „gefährliche Orte“ erzeugt heute noch Narrative der Bedrohung und erschafft durch permanente Moralpaniken rassifizierte Topographien. Dies ist kein durch einfache Fahrlässigkeiten im Ton entstandener Teufelskreis, sondern eine staatliche Logik und ein rassifizierender ideologischer Diskurs in einem Kampf um Hegemonie.

Über den Autor des Romans ist aus dem ehemaligen Umfeld auch Kritik zu hören. Er reduziere die Story zu sehr auf eine Liebesgeschichte und habe die Protagonisten nur eindimensional abgebildet. Auch die Kritik der Antifa-Gençlik-Mitglieder an der damaligen Antifa West-Berlin fehle im Buch komplett (vgl. AK Wantok 2014). Die deutsche Linke erscheint im Buch als hilfsbereite Unterstützer*innenstruktur, die die unpolitischen, aber schlagkräftigen Jugendlichen aus den Straßen und Bolzplätzen auflesen muss, um sie vor der Polizei zu beschützen. Ob das stimmt, ist fraglich. Es ist verständlich, dass die eigenwillige Mischung aus Fakten und Fiktion einigen der damaligen Akteur*innen nicht gefallen hat – doch übertragen auf heute, fast 30 Jahre nach den realen Geschehnissen des Romans, lässt sich, auch aufgrund des Fehlens weiterer Quellen und mit Blick auf die heutige Literatur, dennoch viel Positives abgewinnen. Vielleicht sollten die Protagonist*innen von damals anfangen, ihre Geschichte selbst zu erzählen, damit man literarische Quellen kritisch abgleichen kann.

Meinen eigenen Recherchen zufolge hat tatsächlich einer der Gesuchten von damals es geschafft, Deutschland zu verlassen. Manche sagen, er sei Jahre später in den Bergen als Freiheitskämpfer gestorben. Mit dem Buchende hat das aber nicht viel zu tun.

Anmerkung

*Alle Zwischentitel stammen aus den Lyrics von Brothers Keepers „Adriano – Letzte Warnung“ (Version von 2018), der nach dem Mord an dem ehemaligen Vertragsarbeiter Alberto Adriano durch drei Neonazis im Jahr 2000 in Dessau veröffentlicht wurde. 2018 wurde eine leicht veränderte Version herausgebracht, die sich auch auf rechte Taten nach den 2000er Jahren bezieht.

Vertiefende Literatur

Garip Bali: Was können wir vom migrantischen Selbstschutz der 1990er lernen? Garip Bali über die Pogromjahre nach der Wende, migrantische Jugendgangs und die Geschichte der Antifaşist Gençlik, in: [ak 658, Interview von Ceren Türkmén vom 17.02.2020](#).

Çağrı Kahveci (2017): Migrantische Selbstorganisation im Kampf gegen Rassismus. Die politische Praxis ausgewählter antirassistischer Gruppen türkeistämmiger Migrant_innen. Unrast Verlag, Münster.

Eike Sanders/Ulli Jentsch: 12. Mai 1989 – Ufuk Sahin wird im Märkischen Viertel von einem Rassisten erstochen, in: [Berlin-Blog vom apabiz](#).

AK Wantok-Herausgeber*innenkollektiv (2014): Antifa Gençlik. Eine Dokumentation (1988 – 1994). Unrast Verlag, Münster (Rezension in kritisch-lesen.de-Ausgabe 37: [Bildet Jugendbanden](#)).

AIB 19 - 3.1992 | 8.9.1992 (/aib19): Zum Tod eines Neonazis.

AIB 25 - 1.1994 | 27.1.1994 (/aib25): „Deutsche Liga“ und Berliner Staatsschutz Hand in Hand. Von Berliner AntifaschistInnen.

AIB 26 - 2.1994 | 11.5.1994 (/aib26): Kaindl-Verfahren: Interview mit zwei Leuten aus dem UnterstützerInnenkreis der inhaftierten AntifaschistInnen.

Klaus J. Bade (1994): Ausländer, Aussiedler, Asyl. Eine Bestandsaufnahme. Verlag C.H. Beck, München, S. 72.

Straßenauszucker.tk: Wir sind die Nicht-Gewollten. Ein Interview mit einem Gründungsmitglied der Antifa Gençlik vom 11.12.2013.

Raul Zelik 2017:
Friss und stirb trotzdem.
disadorno edition, Berlin.
ISBN: 9783941959088.
156 Seiten. 16,00 Euro.

Zitathinweis: Çağan Varol: Wer hat Angst vor der Polizei? Erschienen in: Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1854>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Hallo, mein Name ist Kriminell



Mohammed Ali Chahrour / Levi Sauer / Lina Schmid /
Jorinde Schulz / Michèle Winkler (Hg.)

Generalverdacht

Wie mit dem Mythos Clankriminalität Politik gemacht wird

Die Normalisierung des „Clan“-Begriffs trägt in spezifischer Weise zum Policing migrantisierter „Anderer“ bei.

Rezensiert von [Andrea Strübe](#)

„Unfassbar! Steuerzahler müssen für Clan-Anwälte blechen!“ So titelte die *Bild Bremen* im August 2023. Solchen Unfug könnte man vielleicht beim Populismusblatt Nummer eins noch ganz gut ignorieren, stünde der Titel nicht sinnbildlich für die mittlerweile komplette Normalisierung des Begriffs „Clankriminalität“. „Clanfamilien“ stehen für mafiöse Strukturen, so mächtig und reich, dass sie ganze Scharen von Anwalt*innen unterhalten können. In der Kontinuität des bundesdeutschen Rassismus stehen „Clans“ für Integrationsverweigerer, die den Staat unterwandern, ihre ganz eigenen Regeln haben und kriminell bis unters Dach sind. Als „Parallelgesellschaften“ sollen sie ganze Stadtteile in Berlin, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen fest im Griff haben und diese Gebiete für den bundesdeutschen Normalbürger zur „No-Go-Area“ machen. Schon alleine, wer einen Namen mit „Clan“-Verdacht trage und in bestimmten Stadtteilen wohne, mache sich verdächtig. Naiv, wer diese Gefahr nicht erkennen wolle!

Dass sich hinter diesem Diskurs kein Spiegel der Wirklichkeit, sondern ein riesiges Spektakel verbirgt, ist leicht zu erahnen. Der Band „Generalverdacht. Wie mit dem Mythos Clankriminalität Politik gemacht wird“ schaut hinter die Kulissen und entlarvt die Strategien und Ziele dieser Debatte. Entstanden ist er in Kooperation mit der Neuköllner Initiative Kein Generalverdacht, mit der Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP Berlin) und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. In zahlreichen, allesamt sehr lesenswerten Beiträgen werfen die Herausgeber*innen und Autor*innen aus aktivistischen, juristischen und sozialwissenschaftlichen Perspektiven Schlaglichter auf die „Clan“-Debatte. Wer verfolgt welche Interessen, wer profitiert, welche Narrative werden bemüht und vor allem: Wen trifft es eigentlich?

Rassistische Legitimationen

Um eines gleich vorwegzunehmen: Es gibt keine statistischen Belege, dass die Zugehörigkeit zu einer Familie zu gesteigerter krimineller Aktivität führt: „Was in den Kriminalstatistiken der meisten Bundesländer als ‚Clankriminalität‘ gelabelt wird, macht trotz des hohen Verfolgungsdrucks gerade einmal zwischen 0,18 und 0,6% aller aufgenommenen Straftatermittlungen aus.“ (S. 14) Schaut man sich die in Medien, Politik und von Polizeivertreter*innen geführte Debatte an, erhält man hingegen den Eindruck, die Unterwanderung des Rechtsstaats sei weit fortgeschritten. Mit der – in unzähligen Medienbeiträgen stetig wiederholten – angeblichen Gefährdung der Sicherheit in „Problemkiezen“ durch „arabische“ oder „kurdisch-libanesischen Familienclans“ (S. 87), die sich sinnbildlich als Gewaltexzesse in den Silvesternächten der letzten Jahre gezeigt habe, werde eine „Moralpanik“ (S. 127) erzeugt, schreibt Çağan Varol in seinem Beitrag. Diese diene unter anderem der Polizei, Handlungsbedarf und -macht zu demonstrieren und Mittel zur Aufrüstung zu

beanspruchen – mit der Argumentation, nur eine starke, hart durchgreifende Polizei könne das Problem angehen und für Sicherheit sorgen. Die Moralpanik stärke zudem den Rückhalt aus der nicht-migrantisierten Gesellschaft: „Über den Modus der Moralpanik werden städtische Eliten aktiviert und über einen zivilisatorischen Auftrag in die Disziplinierung der devianten Individuen eingebunden“ (S. 130), so Varol. In der Hegemoniekrise der Staatsapparate würden so Teile der Bevölkerung wieder an den Staat gebunden.

Die Beiträge zeigen anhand vieler Beispiele, welchem Zweck die „Clan“-Kriminalisierung dient: Über die Konstruktion der „Ausländerkriminalität“ wird die *weiße* Vorherrschaft abgesichert. Durch das Fortschreiben des Rassismus – vor allem des antimuslimischen Rassismus – wird die Abwertung und Entrechtung von Menschen im Bleiberecht, im Sozialwesen und auf dem Arbeitsmarkt fortgeschrieben. „Clans“ sind kein Fakt, sondern ein diskursives Element zur Aufrechterhaltung des rassistischen Status quo. Die Kriminalisierung funktioniert indes über verschiedene Hebel des Rassismus wie racial profiling und sogenannte kriminalitätsbelastete Orte (kbO). Lina Schmid führt in ihrem Beitrag dazu aus, dass die Polizei Orte, an denen sich vor allem migrantisierte Personen bewegen, nach eigenem Ermessen als „kriminalitätsbelastet“ ausweist, um gesonderte Befugnisse – zur anlasslosen Kontrolle etwa – zu erhalten und damit das Verbot des racial profiling zu umgehen. Der Grund für eine Identitätsfeststellung muss an diesen so markierten Orten kein strafrechtlich relevantes Verhalten sein. Dabei werden vornehmlich jene kontrolliert, die in das rassistische Raster der Polizei passen – racial profiling durch die Hintertür. Damit wird die Kriminalisierung von Personengruppen stark vorangetrieben, denn in der öffentlichen Wahrnehmung werden Polizeikontrollen meist als begründet betrachtet. Die Polizei genießt ein großes Vertrauen in weiten Teilen der Bevölkerung: Wo sie also kontrolliert oder andere Maßnahmen ergreift, *muss* etwas vorgefallen sein. Ein Bewusstsein über kbOs oder „ortsbezogene Kriminalisierung“ (S. 162) gibt es in der Öffentlichkeit nicht. Die Befugnisse der Polizei durch kbOs ordnet Schmid als verfassungsrechtlich bedenklich ein. Und dennoch sind sie absolut gängig. Vermutlich, weil es kaum Gegenwind gibt.

Dass insbesondere Stadtteile als kbOs definiert werden, in denen viel migrantisches Leben und Arbeiten stattfindet, ist also kein Zufall. Es zeigt, dass Polizeiarbeit historisch und weiterhin vor allem ein Mittel ist, um problematisiertes Leben unter Kontrolle zu halten. Das gebündelte „kriminelle“ Potenzial muss dann für die Legitimität auch entsprechend demonstriert werden. In so genannten Verbundeinsätzen beziehungsweise Razzien in migrantischen Gewerben, Kiosken oder Vergnügungsorten (die berühmt-berüchtigten „Shisha-Bars“ et cetera) wird mit einem Großaufgebot von Polizei, Ordnungsamt und Medien unter öffentlichkeitswirksamen Getöse die angebliche Gefahr vorgeführt. Unter dem rechtlichen Rahmen der Gewerbekontrollen findet die Polizei Zugang zu Räumen, an denen sie Ermittlungen durchführt, „welche üblicherweise einen Gerichtsbeschluss benötigen würden. Das Narrativ der staatsfeindlichen ‚Clans‘ lässt jedoch diese rechtliche Unsicherheit verwischen, um durch eine vermeintliche gesellschaftliche Legitimität politisch zu trumpfen“ (S. 46), so Mohammed Ali Chahrouh in seinem Beitrag. Dass bei solchen Einsätzen in den allermeisten Fällen nicht mehr als kleine Ordnungswidrigkeiten aufgedeckt werden, sieht die Öffentlichkeit nicht. Sie sieht den starken Staat, der gegen kriminelle Machenschaften hart durchgreift. Wo Kriminalität herrscht, herrscht kein Rassismus.

Politische Ambitionen

Jüngst gipfelte die Debatte um „Clankriminalität“ in Nancy Faesers Vorschlag, Menschen mit „Clan“-Zugehörigkeit auch dann abzuschieben, wenn sie für keine Straftat verurteilt worden sind.“ (S. 17) Dies zeigt, wie weit die Unschuldsvermutung ausgehebelt ist, wenn es darum geht, reaktionäre Politik zu machen. Allein die Zugehörigkeit zu einer Familie soll dazu dienen, Menschen zu sanktionieren und ihren Verbleib in der Gesellschaft zu verunsichern. Mit der Kriminalisierung wird fortgeführt, was für manche Menschen seit jeher deutsche Realität ist: die Verdrängung an den Rand der Gesellschaft, sei es räumlich, sozial oder aufenthaltsrechtlich. Die Kontinuität dieser Verunsicherung wird insbesondere in den Kapiteln zu Beginn des Buches

eindrücklich geschildert. Anhand der Beschreibung des Asylsystems der letzten Jahrzehnte wird deutlich, wie die Nicht-Anerkennung von Menschen mit Fluchthintergrund zu einer permanenten Diskriminierungserfahrung wurde. Über das Mittel der Kettenduldungen aufgrund angeblich nicht geklärt Staatsangehörigkeit wird Menschen ein Platz zugewiesen, der sie in ständiger Armut und Perspektivlosigkeit hält. Wie gleich mehrere Beiträge aufzeigen, sind, neben Rom*nja und Sint*ezze, oftmals vor dem Bürgerkrieg aus dem Libanon geflohene Menschen von der jahrelangen Kriminalisierung betroffen:

„Ähnlich wie an den Checkpoints verschiedentlicher bewaffneter Gruppen des libanesischen Bürgerkriegs stand auch in den Ausländerbehörden die ‚wahre‘ Identität dieser Menschen im Fokus. Diese ‚wahre‘ Identität meinte nicht etwa ihre Fluchterfahrung oder ihr Leben im Bürgerkrieg. Ihre Identität durften diese Menschen nie selbst bestimmen. Sie war immer eine Fremdzuschreibung. Ohne einen Staat, der ihre Identität beglaubigte, standen die Schutzsuchenden unter Generalverdacht. Sie waren Illegale von zweifelhafter Herkunft.“ (S. 32)

Wie sich mit rassistischen Kampagnen Karriere machen lässt, zeigt Michèle Winkler in ihrer kurzen Diskursanalyse zur „Clan“-Debatte in Nordrhein-Westfalen. Anhand der Auswertung kleiner und großer Anfragen im Landtag sowie Medienberichten zeichnet sie nach, wie seit 2015 der Begriff „Clan“ systematisch zur Diskursverschiebung eingesetzt wurde. Zunächst von CDU und FDP, später, nach dem Regierungswechsel, besonders intensiv von der AfD. Winkler zufolge sind die Wahlerfolge von CDU/FDP und schließlich der Regierungswechsel 2017 auf die offensive Kampagne zum Thema „Clankriminalität“ zurückzuführen. Seitdem sei sie „tragende Säule ihrer Politik“ (S. 79), angeführt von CDU-Innenminister Herbert Reul: Wer in NRW „Clan“ sagt, muss auch Reul sagen. Er hat sich das Thema zum Steckenpferd auserkoren und macht auf dem Rücken rassistisch adressierter Personen Karriere. Winkler beschreibt ausführlich, mit welchen Mechanismen und welchen Narrativen das Thema gesetzt wurde: „Die den Sicherheitsdiskurs dominierenden Themen ‚No-go-Areas‘ und ‚Familienclans‘ waren zuvor maßgeblich durch Polizeivertreter*innen gesetzt, von den Medien aufgegriffen und verstärkt und von CDU und FDP parlamentarisch verankert worden.“ (S. 91) Dies zeigt deutlich, wie eng verwoben die Zusammenarbeit der einzelnen Organe ist, wenn es darum geht, reaktionäre Politik zu machen. Und es zeigt, wie Polizeivertreter*innen als politische Subjekte fungieren, die Themen vorgeben und deren Lageeinschätzungen ungebrochen bis verstärkt von Medien und Politik aufgegriffen werden. Für Betroffene schafft das eine gesellschaftliche Atmosphäre der Unsicherheit. Naiv, wer Attentate wie in Hanau damit nicht in Zusammenhang bringt!

Das Buch gibt einen umfassenden Einblick in die Debatten um „Clankriminalität“ und sezziert ihre Diskursstrategien auf allen Ebenen, auf denen sie wirksam werden. Die kritische Perspektive ist fundiert und hält einige Erkenntnisse bereit. Die einzelnen Beiträge sind gut lesbar und werden durch Dokumentation von Augenzeug:innen und Presseartikeln bereichert.

Mohammed Ali Chahrour / Levi Sauer / Lina Schmid / Jorinde Schulz / Michèle Winkler (Hg.)
2023:

Generalverdacht. Wie mit dem Mythos Clankriminalität Politik gemacht wird.

Edition Nautilus, Hamburg.

ISBN: 978-3-96054-328-2.

320 Seiten. 22,00 Euro.

Zitathinweis: Andrea Strübe: Hallo, mein Name ist Kriminell. Erschienen in: Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1861>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Aufzeichnungen aus dem Revier



Oliver von Dobrowolski

„Ich kämpfe für eine bessere Polizei“
#Better Police

Die kritisch-konstruktive Innenperspektive eines Polizisten ist redlich, aber im Kampf für eine Welt ohne Polizeigewalt nicht ausreichend.

Rezensiert von [Esther Röcher](#)

Die Polizei hat in den letzten Jahren genug Anlass zur Kritik gegeben, denkt man beispielsweise an den durch Jan Böhmermanns Team veröffentlichten rechtsextremen Frankfurter „Itiotentreff“-Chat oder die erschreckenden Ergebnisse der Studie zur „Körperverletzung im Amt durch Polizeibeamt*innen“ (Abdul-Rahman, Grau, Klaus & Singelstein 2023). Kritik an der Polizei kommt bei all diesen Problemstellungen jedoch nur selten von innen.

Reformismus von innen

Eine Ausnahme stellt hier Oliver von Dobrowolski dar. In seinem Buch „Ich kämpfe für eine bessere Polizei“ zeigt der Autor unverblümt die Probleme der Polizei auf und bietet zugleich Lösungen für diese an. Weder der Problemaufriss noch die Lösungsansätze des Buches wären sonderlich interessant, wäre von Dobrowolski nicht selbst „Polizist aus tiefster Überzeugung und mit großer Leidenschaft“ (S. 13). Zugleich ist er Verfechter linksliberaler Positionen: Als langjähriges Mitglied der Partei Bündnis 90/Die Grünen wurde von Dobrowolski zum ersten Vorsitzenden der Berufsvereinigung „PolizeiGrün“ und gründete 2021 den Verein „Better Police“, der sich unter anderem für unabhängige Kontrolle der Polizeiarbeit einsetzt. Wegen seiner kritischen Äußerungen in der medialen Öffentlichkeit zu Themen wie Racial Profiling, Rechtsextremismus oder Sexismus in der Polizei ist Dobrowolski innerhalb der Institution zur Zielscheibe von Anfeindungen geworden. Dennoch rechnet er in seinem Buch nicht einfach mit der Polizei ab, sondern diskutiert die Probleme dieser „als beobachtender Polizist“ (S. 17) aus einer kritisch-konstruktiven Innenperspektive. Es ist gerade diese Perspektive, die sich als die größte Stärke des Buches und zugleich als dessen größte Schwäche offenbart.

Von Dobrowolskis Innenperspektive ist privat und politisch zugleich: Zum einen berichtet der Autor darüber, dass er aufgrund seines politischen Engagements aus zahlreichen polizeilichen Behörden rausgemobbt und hierdurch schließlich Depressionen entwickelt habe. Zum anderen bleibt er aber nicht bei sich stehen. Er spricht sich in seinem Buch für umfassende Reformen aus, die die Polizei wieder an ihren „eigentlichen Zweck“ erinnern sollen: „dass Mitarbeitende der Polizei in erster Linie den Auftrag haben, die Menschen in unserer Gesellschaft und deren Rechte zu schützen“ (S. 20). Gerade bei linksliberal gesinnten Leser*innen stellt sich hierdurch das beruhigende Gefühl ein, dass es glücklicherweise auch „von Dobrowolskis“ in der Polizei gibt. Man ist daher beinahe geneigt, zu glauben, was Stephan Anpalagan in der auf dem Buchrücken abgedruckten Rezension schreibt: „Wären nur mehr Polizisten wie Oliver von Dobrowolski, dann hätte Deutschland die beste Polizei der Welt.“ Der im Buch entstehende Eindruck, es bräuchte für eine Besserung der Polizei nur mehr progressiv denkende Polizist*innen wie von Dobrowolski, verweist jedoch auf die eigentliche Schwachstelle der Perspektive des Autors: Er verkennt den

grundlegend ambivalenten Charakter der Polizei.

Freund und Helfer, nur für wen?

Laut den Polizeiforschern Benjamin Derin und Tobias Singelstein besteht der ambivalente Charakter der Polizei darin, dass die diese zum einen gemäß ihrem gesetzlichen Auftrag in Gefahrensituationen Hilfe leistet und Menschen schützt. Zum anderen ist die übergeordnete Hauptfunktion der Polizei aber die „Aufrechterhaltung der bestehenden sozialen Ordnung“ (Derin & Singelstein 2022, S. 324) mit all ihren Ungleichheitsverhältnissen. Diese Zwiespältigkeit wohnt den beiden Forschern zufolge der „Organisation als Ganzes und damit auch dem Verhalten ihrer Angehörigen inne“ (ebd.).

Diese Erkenntnis bleibt in von Dobrowolskis Buch leider aus. Er unterschlägt zwar nicht, dass die Polizei eine durchaus „machtvolle Institution“ (S. 80) ist, die einer unabhängigen Kontrolle bedürfe. Zugleich hält er aber sehr stark an dem Idealbild einer bürgernahen und helfenden Polizei fest. So schreibt er beispielsweise: „Polizist:in sein bedeutet, in einem helfenden Beruf zu arbeiten. Und damit ist nicht gemeint, sich in erster Linie zu helfen. Die Polizei ist für die Menschen da. Punkt. Danach kommt erst einmal lange nichts.“ (S. 226) Diesem Idealbild entsprechend muss sich für den Autor in der Polizei vor allem „in den Köpfen“ (S. 30) und in der Haltung der Polizist*innen etwas ändern, damit diese wirklich für alle Menschen da sind. Zu erreichen sei dies von Dobrowolski zufolge unter anderem durch Kommunikations- und Diversitytrainings oder Antirassismuseminare.

Wie Derin und Singelstein (2022) betonen, sind Phänomene wie Diskriminierung, Rassismus oder Polizeigewalt allerdings selbst „Symptome der gesellschaftlichen Rolle der Polizei“ (S. 337). Durch einfache Reformen kann sich der zwiespältige Charakter der Polizei, sofern diese eine Institution bleibt, die die soziale Ordnung aufrechterhalten soll und hierfür Gewalt anwendet, also nicht auflösen. Das bedeutet auch, dass selbst eine Polizei, die nur aus aufmerksamen und kritischen Polizist:innen wie von Dobrowolski bestünde, diese nicht unbedingt zu einer grundlegend besseren machen würde.

Von Dobrowolskis Innenperspektive erscheint aber nicht nur aufgrund ihrer Beschönigung der gesellschaftlichen Rolle der Polizei problematisch, sondern auch angesichts der Frage, wie wertvoll eine Polizeikritik von innen grundsätzlich sein kann. Forscher:innen wie Derin und Singelstein heben diesbezüglich hervor, dass Entscheidungen über die Aufgaben und Funktionen der Institution Polizei weniger in dieser selbst, sondern vor allem von der Gesellschaft, der die Polizei dienen muss, getroffen werden sollten. Obgleich es auf einer menschlichen Ebene durchaus bewundernswert ist, dass von Dobrowolski trotz allen Gegenwinds eine umfassende Kritik an der Polizei leistet, braucht es in einem Kampf für eine bessere Polizei in erster Linie nicht mehr von Dobrowolskis, sondern vor allem eine aktive Zivilgesellschaft, die diese beobachtet und – auch grundlegend – kritisiert.

Zusätzlich verwendete Literatur

Abdul-Rahman, Laila; Espín Grau, Hannah; Klaus, Luise & Singelstein, Tobias (2023): Gewalt im Amt. Übermäßige polizeiliche Gewaltanwendung und ihre Aufarbeitung. Campus Verlag: Frankfurt a. M./New York.

Derin, Benjamin & Singelstein, Tobias (2022): Die Polizei. Helfer, Gegner, Staatsgewalt. Inspektion einer mächtigen Organisation. Ullstein: Berlin.

Oliver von Dobrowolski 2022:

„Ich kämpfe für eine bessere Polizei“. #Better Police.

S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main.

ISBN: 9783103971408.

240 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Esther Röcher: Aufzeichnungen aus dem Revier. Erschienen in: Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1850>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Dressur für den Krieg



Cal Brunker (Regie)

Paw Patrol

Der Mighty Kinofilm

Der Paw-Patrol-Hype endet nicht. Der zweite Kinofilm hält dem neoliberalen Paradigma die Treue und betreibt – durchaus raffiniert – eine Militarisierung über die Kinderzimmer.

Rezensiert von [Wolfgang M. Schmitt](#)

Über die neoliberale Ideologie in „Paw Patrol“ habe ich bereits in einer [früheren Filmanalyse](#) gesprochen; im zweiten Film „Paw Patrol – Der Mighty Kinofilm“ werden die Hunde nun – wer hätte es gedacht – zu Superhelden. Hollywood weiß nichts anderes mehr zu erzählen als Superheldenfilme, also muss auch aus der Paw-Patrol-Truppe eine Superheldentruppe werden.

Aber bevor wir näher ins Detail gehen, müssen wir einen Schritt zurücktreten und darüber nachdenken, was das Besondere an Filmen für Kinder ist, beziehungsweise ob es überhaupt so etwas wie Kinderfilme gibt? Der amerikanische Medienwissenschaftler Neil Postman würde sagen: eigentlich nicht. Es gibt zwar Kinderbücher, weil man sich das Lesen selbst erst einmal peu à peu erschließen muss, um später auch kompliziertere Texte zu verstehen. Bei Bildern ist das laut Postman jedoch völlig anders. Dabei bezieht er sich mit seiner Kritik in „Das Verschwinden der Kindheit“ besonders auf das Fernsehen, aber man kann das natürlich auch auf das Kino erweitern. An einer Stelle schreibt er sehr eindrücklich, dass wir es beim Fernsehen nicht mehr mit einer Informationshierarchie zu tun haben. Er sagt: „Vom Fernsehen jedoch wird dieser Informationshierarchie die Grundlage entzogen.“ Das heißt, alle Bilder können von Kindern wie von Erwachsenen gesehen werden. Wir haben es also nicht mit einem verschlossenen Werk zu tun. Postman schreibt: „Entscheidend ist, daß das Fernsehen Informationen in einer Form präsentiert, die unterschiedlos jedem zugänglich ist, und das bedeutet, das Fernsehen braucht nicht zwischen den Kategorien ‚Kind‘ und ‚Erwachsener‘ zu unterscheiden.“

Nun gibt es zwar durchaus Kinderprogramme, aber wie verhält es sich bei Paw Patrol? Die Serie wie die Kinofilme richten sich ja dezidiert an Kinder und nicht an die Eltern – Letztere müssen es nur ertragen. Es ist nicht wie in den Animationsfilmen aus dem Hause Pixar, wo man jung und alt bedienen will. Die Hunde und ihre Mitstreiter sind putzig gezeichnet, es gibt Stimmen für Kinderohren und Pointen für Kindergemüter. Die ganze Überdrehtheit ist dabei die Summe des dominierenden und enervierenden Kinderfernsehens, das man so kennt oder auch nicht kennt. Das Süßliche, das die Kulturindustrie produziert, deckt sich mit dem Zucker, den die Zuckerindustrie produziert.

Und dennoch: „Paw Patrol – Der Mighty Kinofilm“ ist ein Erwachsenenfilm für Kinder. Hier wird keine kindliche Welt erschlossen, sondern die Kleinen werden auf die Welt der Großen vorbereitet. Die Narrative der Großen-Welt werden bedient, die Spannungsbögen der Großen-Welt werden etabliert und die Kinder können natürlich alles nachvollziehen, weil es sich um Bilder und eine recht simple Dialogführung handelt. Sagen wir es also gleich: Wir haben es hier mit einer Fortsetzung der elenden Blockbuster-Produktion der Gegenwart zu tun. Aber es handelt sich auch um die ideologische Vorbereitung auf den Ernstfall.

Worum geht es? Das Böse bedroht Adventure City; dieses Mal in Gestalt der finsternen Wissenschaftlerin Victoria Vance. Diese will mit einem Magneten einen Meteoriten herlocken und damit die Stadt in Schutt und Asche legen, was die Paw-Patrol-Hunde natürlich verhindern wollen. Zunächst haben die Hunde aber bereits durch einen anderen Meteoriten Superkräfte erhalten. Jedes Hündchen besitzt nun eine eigene Superkraft und kann sich somit nicht nur Victoria Vance in den Weg stellen, sondern auch dem bösen Ex-Bürgermeister Besserwisser. Außerdem gibt es neben der schon etablierten Paw Patrol nun noch eine Mini Paw Patrol aus Welpen.

Superhunde

Wie Tiere und Krieg zusammenpassen, das erleben wir in den sozialen Medien, wo immer stärker darauf gesetzt wird, dass man rührende Geschichten aus Kriegen berichtet, in denen Tiere eine Rolle oder sogar die Hauptrolle spielen. Es ist ja alles so süß. Und diese Welpen werden, wie wir im Laufe des Filmes sehen, auf einer Militärstation im offenen Meer einem Wehrdienst unterzogen und sind danach gut ausgebildete Kindersoldaten, die jedoch nicht im Namen des Staates, sondern für die private Söldnertruppe namens Paw Patrol agieren. Das neoliberale Paradigma der Serie und des ersten Kinofilms wird hier nicht verlassen, sondern erweitert: Haben die Hunde in der Serie vor allem ein privates Unternehmen, das staatliche Aufgaben im Inland übernimmt wie private Feuerwehr, Polizei, Ordnungsamt, etc., ist die Privatisierung nun fortgeschritten. Auch das Gewaltmonopol auf internationaler Ebene wird zu einem Gewaltmarkt. Die Hunde greifen nun hochgerüstet auf dem Feld des Krieges ein. Damit treten sie in die Fußstapfen der Marvel-Superhelden, der Toretos, der Expendables; all das sind dynamische und effiziente Eingreiftruppen, die zur Not den Weltfrieden wiederherstellen können. Einmal mehr zeigt sich, dass Paw Patrol nicht nur primitiv gezeichnet und entsetzlich nervig ist; viel schlimmer ist, dass den Kindern die Kindheit geraubt wird, indem man sie mit dem, was gern Härte des Lebens genannt wird, konfrontiert und von ihnen verlangt, dass sie sich abhärten. Sie sollen früh bereit sein, militärisch einzugreifen, wann immer es erforderlich ist.

Der erste Eindruck täuscht: Wir haben es an keiner Stelle mit einem Kinderfilm zu tun. Dieser nämlich würde das Reich der Fantasie öffnen, würde etwas erzählen, was Kinderaugen noch sehen können, was Erwachsenen aber allzu oft versperrt bleibt; beispielsweise eine Welt, wie die von Pu der Bär, die jenseits der Herrschaftslogik, jenseits von Staatsräson und Militarismus angelegt ist. „Paw Patrol – Der Mighty Kinofilm“ geht den entgegengesetzten Weg: Man verkauft das Militärische als putzig, niedlich und bunt. Ideologisch wird früh eingehämmert, dass man stets auf der Seite der Guten steht. Schlussendlich heißt es dann auch: Wir beschützen Adventure City, und die Guten, und kein Einsatz – so wird immer wieder betont – ist zu groß, selbst für die kleinste Pfote nicht. Auch die kann immer zeigen, was sie drauf hat. Es ist also eine Rekrutierung auf allen Ebenen. Mit Superkräften ausgestattet dürfen alle über sich hinauswachsen, was in der Superheldenlogik bedeutet: Sie dürfen sich heroisch verhalten. Gegenseitig rufen sich die Hunde dann, wie wir das aus dem Marvel-Universum kennen, zu: Wir glauben an dich! Ich werde euch nicht enttäuschen! Und auch die Hündin Liberty bekommt schlussendlich eine Superkraft, lange hatte sie darauf gewartet. Sie bekommt einen dehnbaren Körper und kommentiert das mit den Worten: „Ich wollte schon immer flexibler sein.“ Das Credo des Neoliberalismus schlechthin.

Die kleinen Zuschauer werden hier zu Pawlowschen Hunden abgerichtet. Sie sollen lernen, was die sogenannte Erwachsenenwelt von ihnen erwartet. Die globale Aufrüstung trifft auf ein global erfolgreiches Franchise. Das Stumpfe und Rohe der Wirklichkeit wird hier in eine stumpfe und rohe Geschichte gegossen. Schließlich hätte man ja einmal keinen Superheldenfilm drehen können. Man hätte ja einmal irgendetwas anderes erzählen können. Aber nein, es gibt nur noch Weltbedrohungsszenarien und man braucht Helden, um uns vor der Bedrohung zu schützen. Man braucht Helden, die zu allem bereit sind.

Eindimensionale Zuschauer

Das Kino rekrutiert hier auch seine Zuschauer der Zukunft; also richtet sie auf das ab, was das erwachsene Publikum schon die ganze Zeit erwartet, nämlich einen Superheldenfilm nach dem nächsten. Und wenn wir über Hunde sprechen, liegt es selbstverständlich nahe, über Konditionierung und das berühmte Experiment des russischen Mediziners und Physiologen Iwan Pawlow zu reden. Wenn man dem Hund Futter zeigt, dann ist dies ein unmittelbarer Reiz und die Speichelproduktion beginnt. Wenn man eine Glocke läutet, passiert hingegen erst einmal nichts. Bringt man die beiden Reize aber in einen zeitlich engen Zusammenhang, läutet man erst eine Glocke und danach gibt es immer Futter, wird es bei dem Hund irgendwann soweit sein, dass, wenn man die Glocke schlägt, bei dem Hund sofort die Speichelproduktion einsetzt.

Wie verläuft nun die Kino-Konditionierung? Gewisse Figuren oder Narrative wie ästhetische Versatzstücke haben sich als gut und richtig eingepägt. Sie werden einem eingehämmert und wir werden auf diese konditioniert. Der kleinste Hund, so lernen wir früh in diesem Film, ist immer der größte Held. Und wir können das dann auf alle weiteren Filme, die kommen werden, übertragen, sodass wir immer schon wissen, ah ja, so verläuft das also, so muss es sein. Schurken sehen wie Schurken aus und wenn die Welt bedroht ist, dann schlagen die Macher bei uns sofort die Glocke und wir sagen, die Welt muss gerettet werden. Was immer auch kommt, sie muss gerettet werden. Wir stellen keine anderen Fragen mehr. Wir rennen zum Fressnapf.

Gilt das nicht auch für politische Schlagworte? Ja sagt Herbert Marcuse in seinem Buch „Der eindimensionale Mensch“ von 1964 und in gewisser Weise ist dieser Titel ideal für Paw Patrol. Denn hier werden eindimensionale Menschen herangebildet. Marcuse schreibt:

„In diesem behavioristischen Universum tendieren Wörter und Begriffe dazu, zusammenzufallen oder viel mehr der Begriff wird tendenziell durch das Wort absorbiert. Jener hat keinen anderen Inhalt als den, den das Wort im öffentlichen und genormten Gebrauch hat, und das Wort soll nichts über das öffentliche und genormte Verhalten (Reaktion) hinaus bewirken. Das Wort wird zum Cliché und beherrscht als Cliché die gesprochene oder geschriebene Sprache; die Kommunikation beugt so einer wirklichen Entwicklung des Sinnes vor.“

Das ist sehr abstrakt formuliert. Was ist damit gemeint? Nun, es gibt ja ganz viele Hochwertwörter im Diskurs, die immer so gebraucht werden und alle nicken sofort und sagen: Ja ja, so ist es wohl. Da wird im Prinzip auch so eine Glocke geschlagen und sofort wissen alle Bescheid. Damit ist dann aber auch gesetzt, was wir unter den Worten zu verstehen haben. Marcuse schreibt weiter:

„An den Knotenpunkten des Universums der öffentlichen Sprache treten Sätze auf, die sich selbst bestätigen, die analytisch sind und gleich magisch rituellen Formen funktionieren. Indem sie dem Geiste des Empfängers immer wieder eingehämmert werden, bringen sie die Wirkung hervor, ihn einzuschließen in den von der Formel verordneten Umkreis von Bedingungen.“

Und diese Einschließung ist jetzt interessant, er sagt:

„Substantive wie ‚Freiheit‘, ‚Gleichheit‘, ‚Demokratie‘ und ‚Frieden‘ implizieren, analytisch, eine bestimmte Reihe von Attributen, die immer dann auftreten, wenn das Substantiv ausgesprochen oder geschrieben wird. [...] Der ritualisierte Begriff wird gegen Widerspruch immunisiert.“

Das führt dazu, dass das Aufrufen dieser Begriffe wie das Erklingen der Glocke bei Pawlow wirkt.

„Damit wird die Tatsache, dass die herrschende Art der Freiheit Knechtschaft ist und die herrschende Art der Gleichheit von außen auferlegte Ungleichheit durch die abgeschlossene Definition dieser Begriffe im Sinne der Mächte, die das jeweilige Universum der Rede modeln, daran gehindert, Ausdruck zu finden.“

Und das führt im Extrem eigentlich in eine Orwellsche Sprache, wenn Krieg dann Frieden ist und Frieden Krieg.

Wenn wir jetzt zum Paw-Patrol-Film zurückkehren und uns noch einmal überlegen, was wir für ein Ausgangsszenario haben: Es gibt eine Bedrohung, es gibt die Hunde und die Welpen und alle kämpfen gemeinsam mit schwerem militärischem Gerät. Dann sehen wir auch hier, dass wir in ein Bedrohungsszenario eingeschlossen werden, bei dem wir nur noch sagen müssen: Ja, ihr müsst für die Freiheit kämpfen, denn ihr beschützt ja die Guten. Der Rahmen selbst wird dabei nicht mehr in Frage gestellt. Pu der Bär würde beispielsweise fragen: Warum müssen wir überhaupt kämpfen? Warum muss man überhaupt andere beherrschen? Weshalb können wir nicht lieber spielen oder schlafen? Das wären kindliche Fragen, die eigentlich auch Erwachsenen gut täten. Aber diese Fragen stellen sich nicht in diesem Film. Die Hunde stellen sie nicht. Aber auch die Macher mit ihrer hündischen Ideologie stellen sie nicht. Es reicht Freiheit zu rufen und sofort sind alle bereit diese zu verteidigen, anstatt in Frage zu stellen, ob dies, was da verteidigt wird, wirklich Freiheit bedeutet. Paw Patrol verbietet Kindern ihre Lieblingsfrage: Warum? Und sie stellen sie zurecht. Aber dieser Film sagt einfach nur: Darum! Darum müsst ihr kämpfen, darum müssen Filme so sein und darum seid ihr gefangen in der Blockbuster-Logik. Paw Patrol will dass die Kinder nur schauen, aber nicht sehen.

Diese Besprechung erschien zuerst am 1. Oktober 2023 auf dem Youtube-Kanal „Die Filmanalyse“ von Wolfgang M. Schmitt: [Link](#)

Zusätzlich verwendete Literatur

Herbert Marcuse [1967] 2014: Der eindimensionale Mensch. Zu Klampen Verlag, Lüneburg.

Neil Postman 1983: Das Verschwinden der Kindheit. S. Fischer, Frankfurt am Main.

Cal Brunker (Regie) 2023:

Paw Patrol. Der Mighty Kinofilm.

Zitathinweis: Wolfgang M. Schmitt: Dressur für den Krieg. Erschienen in: Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1852>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Für die Abschaffung der Übel



Daniel Loick / Vanessa E. Thompson (Hg.)

Abolitionismus

Ein Reader

Ein aktueller Sammelband über Antirassismus, Gefängnisabschaffung, Polizeikritik und transformative Gerechtigkeit stößt eine wichtige Debatte im deutschsprachigen Raum an.

Rezensiert von [Jonathan Eibisch](#)

Mit insgesamt 21 Beiträgen importieren die kritischen Sozialwissenschaftler*innen Vanessa E. Thompson und Daniel Loick eine wichtige, vor allem in der US-amerikanischen Bewegungslinke geführte Debatte in den deutschsprachigen Kontext. Dabei wechseln sich ausführliche Theoriebeiträge (z.B. von Andrew Dilts, Alex S. Vitale, Allegra M. McLeod) mit knapperen Statements von abolitionistischen Aktivist*innen (z.B. von Angela Davis, Victoria Law, Ruth Wilson Gilmore) ab, um eine bewegungsnahe Theoriebildung mit eindeutigen Positionen zu skizzieren. Mit der intersektionalen Perspektive auf *nicht-reformistische Reformen* wird zudem intensiv ein zeitgemäßes Transformationskonzept thematisiert, mit welchem die Abschaffung repressiver staatlicher Instanzen und die Stärkung selbstorganisierter Communities verfolgt wird. Diese ist mit einer grundlegenden Kritik an einem Gesellschaftssystem verbunden, welches Gefängnisse hervorbringt und nötig hat. Wer Zweifel über die Sinnhaftigkeit der Abschaffung von Polizei und gefängnis-industriellem Komplex hat, sollte sich durch die informierte Argumentation der Verfechter*innen des Abolitionismus eines Besseren belehren lassen.

Antirassismus

Die Debatte um Abolitionismus hat mit der seit 2020 stark wachsenden Black Lives Matter-Bewegung enorme Verbreitung gefunden. Dabei werden Erfahrungen und Einsichten aufgegriffen, welche sich in den Bewegungen zur Abschaffung der Versklavung Mitte des 19. Jahrhunderts, als auch bei den sogenannten „Rassenunruhen“ in den 1960er Jahren und der Bürgerrechtsbewegung für schwarze Menschen finden. Am Beispiel des Endes der Versklavung wird besonders deutlich, wie eine rein gesetzliche Gleichstellung von diskriminierten sozialen Gruppen keineswegs automatisch zu ihrer wirklichen Emanzipation führt. Wenn Befreiungsprozesse nicht mit dem beträchtlichen Abbau von Herrschaftsverhältnissen und der Veränderung alltäglicher Beziehungen einhergehen, werden Unterdrückung und Ausschluss in neuer Gestalt reproduziert (z.B. durch Ghettoisierung, Verweigerung von Ressourcenzugängen, geringere Bildungschancen und Löhne etc.). Die Autor*innen des Sammelbands empfinden sich als Teil diskriminierter schwarzer Menschen oder verstehen sich als solidarisch mit ihren Communities. Im deutschsprachigen Kontext ist die Bezugnahme auf lokale Gemeinschaften und damit deren Ermächtigung und Selbstorganisation oftmals schwer nachzuvollziehen und muss daher übersetzt werden. Für die Betroffenen von Diskriminierung, Unterdrückung und Ausschluss sind ihre Communities aber einerseits sozialstrukturelle Realität und andererseits ein Rahmen, um sich zu organisieren, zu verständigen und zu bestärken. Und dies ist bitter notwendig, so verdeutlichen die Beiträge im Band die rassistischen Kontinuitäten bis heute, aber auch die Weiterentwicklung der Kämpfe dagegen – Kämpfe, die jenseits von liberalem Multikulturalismus und Integration in die

hegemoniale Mainstreamkultur geführt werden.

Gefängnisabschaffung

In den USA sind mit ca. 2.068.800 Menschen knapp 1 Prozent der erwachsenen Bevölkerung weggesperrt. Mit 629 Gefangenen pro 100.000 Einwohner*innen führen die Vereinigten Staaten mit Abstand vor Russland (364), Philippinen (179) oder Deutschland (71). Dabei muss man sich vor Augen halten, dass das ungeheuerliche Ausmaß der Inhaftierung in den USA nicht schon immer bestand, sondern ab den 1970er Jahren mit einer neuen Sicherheitsdoktrin systematisch ausgeweitet wurde, während im selben Zuge insbesondere in den schwarzen Gemeinschaften sozialpolitische Maßnahmen und Infrastrukturen kontinuierlich abgebaut wurden. So wurde die Durchsetzung des neoliberalen Raubtierkapitalismus von einer massiven Kriminalisierung der verarmten „gefährlichen“ Klassen begleitet. Dies lässt sich anhand der Ausweitung von Gefängnisstrafen auf eine Vielzahl kleiner Delikte, der rascheren Verurteilung zu ihnen durch Richter*innen, sowie der sofortigen Inhaftierung bei einem dreimaligen Vergehen nachzeichnen. Dabei weist die umfassendere Inhaftierung von Personen aus prekären sozialen Klassen nachweislich keinerlei positive Korrelation mit der sie legitimierenden Reduzierung von „Kriminalität“ auf. In der abolitionistischen Bewegung werden nun mit guten Gründen nicht primär Rechte für Gefangene oder Reformen des Gefängnisystems eingefordert, sondern die Abschaffung dieses Systems. Diese negierende Ausrichtung wird allerdings konstruktiv mit der Praxis der transformativen Gerechtigkeit (*transformative justice*) beantwortet. Hieran schließt sich die Debatte über Sinnhaftigkeit, Funktion und Alternativen zu Strafen und der Analyse und Kritik der repressiven Staatsapparate insgesamt an.

Polizeikritik

Da Polizeigewalt selten offiziell gemeldet und adäquat dokumentiert wird, ist die Erhebung von Daten über sie auf aktivistische Dokumentation und sozialwissenschaftliches Mapping angewiesen. Damit lässt sich beispielsweise aufzeigen, dass in den USA zwischen 2013 und 2021 jährlich im Durchschnitt 1.102 Menschen – häufig völlig willkürlich – ermordet wurden. Schwarze Menschen werden 2,9 mal eher Opfer als weiße. Nur an 15 Tagen im Jahr 2021 wurden keine Personen von Polizist*innen ermordet. (<https://mappingpoliceviolence.org/>) Die regelmäßig tödliche Polizeigewalt ist allerdings nur die Spitze der systematischen Schikanen, welcher insbesondere vorverurteilte schwarze Menschen und Latinx täglich ausgesetzt sind.

Um eine fundierte Kritik an der Polizei als häufig relativ autonom agierendem „Staat im Staate“ zu entwickeln, ist ein Blick in ihre Entstehungsgeschichte aufschlussreich. Während früher lediglich kommunale Wachen, private Milizen oder das Militär Unruhen unterdrückte, entstanden kommunale Polizeidepartements, wie wir sie heute kennen, erst im Laufe des 19. Jahrhunderts. Ihre expliziten Aufgaben bestanden in der Zerschlagung von Streiks, der Verfolgung von Arbeitsunwilligen und Armen, deren moralischer Disziplinierung, sowie der Niederwerfung anti-kolonialer Proteste. Dies wurde mit der gezielten Anwendung von Gewalt, der Infiltration rebellischer Bewegungen und regelmäßigen Patrouillen erreicht. Dass die moderne Polizei sich auch mit Verbrechensbekämpfung beschäftigt, ist eher ein Ergebnis der liberalen Kritik an ihr. Mit jener soll ihre Legitimität gewahrt und wieder hergestellt werden. Dagegen ist das Polizieren, als staatliche Anmaßung der Kontrolle und Reglementierung des Verhaltens unterworfenen sozialer Klassen insgesamt zu problematisieren. Konzepte zur gemeinschaftlichen Verantwortungsübernahme („community accountability“) zeigen dabei Alternativen zum Überwachen und Strafen auf, welches eben nur idealerweise – aber erfahrungsgemäß nicht in der Realität – auf einer unabhängigen Rechtsinstanz beruht, vor der alle Bürger*innen gleich wären.

Wenngleich die abolitionistische Debatte weiter zu übertragen ist, sind Antirassismus, Gefängnisabschaffung und Polizeikritik wichtige Themengebiete, welche auch für den deutschsprachigen Kontext von Bedeutung sind. Und mit fortschreitender Verarmung und sozialer

Verelendung werden auch die repressiven Staatsapparate hierzulande für weitere Bevölkerungsgruppen zum konkreten Problem. Andere wissen bereits, warum ihre Abschaffung erstrebenswert ist.

Daniel Loick / Vanessa E. Thompson (Hg.) 2022:

Abolitionismus. Ein Reader.

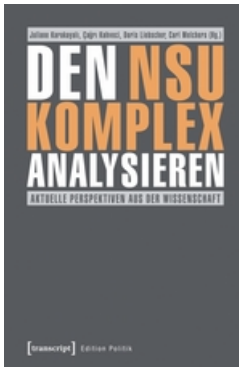
Suhrkamp Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-518-29964-7.

616 Seiten. 28,00 Euro.

Zitathinweis: Jonathan Eibisch: Für die Abschaffung der Übel. Erschienen in: Liebe, Sex und Dating im Neoliberalismus. 65/ 2022, Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1786>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Gegen das staatlich verordnete Vergessen



Juliane Karakayali / Çağrı Kahveci / Doris Liebscher / Carl Melchers (Hg.)

Den NSU-Komplex analysieren
Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft

Der Band zeigt, wie eine gesellschaftliche und wissenschaftliche Aufarbeitung des NSU-Komplexes aussehen kann.

Rezensiert von [Katharina Schoenes](#)

Nach über vier Jahren Beweisaufnahme begann Ende Juli im Münchner NSU-Prozess das Plädoyer der Bundesanwaltschaft. Die Ankläger_innen halten darin an der lange widerlegten Trio-These fest, wonach der NSU nur aus drei isolierten Personen bestanden und ohne nennenswertes Unterstützungsnetzwerk agiert habe.

Die Haltung der Bundesanwaltschaft ist symptomatisch für einen Staat, der ebenso wie breite Teile der Gesellschaft eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex bis heute verweigert. Zwar gibt es eine kleine Community von Menschen, die mit ihren hartnäckigen Recherchen maßgeblich zur Aufklärung der Taten des NSU beigetragen haben und sich kontinuierlich dafür einsetzen, antirassistische Perspektiven auf den NSU-Komplex in die Öffentlichkeit zu tragen. Dazu gehören Anwält_innen, Aktivist_innen, investigative Journalist_innen und nicht zuletzt die Menschen, die durch den rassistischen Terror verletzt wurden oder Angehörige und Freund_innen verloren haben. Ihnen stehen jedoch weite Teile der Mehrheitsbevölkerung gegenüber, die sich vom NSU „schlicht nicht betroffen“ (S. 19) fühlen und weder von dem bundesweiten neonazistischen Unterstützungsnetzwerk des Kerntrios noch von der Verstrickung der Geheimdienste oder den rassistisch geführten Ermittlungen etwas wissen wollen.

Soweit das pessimistische Bild, das die Herausgeber_innen Juliane Karakayali, Çağrı Kahveci, Doris Liebscher und Carl Melchers zu Beginn des Bandes „Den NSU Komplex analysieren“ zeichnen. Es ist das Anliegen des Buches, grundlegende gesellschaftliche Fragen, die der NSU-Komplex aufwirft, (wieder) auf die politische Agenda zu setzen. Dabei geht es den Herausgeber_innen auch um eine wissenschaftspolitische Intervention: Denn das gesellschaftliche Desinteresse am NSU spiegelt sich auch an den Universitäten wider, in denen die rassistische Mordserie und ihr gesellschaftlicher Kontext bislang kaum Gegenstand kritischer Lehre und Forschung wurden.

Einige Artikel setzen sich vor diesem Hintergrund mit den bisherigen Versäumnissen der deutschen Forschungslandschaft auseinander. Um sich überhaupt in die Lage zu versetzen, etwas zur Analyse des NSU-Komplexes beitragen zu können, müssten die unterschiedlichen Disziplinen zuallererst reflektieren, wie sie selbst in die rassistischen Verhältnisse verstrickt sind, die den NSU-Komplex ermöglicht haben, so die Herausgeber_innen in ihrem einleitenden Beitrag. Beispielsweise hat die Migrationsforschung mit ihrem Fokus auf Gewalt, Kriminalität und Fundamentalismus unter „Ausländern“ den rassistischen Ermittlungen der Polizei, die sich jahrelang gegen die Opfer des NSU richteten, eine Legitimationsgrundlage geschaffen. Die Sozialpädagogik hat es bislang versäumt, Ansätze der sogenannten akzeptierenden Jugendsozialarbeit aufzuarbeiten, die in den 1990er Jahren den Aufbau rechter Räume und Strukturen unterstützte. Und die politikwissenschaftliche „Rechtsextremismusforschung“ arbeitet – wie der Name schon sagt – viel

zu häufig mit der innen- und sicherheitspolitisch motivierten Extremismuskonzeption und stützt sich auf „korrumpiertes Wissen“ (S. 146) der Geheimdienste, wie Massimo Perinellis Beitrag eindrücklich belegt.

Es einfach nicht wissen wollen

Wie eine kritische Wissensproduktion zum NSU-Komplex aussehen kann, zeigt der Text von Özge Pinar Sarp und Çağrı Kahveci. Ausgehend vom kollektiven Gedächtnis der deutsch-türkischen Community ordnen die Autor_innen die NSU-Morde in die Geschichte rassistischer Gewalt in der Bundesrepublik ein. Dabei zeigt sich: Nicht nur das Töten von Migrant_innen hat in Deutschland Tradition, sondern auch das Vergessen. Die schmerzhafteste Geschichte derer, die rassistisch diskriminiert und ausgegrenzt werden, hat meist keinen Platz im Gedächtnis des „Erinnerungsweltmeisters Deutschland“ (S. 41). Dies erklärt, warum die Taten des NSU vielfach als erschreckendes, aber letztlich singuläres Ereignis wahrgenommen werden und nicht als Fortsetzung einer großen Zahl rassistischer Morde seit den 1980er Jahren und der rassistischen Pogrome nach der deutschen Vereinigung. Dass es auch eine Kontinuität des Widerstands gegen Rassismus gibt, wird im Beitrag von Sarp und Kahveci ebenfalls deutlich. Immer wieder organisierten Hinterbliebene und Freund_innen der Opfer rassistischer Gewalt Trauerdemonstrationen, verlangten eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus und erhoben Forderungen nach gleichen politischen und sozialen Rechten. Der entschlossene Kampf vieler Familien unterstreicht, dass es möglich ist, in den erinnerungspolitischen Diskurs zu intervenieren. In der Schaffung öffentlicher Gedenkort und im kollektiven Erinnern liegt die Chance, das durch rassistischen Terror hervorgerufene Leid und die Unsicherheit zu vergesellschaften, sodass die Opfer und ihre Erfahrungen nicht länger „abgesondert in die Geschichte eingehen“ (S. 53).

Zu ähnlichen Schlüssen kommen Ayşe Güleç und Johanna Schaffner. Sie gehen von der Frage aus, wie es möglich war, dass das kollektive Wissen und der kollektive Schmerz migrantischer Communities über die Morde des NSU nicht nur im Mainstream, sondern auch in linken Kreisen jahrelang gänzlich ignoriert wurden. Die Unfähigkeit zur Empathie und das „Nicht-Wissen-Wollen“ (S. 60) interpretieren sie als Effekt einer gesellschaftlich produzierten Struktur und als spezifische Ausdrucksform von Rassismus. Die hartnäckigen Interventionen der Familie Yozgat aus Kassel, um die es im zweiten Teil des Beitrags geht, zeigen jedoch, dass es immer wieder gelingt, die „sorgfältig hergestellten Methoden des Nichtwissens“ (S. 60) zu durchkreuzen. So können die strukturelle Empathielosigkeit überwunden und (punktuell) alternative Möglichkeiten der politischen und emotionalen Identifikation geschaffen werden.

Weitere Beiträge untersuchen, wie institutioneller Rassismus das NSU-Verfahren in München prägt oder welche Folgen der „Betriebsunfall“ NSU für die Ausstattung und Kompetenzen des Inlandsgeheimdienstes hatte. Wieder andere Artikel greifen theoretische Konzepte wie „institutioneller Rassismus“, „Collusion“ (also etwa: „verdeckte Zusammenarbeit“, beispielsweise zwischen V-Personen und staatlichen Behörden) oder „Ausnahmestatus“ auf, um sie für die Analyse des NSU-Komplexes fruchtbar zu machen. Ein verbindendes Element der Beiträge, deren thematische Schwerpunkte sich erkennbar unterscheiden, besteht darin, dass sie sich auf „Wissen aus den politischen Bewegungen des Antirassismus und Antifaschismus sowie das migrantisch situierte Wissen“ (S. 10) beziehen. Sie verstehen den NSU-Komplex nicht als singulären Skandal, sondern als Ausdruck der sozialen und politischen Verhältnisse und insbesondere eines tief verankerten Rassismus. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung darf aus dieser Perspektive nicht bei der Aufklärung der Taten des NSU und erst recht nicht bei Spezialdiskussionen über einzelne Neonazis und ihre staatlichen Unterstützer_innen im sogenannten Verfassungsschutz stehenbleiben. Vielmehr muss sie auf eine ernsthafte Auseinandersetzung mit „Rassismus und mit neofaschistischen Tendenzen in einer postnazistischen und postmigrantischen Gesellschaft“ und dem „Verhältnis von Grund- und Menschenrechten und Geheimdiensten in einer Demokratie“ (S. 18) hinauslaufen. Für diese anstehenden Diskussionen liefert der Band wertvolle Ansätze und

Analysen.

Gegenerzählungen entwickeln

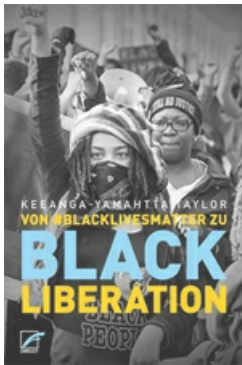
Inwieweit dabei – wie von den Herausgeber_innen angedeutet – auf die vom neoliberalen Umbau gebeutelten Hochschulen gesetzt werden kann, ist allerdings fraglich. Massimo Perinelli bringt es auf den Punkt, wenn er schreibt: „Wer wirklich beansprucht, den NSU-Komplex wissenschaftlich angehen zu wollen, muss auch dazu bereit sein, so manche karriereungünstigen Schritte zu gehen“ (S. 160). Vielversprechender könnte eine unabhängige Rassismusforschungs- und Dokumentationsstelle nach dem Vorbild des britischen Institute of Race Relations (IRR) sein, dessen Arbeit Eddy Bruce-Jones in seinem Beitrag vorstellt. Das IRR dokumentiert seit Jahrzehnten rassistische Gewalt in Großbritannien, macht so die institutionellen und strukturellen Dimensionen von Rassismus sichtbar und liefert Gegenerzählungen zu offiziellen Regierungsberichten. Ansätze, die in eine solche Richtung gehen, existieren in der Bundesrepublik bereits in den vielen gedenkpolitischen Initiativen, die an die Opfer rassistischer Morde erinnern, in Register- und Beratungsstellen oder beispielsweise auch in der Chronik der Berliner Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt. Dieses Wissen gilt es zu systematisieren und zu archivieren, sodass in künftigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen darauf zurückgegriffen werden kann.

In einer Phase, in der der NSU-Prozess in München langsam zu Ende geht, viele parlamentarische Untersuchungsausschüsse ihre Arbeit bereits abgeschlossen haben und staatliche Akteur_innen – wie die eingangs erwähnte Bundesanwaltschaft – entschlossen darauf hinarbeiten, möglichst schnell einen Schlussstrich zu ziehen und den NSU zu den Geschichtsakten zu legen, kommt der Band gerade rechtzeitig. Es bleibt zu hoffen, dass viele die in ihm versammelten Analysen aufgreifen und sich dem staatlich verordneten Vergessen entgegenstellen.

Juliane Karakayali / Çagri Kahveci / Doris Liebscher / Carl Melchers (Hg.) 2017:
Den NSU-Komplex analysieren. Aktuelle Perspektiven aus der Wissenschaft.
Transcript, Bielefeld.
ISBN: 978-3-8376-3709-0.
238 Seiten. 29,99 Euro.

Zitathinweis: Katharina Schoenes: Gegen das staatlich verordnete Vergessen. Erschienen in:
...können wir nur selber tun!. 45/ 2017, NSU - Zehn Jahre nach der Selbstenttarnung. 61/ 2021,
Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1445>. Abgerufen
am: 16. 01. 2024 12:22.

Antirassismus oder Klassenkampf? Ja, bitte!



Keeanga-Yamahtta Taylor

Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation

Feministisch, antirassistisch und zutiefst klassenkämpferisch. Klingt nach einer explosiven Mischung? Ist es auch – im besten Sinne des Wortes.

Rezensiert von [Fabian Namberger](#)

Trotz anderslautendem Titel: Keeanga-Yamahtta Taylors „Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation“ ist kein Buch über Black Lives Matter. Oder, genauer gesagt: Es ist weit mehr als das. Auch wenn der Slogan der Bewegung in breiten Lettern auf dem Cover prangt, im Mittelpunkt von Taylors insgesamt acht Kapiteln steht ein viel weitreichenderes Argument, das zwar nicht neu ist, dessen zeitgemäße Reformulierung aber enormen Wert hat: Klassenpolitik und Antirassismus, so Taylors unnachgiebige Grundthese, schließen sich nicht aus. Im Gegenteil: Sie bedingen einander. Obwohl sich Taylor also, und das allein ist mehr als lesenswert, an der Black Lives Matter Bewegung abarbeitet – an ihren historischen Entstehungsbedingungen (von der Sklaverei zum Rassismus des US-amerikanischen Justizsystems), an ihren Vorgängerbewegungen (allen voran den Black Panthers) sowie an ihren gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen (nicht zuletzt die Frage der Selbstorganisation ist zentral) –, geht sie zugleich ein Problem an, das weit über den Themenkomplex „Black Lives Matter“ hinausweist: Die antirassistische und feministische Erneuerung linker Klassenpolitik.

Selbstorganisation: Vom Moment zur Bewegung

Der Weg zu einer solchen Klassenpolitik führt – daran lässt Taylor keinen Zweifel – über das mühsame Geschäft der Selbst- und Basisorganisation. Und genau hier lohnt sich Taylors Blick auf Black Lives Matter ungemein. Mit Empathie, aber keineswegs unkritisch, zeichnet Taylor die Entstehung und schrittweise Verfestigung der Bewegung nach. Einer der tragischen Schlüsselmomente dabei: der Mord an Mike Brown, einem Schwarzen Auszubildenden aus Ferguson, durch den weißen Polizisten Darron Wilson am 9. August 2014. Stellvertretend für die unerträglich lange Liste Schwarzer Todesopfer (Männer, aber auch Frauen), die durch Polizeigewalt ihr Leben verloren, entfachte der Mord an Brown eine der größten Protestwellen der jüngeren amerikanischen Geschichte. „Browns Tod [war] das Ereignis, das nicht nur die Schwarzen Bewohner*innen von Ferguson, sondern Hunderttausende Schwarzer Menschen im ganzen Land sagen ließ: ‚Es reicht!‘“ (S. 182). Denn nur wenige Wochen zuvor, am 17. Juli 2014, war es in New York zu einem ähnlichen Exzess weißer Polizeigewalt gekommen. Der Polizist Daniel Pantaleo erwürgte auf offener Straße Eric Garner, einen 43-jährigen Gärtner, und kam – wie Mike Browns Mörder – ohne Anklage davon. Als die Nichtanklage von Pantaleo im November desselben Jahres zur Gewissheit wurde, entzündete sich der Funke des Protests erneut:

„Zehntausende Menschen an verschiedenen Orten der USA bauten Barrikaden, angewidert und entrüstet darüber, dass ein weiterer weißer Polizeibeamter ungestraft damit davongekommen war, den Tod eines unbewaffneten Schwarzen Mannes verursacht zu haben. Die Beweise in diesem Fall waren sonnenklar. Hunderttausende Menschen hatten das Video gesehen, in dem Garner um sein Leben flehte und immer wieder – insgesamt elf Mal – sagte: ‚Ich kriege keine Luft‘, I can’t breathe“ (S. 200).

Genau an dieser Stelle setzt Taylor an. Die Frage, die sie an die Bewegung richtet, klingt simpel, ist in der Praxis aber verzwickelt: Wie gelangt man von einem flüchtigen Moment des Protests, in dem sich Entrüstung, Empörung, Trauer und Wut spontan entladen, zu einer langfristigen Bewegung? Taylor tut gut daran, zu betonen, dass diese Frage nicht in der Theorie, sondern immer und immer wieder in der Praxis beantwortet werden muss. Aber – und genau hier liegt Taylors wichtiger Beitrag – Theorie ist eben auch ein wichtiges und unumgängliches „Hilfsmittel“ in jedem konkreten Prozess der Selbstorganisation. Die Analyse, die Taylor zu Black Lives Matter anbietet, mag zunächst irritieren, sie ist aber goldrichtig – und lautet in ihrer Kurzform in etwa so: So sehr die jüngsten Ereignisse rassistischer Gewalt in den USA das Augenmerk auf die unübersehbaren und zutiefst gewaltvollen Konsequenzen von Rassismus lenken (Polizeigewalt bis hin zu Morden, racial profiling, überproportionale Inhaftierungsraten von Afroamerikaner*innen), so wichtig ist es, nicht bei diesen *Effekten* stehen zu bleiben, sondern nach ihren tiefer liegenden *Ursachen* zu fragen. Mit anderen Worten: Es geht um die gesellschaftlichen Bedingungen, die rassistische Gewalt und Diskriminierung erst ermöglichen und – Taylor redet hier nicht lange um den heißen Brei herum – ihren Ursprung im Kapitalismus und seinen (zutiefst widersprüchlichen) ökonomischen, kulturellen und politischen „Logiken“ haben.

Dementsprechend besteht Taylor darauf, Rassismus nicht nur als kulturelle Diskriminierungsform zu fassen, sondern als eine Ideologie, die auf handfesten ökonomischen Realitäten aufsetzt – auf einer, wie Taylor sie nennt, „politischen Ökonomie des Rassismus“ (S. 241). Es ist diese politische Ökonomie des Rassismus, die sowohl die republikanische als auch die demokratische Partei – inklusive Barack Obama und Hillary Clinton – umschiffen haben, wenn sie die Gründe für Schwarze Armut stets auf kultureller Ebene (etwa in Schlagwörtern wie „Schwarzer Kultur“, „Schwarzen Familienstrukturen“ oder „Schwarzem Alltagsleben“) und damit bei den Betroffenen selbst suchten. Aber es ist auch diese politische Ökonomie des Rassismus, die wichtige Ausgangspunkte für eine Praxis der Selbstorganisation bietet, die über ganz verschiedene Diskriminierungsformen hinwegreicht. Am Beispiel von Black Lives Matter bedeutet das, dass die rassistische Unterdrückung von Schwarzen nicht in Abgrenzung *von*, sondern in Zusammenhang *mit* dem Leid gewöhnlicher Weißer verhandelt werden muss. Denn – so Taylors nachdrückliches Plädoyer – Erzählungen über die angebliche Einzigartigkeit verschiedener Unterdrückungserfahrungen

*„vertiefen die Gräben zwischen Menschen, die eigentlich ein großes Interesse daran hätten, sich zu vereinen. [...] Beispielsweise ist die Mehrheit der Menschen, die in den USA in Armut leben, weiß, doch das Gesicht amerikanischer Armut ist praktisch ausschließlich Schwarz. Natürlich sind Afroamerikaner*innen unter den Armen des Landes überrepräsentiert, aber weiße Armut zu ignorieren hilft nur dabei, die systematischen Wurzeln aller Armut zu vertuschen“ (S. 65f).*

Ähnlich auch Taylors abschließende Prognose zu Black Lives Matter: Die Bewegung muss solidarische Brücken zu breiteren antikapitalistischen Bündnissen bauen. Taylor nennt etwa den in Solidarität mit Black Lives Matter erfolgten Streik von Hafearbeiter*innen am 1. Mai 2015 an der amerikanischen Westküste. Nur mit Antikapitalismus wird Black Lives Matter eine Chance haben, nicht durch Staat und Kapital vereinnahmt zu werden. Darin, so Taylor, besteht die eigentliche selbstorganisatorische Herausforderung für die Bewegung.

Selbstorganisation und „neue Klassenpolitik“

Taylors Verknüpfung von Klasse und „Rasse“ ist sicherlich nicht neu. Aber ihr Buch kommt (nicht

zuletzt in seiner deutschen Übersetzung) zu einem Zeitpunkt, an dem das konsequente *Zusammendenken* beider Kategorien besonderen Stellenwert für linksradikale Selbstorganisation hat – ob in den USA oder in Deutschland. So lohnt es sich ungemein, ihre Analyse als Teil einer breiteren Debatte zu lesen, in der es um eine grundlegende Neuausrichtung linker Klassenpolitik geht und die nicht zuletzt von Didier Eribons Verkaufsschlager „Rückkehr nach Reims“ ([siehe Rezension in Ausgabe 41](#)) auf den Punkt gebracht wurde. Im Kern geht es um die Frage, ob die Linke in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten die Arbeiterklasse vernachlässigt hat und, falls ja, wie eine Klassenpolitik auf Höhe der Zeit dann aussehen müsste.

Die Frage kommt nicht von ungefähr. Denn mit dem sogenannten „cultural turn“ haben seit den 1970er Jahren verstärkt Theorien das Zepter linken Denkens in die Hand genommen, für die es (berechtigterweise) darum ging, den Marxismus der alten Garde (à la Haupt- und Nebenwiderspruch) und damit auch die Kernkategorie „Klasse“ in die Schranken zu weisen. Resultat: Nach und nach bildeten sich – sicherlich vereinfacht gesprochen, aber trotzdem nicht von der Hand zu weisen – zwei grobe „Lager“ heraus: marxistisch orientierte Ansätze auf der einen, intersektionale und poststrukturalistische (oft feministisch, queer oder postkolonial orientierte) Ansätze auf der anderen Seite. Was Taylors Buch vom mäßig aufschlussreichen Allerlei anderer Analysen abhebt, ist dass es diese zwei Pole selbst in Frage stellt. An ihre Stelle setzt sie das, was der cultural turn relativ „erfolgreich“ aus den Köpfen vieler Linker gespült zu haben scheint – die Systemfrage:

„Angesichts der Popularität des Sozialismus (in der einen oder anderen Auslegung) während der letzten Welle Schwarzer Rebellion, mutet es seltsam an, wie leichtfertig der Sozialismus heute als Möglichkeit, Rassismus und Schwarze Unterdrückung zu erklären, verworfen wird“ (S. 234).

Hier liefert Taylor dringend benötigte Argumente. Geduldig und mit entwaffnender analytischer Schärfe zeigt sie, dass eine erneuerte, *explizit* feministische und antirassistische Klassenpolitik Ausgangspunkt radikaler Selbstorganisierung sein kann und, in letzter Instanz, auch sein muss. Die entsprechende Gegenfrage – ist es möglich, „Klasse“ stärker in den Vordergrund linksradikaler Selbstorganisation zu rücken ohne dabei reaktionären Ressentiments gegenüber den feministischen, sexualpolitischen und antirassistischen Errungenschaften seit `68 zu verfallen? – beantwortet sie mit einem nachdrücklichen (aber keineswegs unüberlegten) „Ja, natürlich!“ Bestes Beispiel: Der entschlossene Antikapitalismus der Black Panthers.

Die Idee, dass Klassenpolitik – und mit ihr Begriffe wie „Ausbeutung“, „Mehrwert“ oder eben auch „Klassenkampf“ – *zwangsweise* weiß und männlich seien und daher keinen Beitrag zur radikalen Aufdeckung und Überwindung rassistischer und anderer Ungleichheiten leisten könnten, weist Taylor entschieden zurück:

*„Keine ernstzunehmende sozialistische Strömung der letzten hundert Jahre hat je verlangt, die Kämpfe von Afroamerikaner*innen oder Latinos/Latinas beiseite zu schieben, um andere Klassenkämpfe zuerst zu führen. Diese Vorstellung beruht auf der falschen Idee, dass die Arbeiterklasse weiß und männlich und daher unfähig sei, sich den Fragen von ‚Rasse‘, ‚Klasse‘ und ‚Geschlecht‘ anzunehmen. Tatsächlich ist die amerikanische Arbeiterklasse weiblich, migrantisch, Schwarz, weiß, Latino/Latina und vieles mehr. Migration, Geschlecht und Antirassismus sind Fragen der Arbeiterklasse“ (S. 253).*

Zusammenfassend lässt sich Taylors Anliegen vielleicht am besten damit beschreiben, „Klasse“ wieder zu jenem *gemeinsamen* Ausgangspunkt zu machen, der – trotz aller vorhandenen und von staatlicher Seite aktiv geförderten Spaltungen (etwa zwischen weißen und Schwarzen Arbeiter*innen, Muslim*innen, Latinos und Latinas, LGBTQ-Personen, Indigenen, Migrant*innen, Studierenden und so weiter) – eine *radikale* (weil breitenwirksame) Selbstorganisation erst möglich macht. Bei ihr klingt das dann etwa so:

„Wenn wir vor allem die Unterschiede zwischen den Formen von Unterdrückung, die einzelne Gruppen betreffen, betonen, verlieren wir irgendwann das Verständnis dafür, dass wir aufgrund der gemeinsamen Unterdrückung auch miteinander verbunden sind. Diese Verbindung muss die Basis unserer Solidarität sein. Es gibt keinen Grund, Marginalisierung zu zelebrieren“ (S. 220).

Es sind Zeilen wie diese, die Taylors Buch so wertvoll machen und die an einen sehr schlaun – und noch dazu sehr schönen – Satz erinnern, den der marxistische Geograph Kanishka Goonewardena vor nicht allzu langer Zeit zu Papier brachte: „Man darf den Marxismus nicht den Dummköpfen überlassen; dafür ist er zu wichtig“ (Goonewardena 2015, S. 106). Ja, es braucht den Marxismus – den der schlaun, radikalen, feinfühlig Sorten; und mit ihm eine selbstorganisatorische Praxis, die die falsche Gegenüberstellung von Klasse auf der einen und „Rasse“, Geschlecht und Sexualität auf der anderen Seite strikt zurückweist. Nichts anderes bietet Taylor – von der ersten bis zur letzten Seite.

Zusätzlich verwendete Literatur

Goonewardena, Kanishka (2015): Vom Antikolonialismus zu globalen Gebeten ohne Marx. Über die Ungewöhnlichkeit der sogenannten Postkolonialisierung. *sub\urban* 3: 1, S. 103-110. Online einsehbar [hier](#).

Keeanga-Yamahtta Taylor 2017:

Von #BlackLivesMatter zu Black Liberation.

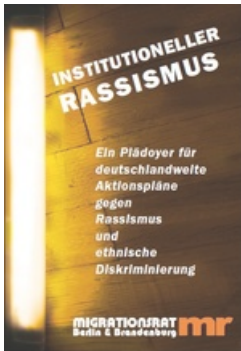
Unrast Verlag, Münster.

ISBN: 978-3-89771-061-0.

296 Seiten. 19,80 Euro.

Zitathinweis: Fabian Namberger: Antirassismus oder Klassenkampf? Ja, bitte! Erschienen in: ...können wir nur selber tun!. 45/ 2017, Neue Klassenpolitik. 47/ 2018, Gegenöffentlichkeit in Bewegung. 60/ 2021, Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1440>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Rassismus mit System



Migrationsrat Berlin Brandenburg (Hg.)

Institutioneller Rassismus

Ein Plädoyer für deutschlandweite Aktionspläne gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung

Vom Arbeits- bis zum Wohnungsmarkt – die Broschüre bietet einen detailliertes Bild der vielen Felder des rassistischen Alltags.

Rezensiert von [Hannah Eitel](#)

Wer sich mit dem Mythos der „bedauerlichen Einzelfälle“ rassistischer Diskriminierung in Deutschland auseinandersetzen möchte, sollte unbedingt zur Broschüre des *Migrationsrats Berlin Brandenburg* (MRBB) greifen: Es gelingt den Autor_innen – anhand von tatsächlichen Einzelfällen – aufzuzeigen, wie Rassismus institutionalisiert ist. Ziel der Herausgeber_innen ist dabei, in die Diskussion um die Fragen was institutioneller Rassismus ist und wie dem begegnet werden muss einzugreifen. Dabei wird zum einen für entschiedenes Handeln und zum anderen für die Erweiterung der Perspektiven von Betroffenen von Rassismus plädiert. Die Herausgeber_innen haben sich um die gemeinsame Erfahrung von Menschen, die rassistischen Bedingungen ausgesetzt sind, für den Begriff People of Color (POC) entschieden, „People of Color ist eine politische (Selbst-)Bezeichnung von Menschen, aus der Erfahrung rassistischer Diskriminierung heraus.“ (S. 7)

Ursprünglich sollte die Broschüre sich beinahe ausschließlich an die Verantwortlichen in der Berliner Politik und Verwaltung wenden; deren bisheriger „Landesaktionsplan gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung“ enthalte nur wenige Vorschläge von antirassistischen Initiativen. Die Broschüre fordert für Berlin bessere Maßnahmen zur Rassismusbekämpfung. Das führt an einigen Stellen leider zu Schwierigkeiten; die Zielgruppe der Broschüre setzt sich zusammen aus Behörden, Politiker_innen, jedoch muss sie sich auch an die Gesamtgesellschaft wenden, wenn sie sich an der allgemeinen Diskussion um institutionellen Rassismus beteiligen will. Die Texte setzen daher zum Teil unterschiedliche Niveaus der Leser_innen voraus. Die Stärke der Broschüre liegt allerdings darin, dass die verschiedenen Formen des institutionellen Rassismus umfassend und deutlich beschrieben werden.

Einzelfälle oder rassistische Struktur?

Was ist unter institutionellem Rassismus zu verstehen? Individuen handeln nicht unbedingt aus eigener rassistischer Motivation heraus diskriminierend, sondern aufgrund rassistischer Gesetze, Verordnungen oder unhinterfragter verfestigter Praktiken. Es wird mit einem Zitat aus dem Macpherson-Report aus dem Jahr 1999 davon ausgegangen, „dass Praktiken mit rassistischem Ergebnis nicht ohne das Wissen der agierenden Person geschehen; sondern dass die agierende Person es versäumt hat, die Konsequenzen seiner/ihrer Handlungen (...) zu überdenken.“ (S. 41) Das Konzept des institutionellen Rassismus soll die rassistisch Handelnden also nicht aus der Verantwortung entlassen, auch wenn der Rassismus in den

„Strukturen öffentlicher und privater Institutionen verankert ist. (...) Unsichtbar in ihrer Wesensart beeinflussen diese Strukturen bewusst und unbewusst das Verhalten, die Sicht- und Denkweise der Individuen in Institutionen. Umgekehrt determinieren auch Individuen das Verhalten der Institutionen, in denen sie arbeiten.“ (Odoi 2004)

Die politischen und historischen Zusammenhänge vom kolonialen Rassismus über die Kämpfe von Schwarzen Antirassist_innen in den USA bis zum heutigen institutionellen Rassismus in Deutschland zeichnet ein spannender Vortrag aus dem Jahr 2010 von Biplab Basu zu Beginn der Broschüre nach. Basu legt dar, dass auf die Verbindung zwischen Ausgrenzung und Ausbeutung geblickt werden muss: „nur durch die Dämonisierung und Verweigerung eines sicheren gesellschaftlichen Status ist die wirtschaftliche Ausbeutung von Menschen überhaupt möglich.“ (S. 10) Darin verwickelt ist der institutionelle Rassismus, wie Basu anhand der Beispiele Polizei, Strafanstalten und Medien zeigt. Der Text kann jedoch eine Einleitung nicht völlig ersetzen, da er auf genauere Definitionen verzichtet und somit auch keine übergreifende Strukturierung der folgenden Beispiele bietet.

Vom gesellschaftlichen „Normalzustand“

Für Leser_innen, die sich noch nicht mit dem Thema institutioneller Rassismus auseinandergesetzt haben, erschwert dies möglicherweise das Verständnis für Zusammenhänge, auf die in einzelnen Texten zwar hingewiesen wird, die aber nicht überblicksartig dargestellt werden. In der Vielfalt behandelte Fälle und Felder werden die Muster des institutionellen Rassismus und seine Funktionsweise dennoch erkennbar. Im ersten Hauptteil der Broschüre zeigen die Autor_innen den institutionellen Rassismus in zehn gesellschaftlich relevanten Einrichtungen auf. Dabei behandeln sie auch häufig übersehene Felder, wie etwa das Gesundheitssystem oder Kulturproduktion. Mutlu Ergün zeigt mit drei Beispielen, wie diskriminierend und exkludierend auch die vermeintlich unverdächtige Kunst ist. So sollte ein Schauspieler als POC ständig die Rolle eines Kriminellen darstellen. Als „er wieder einen Drogenhändler mit gebrochenem Deutsch spielen sollte, hat I. es satt“; inzwischen arbeite er als Erzieher, weil er die Klischeerollen nicht mehr spielen wolle (S. 38). Die rassistische (fiktive) Darstellung von Kriminellen durch POC in den Medien trägt zu gesellschaftlichen Stereotypen bei - mit sehr realen Folgen. Zu Recht weist Ergün darauf hin, dass dies nicht zuletzt Polizist_innen beeinflusst.

Die Polizei ist nur eine Institution unter vielen, dennoch sticht sie hervor: Als einzige darf sie legal körperliche Gewalt anwenden. Deswegen plädiert die Autorin Angelina Weinbender für eine besondere Kontrolle der Polizei, die bisher weder durch Gesetzgebung und Justiz noch durch Medien und Wissenschaft sichergestellt sei. Oft ist sogar das Gegenteil der Fall:

„Die Ausländer- und Asylgesetze schaffen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, die nur von Migrant_innen (of Color) begangen werden können und erweitern so den Kontroll- und Zuständigkeitsbereich der Polizei gegenüber Migrant_innen (of Color).“ (S. 29)

Weinbenders Text richtet sich in erster Linie an Behörden und andere Institutionen und konfrontiert sie mit ihrem Versagen bei der Kontrolle rassistischer Polizeigewalt. In der Gesamtdiskussion um institutionellen Rassismus darf jedoch der primäre polizeiliche Rassismus nicht außer Acht gelassen werden, dessen Kenntnis der Text voraussetzt. Denn rassistische Kriminalisierung und Racial Profiling sind einerseits Folge solcher „ausländerspezifischer“ Gesetzgebung, gleichzeitig reproduzieren sie rassistische Klischees von „Illegalen“ und „Drogendealern“.

Gegen den rassistischen Alltag

Gemäß dem Ziel des MRBB stellt die Broschüre nicht nur den institutionellen Rassismus dar, sondern gibt zahlreiche Empfehlungen für den Berliner Aktionsplan, welche durch Initiativen,

Verbände und Kampagnen ausgearbeitet wurden. Auch wenn sie an die Berliner Senatsverwaltung gerichtet sind, können sie auch für Aktivist_innen hilfreich sein, die sich im Diskurs oder in Verhandlung mit Behörden befinden und nach konkreten Verbesserungsmöglichkeiten suchen. Anhand der Empfehlungen und Forderungen der Arbeitsgruppe Polizei wird dabei nochmals ersichtlich, wie vielschichtig Rassismus die Institution beeinflusst: Neben Racial Profiling und dem Fehlen einer Beschwerdestelle für Opfer rassistischer Polizeigewalt werden vor allem die verschiedenen Praxen der rassistischen Kriminalisierung thematisiert. Sie passiert öffentlichkeitswirksam über Pressemeldungen, die die Herkunft vermeintlicher Täter_innen nennen oder Kriminalstatistiken, welche nach Staatsangehörigkeit aufgeschlüsselt sind. Durch die Forderungen wird deutlich: Institutioneller Rassismus lässt sich nicht nur innerhalb einer Institution bekämpfen; etwa haben Medien und Kulturbereich einen großen Anteil an solcher öffentlicher rassistischer Kriminalisierung.

Insgesamt bietet die Broschüre einen guten und thematisch breiten Einblick in die rassistischen Praxen deutscher Institutionen. Zwar könnte eine längere Einleitung Wissensgrundlagen bereitstellen und die einzelnen Texte näher zusammen rücken, dafür fordert die Broschüre von den Leser_innen eine aufmerksame Auseinandersetzung mit dem Thema, in der auch die Zusammenhänge klar werden. Dass gerade durch konkrete Beispiele die institutionelle Dimension des Rassismus dargestellt wird, ist die große Stärke der Broschüre.

Zusätzlich verwendete Literatur

Nana Odoi 2004: Die Farbe der Gerechtigkeit ist weiß. Institutioneller Rassismus im deutschen Strafrechtssystem. Bundeszentrale für politische Bildung. Online [hier](#).

**

Die Broschüre ist bestellbar unter info@mrbb.de und steht [hier](#) zum Download bereit.

Migrationsrat Berlin Brandenburg (Hg.) 2011:
Institutioneller Rassismus. Ein Plädoyer für deutschlandweite Aktionspläne gegen Rassismus und ethnische Diskriminierung.
MRBB, Berlin.
108 Seiten. 3,00 Euro.

Zitathinweis: Hannah Eitel: Rassismus mit System. Erschienen in: Polizei im Rassismus. 21/ 2012, Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1053>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Trio Socialista



Carolin Würfel

Drei Frauen träumten vom Sozialismus

Maxie Wander, Brigitte Reimann, Christa Wolf

Das Leben und Wirken drei der berühmtesten DDR-Schriftstellerinnen war eng miteinander vertrackt und beschreibt Hinwendung zum und Abkehr vom sozialistischen Staat.

Rezensiert von [Friederike Jahn](#)

Carolin Würfel hat sich eine große Aufgabe gestellt: drei der bekanntesten Schriftstellerinnen der DDR – der Klappentext des Verlags spricht gar von Ikoninnen –, Christa Wolf, Brigitte Reimann und Maxie Wander, vergleichend zu portraituren. Dieses Unterfangen ist insofern eine große Aufgabe, als dass man mit dem Lebensweg jeder Einzelnen dieser Frauen, mit ihren Träumen und Widersprüchen, ihrem Werk und dessen Rezeption ganze Regale füllen könnte. Carolin Würfel betrachtet vor allem, wie die drei Autorinnen sich aus den biografischen Erkenntnissen der eigenen Jugend in der DDR mit ihren sozialen Versprechungen für eine bessere Welt sprichwörtlich verschrieben – und letztlich scheiterten.

Politisches Erwachen

Würfel beschreibt in ihrem Buch chronologisch und im Wechsel, woher Wolf, Reimann und Wander kommen: Detailliert werden die unterschiedlichen Milieus und Herkunftsorte der drei Frauen und ihrer Familien dargelegt – eine überzeugtes Mitglied des BDM in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, eine aufgewachsen in Sachsen-Anhalt und eine in einer österreichischen kommunistischen Familie. Würfel erzählt zumeist von bekannten Dingen aus dem Leben der drei Schriftstellerinnen. Von Brigitte Reimann, die Zeit ihres Lebens durch ihre Kinderlähmung geprägt war, da der Gehfehler sichtbar war. Wie sie durch ihren durchaus kitschig-pathetischen Roman „Die Frau am Pranger“ als junge Frau in der DDR über Nacht berühmt wurde. Wie sie dem Ruf „Greif zur Feder, Kumpel“ der Bitterfelder Konferenz 1959 folgte und nach Hoyerswerda zog, um dort der Neustadt mit „Ankunft im Alltag“ ein literarisches Denkmal zu setzen und ein neues Genre, die sogenannte Ankunfts-literatur, zu begründen. Würfel erzählt von den Ehen der Reimann und den Affären, von der Freundinnenschaft mit Christa Wolf, von der unbändigen Liebe zum Leben, mit der sie sich mit aller Kraft gegen den Krebs stemmte – und den Kampf mit nur 39 Jahren verlor.

Würfel erzählt von Christa Wolf, die ein überzeugtes BDM-Mädel gewesen war. Sie erzählt von Wolfs Einsicht, dass das falsch war, und dass sie das in den Anfängen der DDR zu einer noch überzeugteren Sozialistin machte. Würfel erzählt von der strengen Christa Wolf mit zwei Kindern. Wie Christa Wolf vom Ministerium für Staatssicherheit zuerst erfolgreich angeworben wurde. Wie sie zweifelte und als nicht zuverlässig in die Partei wanderte. Carolin Würfel erzählt von Maxie Wander, die als Elfriede Brunner mit ihrem 20 Jahre älteren Mann freiwillig in die DDR auswanderte. Wie sie eigentlich fotografierte und mit „[Guten Morgen, du Schöne](#)“ nicht nur berühmt wurde, sondern auch den so unterschiedlichen Frauen in der DDR ein Denkmal setzte, das bis heute nichts an Spannkraft verloren hat. Wie sie ihre Tochter Kitty durch einen tragischen Unfall verlor. Und wie auch Maxie Wander den Kampf gegen den Krebs verlor.

Der Aufbau des Buches ist in drei Abschnitte „Politisches Erwachen“, „Ankunft im Alltag“ und „Träume platzen“ gegliedert. Innerhalb dessen wechselt die Perspektive auf die Frauen ohne vorhersehbares Muster, die Vornamen bilden die jeweiligen Zwischenüberschriften. Hinsichtlich des vergleichenden Charakters des Buches kann so zumindest gut nachvollzogen werden, wer was in einem ähnlichen Zeitabschnitt getan hat. Vor allem im dritten Teil des Buches gelingt es Würfel zu zeigen, warum sie sich die drei Frauen ausgesucht hat: Weil deren Werdegang durchaus nicht nur Parallelen aufweist, sondern es vor allem untereinander Freundschaft gab und sich die Frauen in unterschiedlicher Intensität aufeinander bezogen.

Ein Wissenschaftsroman?

Bereits am Anfang des Buches zeigen sich mehrere Irritationen, die sich im Laufe der Lektüre nicht auflösen, in Teilen sogar verstärkt werden: So ist nicht ganz klar, was die Leser*innen eigentlich vor sich haben: ein Sachbuch, eine Biografie, ein Roman? Als Biografie kann es nur oberflächlich bleiben, da wie bereits beschrieben die Leben der drei Frauen so vielschichtig waren, und sie darüber hinaus so viel Schriftgut in Form von Manuskripten, Tagebüchern und Briefwechseln hinterlassen haben, dass ein Buch von 250 Seiten das gar nicht abdecken kann. Nun erhebt das Buch nicht den Anspruch, all dem gerecht zu werden und biografisch vollständig zu sein. Es wäre demnach nicht fair, es daran zu messen. Dennoch bleibt die Intention dieses Buchs fraglich. Ob es nun ein Sachbuch ist, mit entsprechender nachvollziehbare Quellengenauigkeit oder ein Roman mit entsprechender künstlerischer Freiheit, kann während des Lesens nicht geklärt werden. Und tatsächlich stört das irgendwie.

So werden in jedem der drei Frauenportraits die Gedanken und Gefühle der Porträtierten niedergeschrieben, jedoch ist nicht ersichtlich, woher das genaue Wissen der Autorin darüber kommt, wie sich Reimann, Wolf, Wander an einen konkreten Tag im Nachkriegsdeutschland gefühlt haben. Dies würde für die Fiktion eines Romans sprechen, der auf wahren Tatsachen beruht, beispielsweise hier:

„Christa Wolf saß in ihrer Wohnung – zwei Zimmer zur Untermiete – im Leipziger Stadtteil Gohlis und auf einer unbequemen Bank neben dem weit geöffneten Fenster und blickte erschöpft nach draußen. Stumpfes Haar. Müde Augen. Fahle Haut. Vor ihr zwei Umschläge und beschriebene Papierbögen; Hoffnungen gegen Trübsinn.“ (S. 53)

Irritierend ist aber, dass immer wieder mit direkten Zitaten gearbeitet wird, deren Ursprung jedoch nicht verraten wird. So etwa hier: „Sie [Brigitte Reimann] nennt sich – kein Scherz: ‚Der erste Mann im Staat‘.“ (S. 48) Für ein Sachbuch müsste man also schlechte Quellenarbeit bescheinigen.

Dass es anders gehen würde, zeigt beispielsweise der Roman „Exil der frechen Frauen“ von Robert Cohen aus dem Jahr 2009. Das Sujet ist im Grunde genommen das gleiche: Es geht um drei Schriftstellerinnen und Kommunistinnen, deren Leben und Werk, ihren tiefen Glauben in und ihre Enttäuschungen durch den „Kommunismus“. Der Roman zeigt, dass man durchaus ein sehr genaues Quellenstudium machen kann – welches sich im Detail im Roman niederschlägt – und trotzdem literarisch die miteinander verwobenen Lebenswege von verschiedenen und doch so gleichen, weltweit bekannten Persönlichkeiten sehr einfühlsam und mit der einem Roman gebotenen künstlerischen Freiheit erzählen kann.

Der Ehemann

Eine weitere Merkwürdigkeit, der sich Carolin Würfel durchaus bewusst ist, ist die Beschreibung der Frauenleben über ihre (Ehe-)Männer. „Ein Frauenleben über Männergeschichten zu beschreiben und zu begreifen ist blödsinnig und eindimensional. Reimanns Männergeschichten und Eroberungen spielen beim Blick auf die Schriftstellerin jedoch tatsächlich eine Rolle“ (S. 122). So werden zuerst Fred Wander und Gerhard Wolf und ihre Biographien vorgestellt und welchen

Einfluss sie auf Maxie, also Elfriede Brunner, und Christa Ihlenfeld hatten. Aus feministischer Perspektive ist dieses Vorgehen irritierend. Ebenso irritiert, dass die Beschreibung des unkonventionellen Lebensstils der Reimann als „unnormale“ beschrieben wird. Ihr Portrait bleibt bei ausschweifenden Männergeschichten und schier unbändiger Lebenslust stehen und wird ihrem, in der prüden DDR-Gesellschaft durchaus devianten Lebensstil, nicht gerecht.

Natürlich ist es interessant, wie (feministische?) Frauen ihren Alltag bestreiten, vor allem in einer Zeit und Gesellschaft, die stark normiert war. Gerade deswegen sollten die Männer, die unbestritten bei allen drei Frauen auch eine prägende Rolle einnahmen, über ihre famosen Ehefrauen erzählt werden – und nicht anders herum. Denn, und die Quellen kennt Würfel, wie sowohl das Buch als auch die knappe Literaturangabe am Ende des Buches zeigt: Die Frauen könnten über sich selbst, in Briefen und Tagebuchaufzeichnungen, so viel erzählen, die Freundinnenschaften könnten die Zentrale des Buches darstellen – und sich damit auch abgrenzen zur bereits vorhandenen reichhaltigen Literatur, die in den Dreien vor allem die erfolgreichen, teilweise staatskonformen, Schriftstellerinnen sieht. Schade, dass diese Chance in „Drei Frauen träumten vom Sozialismus“ teilweise verpasst wurde.

Carolin Würfel 2022:

Drei Frauen träumten vom Sozialismus. Maxie Wander, Brigitte Reimann, Christa Wolf.

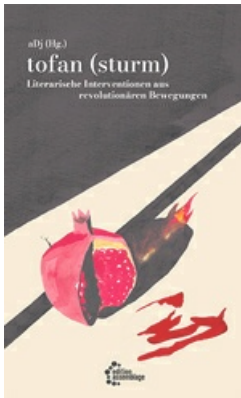
Hanser Berlin, München.

ISBN: 978-3-446-27384-9.

269 Seiten. 23,00 Euro.

Zitathinweis: Friederike Jahn: Trio Socialista. Erschienen in: Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1856>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Schreiben im Angesicht der Revolution



aDj (Hg.)

tofan (sturm)

Literarische Interventionen aus revolutionären Bewegungen

Ein Granatapfel ist nicht nur ein Granatapfel. Als Symbol wohnt ihm eine ganze Welt inne – und vor allem revolutionäres Potenzial.

Rezensiert von [Johanna Bröse](#)

Mitte November 2023 wurde der Mörder von Hrant Dink vorzeitig wegen „guter Führung“ aus der Haft entlassen. Hrant Dink – Հրանտ Ծիւր –, Gründer, Chefredakteur und Mitherausgeber der Zeitung Agos, war am 19. Januar 2007 vor dem Zeitungsgebäude in Istanbul erschossen worden. Die Zeitung erscheint zweisprachig, armenisch und türkisch. Ihr kommt damit eine zentrale politische Symbolfunktion zu, insbesondere, weil sie in ihren Beiträgen den Genozid an den Armenier:innen nicht verschweigt oder leugnet – wie es die türkische Staatsräson verlangt –, sondern immer wieder aktiv daran und an weitere Menschenrechtsverletzungen in der Region erinnert. Gegen Autor:innen von Agos liefen und laufen (neben den unvermeidlichen medialen Hasskampagnen) deshalb auch juristische Verfahren wegen „Verrat des Türkentums“ (Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuchs) – auch gegen Hrant Dink in den Monaten vor seiner Ermordung. Türkische Ultranationalisten hatten ihn bis zuletzt äußerst aggressiv mit dem Tod gedroht und zur Zielscheibe gemacht, ein junger Nationalist führte dann die Tat aus. Innerhalb der Sicherheitsbehörden wurde er im Anschluss unverhohlen gefeiert, Aufnahmen zeigen den lächelnden Täter etwa gemeinsam mit Polizisten Arm in Arm vor nationalistischen Symbolen. Dass er jetzt wieder auf freiem Fuß ist, ist ein Schlag ins Gesicht aller in der Türkei und in der Diaspora lebenden politischen und ethnischen Minderheiten.

Poetische Fragmente

Von der vorzeitigen Entlassung des Faschos konnte Sâre Zer noch nicht wissen, als sie ihren Beitrag für den Band „tofan (sturm)“ schreibt: „ein ritual, hrant dinks letzten artikel ruh halimin güvercin tedirginliđi zu lesen am neunzehnten januar eines jeden jahres“ (S. 86) In seinem Text „Die Unruhe einer Taube in meinem Gemüt“, wie der Titel auf deutsch übersetzt wurde, schreibt Dink über die Zumutungen der gegen ihn laufenden Prozesse und seine wachsende Anspannung – „Ich bin wie eine Taube. Mein Blick huscht nach rechts und links, vor und zurück. Mein Kopf ist genauso unruhig. Und schnell genug, sich von einem Augenblick zum andern zu drehen.“ (Hrant Dink 2007, Übers. J.B.) Gegen das Vergessen und Vergessen-Machen webt Sâre Zer in ihrem Beitrag aus Buchstaben und Trümmerstücken einen Weg des Erinnerns, ein Ritual des wiederkehrenden (politischen, widerständigen und kollektiven) Trauerns auch über Orte und Bruchstellen hinweg. Sie ist damit nicht alleine, weitere Autor:innen der Anthologie fügen eigene Kämpfe, eigene Gedanken, eigene Bezüge in diesen Flickenteppich der Unterdrückung und des Aufbegehrens ein. Auch wenn insgesamt die Themen (und aus subjektiver Perspektive auch die Qualität) der Beiträge variieren, ergeben sie ein sehr eindrückliches Bild der Potenziale politischer Erinnerungsarbeit.

Ich sitze nur wenige Minuten Fußweg vom Ort des Attentats an Hrant Dink entfernt und beginne mit dem Schreiben der Rezension. Unmittelbarkeit verändert den Bezug – etwa, wenn das Militär des Staats, in dem man sich befindet, erbarmungslos auf seinem Territorium und in angrenzenden Regionen Kurd:innen angreift und bombardiert, politische Gegner:innen inhaftiert und pausenlos Menschen nach Afghanistan, Syrien oder Irak deportiert. Aber konkreter Bezug ist nicht alles, auch die Verbundenheit von Erfahrungen über Orte hinweg ist zentral. Zahllose Leidtragende von militärischer und struktureller Staatsgewalt, nationalistischem Größenwahn und kolonialer Unterdrückung scheinen in den Textfragmenten des schmalen Bandes vor mir auf dem Tisch auf, mit ihren individuellen und kollektiven Geschichten und Kämpfen. Diejenigen, die ihnen ihre Stimmen, oder ihre Buchstaben, leihen, sind politische Poet*innen, poetische Soziolog*innen und Textarbeiter*innen – darunter Tanasgol Sabbagh, Sanaz Amizipour, Sâre Zer oder Rosa Burç. Es sind „literarische Interventionen aus revolutionären Bewegungen“, wie der Buch-Untertitel verheißt, quer durch alle Genres: Lyrik, politische Gespräche, Essays, zwei Lieder und Bilder. Was ein Gedicht überhaupt sei, im Angesicht der Revolution, fragt Tanasgol Sabbagh in ihrem Beitrag immer wieder, und verbindet die Antworten:

*„What is a poem in the face of a revolution
A cemetery?
A graveyard?“ (S. 22)*

Dies sind eindrückliche Bilder und Worte wie Messer, die tief ins Fleisch schneiden. „Jîna, Liebste“ schreibt Sabbagh, „als ich angefangen habe diesen Text zu schreiben, da gab es dich noch“ (S. 19). Poesie als ein Funke, der die Revolution entzünden kann.

*„Something to hold on to
The head of a nail
An open palm, a fist,
fuel, many things: the spark
that lights up a fire.“ (S. 25)*

Widerstand und Neubeginn

„An entire world“ – eine ganze Welt, sagt Rosa Burç in einem Beitrag des Pomegranade Podcasts, von dem eine verschriftlichte Kurzversion in den Band gefunden hat, „hidden in this very hard shell.“ Sie bezieht sich auf die Frucht, die dem Podcast den Namen verleiht und mit dem Adrian Pourviseh das Cover der Anthologie geschmückt hat: Der Granatapfel, für viele Menschen Symbol der Widerständigkeit und Autonomie. Die diamantförmigen, tiefroten Kerne, die hinter dieser harten Schale versteckt sind, sagt Burç, „all these small bits have another shell, so they have their integrity and their autonomy, but they are all part of one.“ (S. 50) In der Levante und darüber hinaus hat die Frucht auch deswegen hohe symbolische Bedeutung. Burç schlägt davon ausgehend einen Bogen zu den Feuern, die zum kurdischen Newroz überall entzündet werden – sie sind ein wichtiges Symbol der kurdischen Geschichte und auch des kurdischen Widerstands, ein Sinnbild der Hoffnung. Neben dem Willkommenheißen des Frühlings, der ursprünglichen Bedeutung des Neujahrsfests, sei Newroz zunehmend eine politische Bedeutung verliehen worden, so Burç. Die Fokussierung auf den politischen Aspekt, beziehungsweise die Politisierung der Feierlichkeiten sei

*„ein Produkt der starken Kriminalisierung der Newroz-Feiern. [...] Schon das Tanzen um ein Feuer ist ein Akt des Ungehorsams und im Fall der Kurd*innen ein Akt des Widerstands. Wir können das kulturelle Leben deshalb nicht von seinem politischen Aspekt trennen.“ (S. 52f., Übers. J.B.)*

Nar, ﺋﺎﺭ, Apfelgranate

Granatäpfel, Akkoub (ein Distelgewächs), Olivenzweige, Flammen... Viele Natur-Bezüge finden

sich als Symbole von regionaler und kultureller Verwurzelung, Resilienz und Widerstand wieder. Sie müssen aber auch als kolonisierte (und damit dem widerständigen Gehalt beraubte) Objekte sichtbarer gemacht werden, macht Sanaz Azimipour in ihrem Beitrag des Bandes auf persisch und deutsch deutlich:

„Elemente wie Granatäpfel, Keramikfliesen und Fladenbrot [sind] die letzten Dinge, die mit der Jîna-Revolution in Verbindung gebracht werden sollten. Wenn wir Revolutionen im Sinne einer Störung der herrschenden Ordnung verstehen, müssen wir bereit sein, die koloniale Ordnung/das koloniale Verständnis und das kolonisierte Objekt in Frage zu stellen.“ (S. 69)

Nicht alle Autor:innen hätten die Illustration des Buches gutgeheißen, kommentiert dementsprechend Herausgeber aDj in einer Anmerkung am Ende des Buches. Er habe sich letztlich aber für den Fokus und die Kontextualisierung des Granatapfels – der in seiner Familie auch „gerne (lange unfreiwillig) Apfelgranate“ (S. 98) genannt werde – als Symbol für den Band entschieden. Mit oder ohne Granatapfel ist der Band voller revolutionärer tieferer Fragmente, die zum Nach- und Zusammendenken, zum Betrauern und zu Solidarität anregen.

Weiterführende Quellen

Hrant Dink 2007: [Ruh halimin güvercin tedirginliği](#). Hrant Dink Vakfi. – Der Text ist dort auch ins englische übersetzt.

aDj (Hg.) 2023:

tofan (sturm). Literarische Interventionen aus revolutionären Bewegungen.

edition assemblage, Münster.

ISBN: 978-3-96042-171-9.

104 Seiten. 12,80 Euro.

Zitathinweis: Johanna Bröse: Schreiben im Angesicht der Revolution. Erschienen in: Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1860>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Methodologische Methodenkritik



Theodor W. Adorno

Nachgelassene Schriften. Abteilung IV: Vorlesungen
Band 12: Philosophische Elemente einer Theorie der Gesellschaft

Adorno entfernt sich von allen konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen und sinniert über die Möglichkeit von Theorie überhaupt; lesenswert sind dabei vor allem seine Randnotizen.

Rezensiert von [Peter Schadt](#)

Wie jedes Jahr ist auch 2023 wieder ein Band Adornos verlegt worden: „Philosophische Elemente einer Theorie der Gesellschaft“. Gleich zu Beginn sei festgehalten: Das Studium des Bandes lohnt sich, und es wäre ein leichtes, eine längere Rezension mit den verschiedenen bedenkenswerten Stellen als aphoristischen Blick auf die Vorlesung aus dem Jahre 1964 zu konzipieren. Es würde dem Anspruch der Vorlesung aber nicht gerecht werden, sie auf ihre richtigen Gedanken zum Verhältnis von Wesen und Erscheinung oder seinen Überlegungen zur falschen Marx-Rezeptionen in der ehemaligen Sowjetunion zu reduzieren, warum im Folgenden auch versucht werden soll, das Anliegen der Vorlesung zu würdigen, die Grundlagen einer Theorie der Gesellschaft zu reflektieren.

Methodische Widersprüche zur Einleitung

Der bürgerlichen Soziologie seiner Zeit wirft Adorno zu Beginn der Vorlesungen vor, keine Rechenschaft über ihre philosophischen Grundlagen ablegen zu wollen. „Eigentlich fast jeder Soziologe“ (S. 13) heute (also 1964) führe nur noch „irgendwelche begrenzten Untersuchungen“ (S. 13) aus. Wer dieser Selbstbeschränkung nicht nachkomme, handele sich schnell den Vorwurf der Metaphysik ein. Gegen jene Trennung von Philosophie und Soziologie, Empirie und Theorie redet Adorno in seiner Vorlesung an. Er will eben auf jene philosophischen Elemente hinweisen und sie auch entwickeln, die er als notwendig erachtet für die Grundlage einer Theorie der Gesellschaft. Dabei will er nicht als Kritiker der Empirie auftreten, sondern diese um die Theorie ergänzt wissen:

„[...] daß die Art Theorienbildung, um die es mir dabei geht, ihrerseits eigentlich abhängt von den zu behandelnden Tatsachen [...]. [D]ie Vorstellung von Theorie, die mich geleitet, ist die, gerade durch die Versenkung in die Konkretion über das bloß Faktische hinauszukommen, also sich so sehr den einzelnen Materialien anzuvertrauen, daß dadurch mehr dabei herauschaut als eben bloß das blinde, begriffslose Material.“ (S. 24)

Der an Hegel geschulte Adorno hat hier einerseits recht, dass die Wissenschaft eine Bekanntschaft mit ihren Gegenständen voraussetzt: „Die Philosophie kann daher wohl eine Bekanntheit mit ihren Gegenständen, ja sie muss eine solche, wie ohnehin ein Interesse an denselben voraussetzen, schon darum, weil das Bewusstsein sich der Zeit nach Vorstellungen von den Gegenständen früher als Begriffe von denselben macht und auf dasselbe sich wendend zum denkenden Erkennen und Begreifen fortgeht“ (Hegel, Enzyklopädie §1). Es kommt bei manch einem Gegenstand daher vor, dass man ihn unzureichend kennt, also Material zusammentragen, das heißt zur Kenntnis nehmen muss, bevor man sich überhaupt der wissenschaftlichen Tätigkeit widmen kann. Erkennen kann

man nur, was bekannt ist.

Es ist andererseits nicht ohne Ironie, dass Adorno seine Überlegungen über die Möglichkeit von Gesellschaftstheorie – die auf der Notwendigkeit basiert, sich ganz den Fakten zu überlassen, um über diese hinauszukommen – zum Anlass für einen Metakommentar nimmt. So entfernt er sich von allen konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen und reflektiert über die Möglichkeit von Theorie überhaupt, anstatt sie durchzuführen. Insofern emanzipiert sich Adorno von jeder Erklärung der bundesdeutschen Gesellschaft 1964, indem er sich den erkenntnistheoretischen Möglichkeiten des Erkennens selbst widmet. Sein Absehen von den konkreten Verhältnissen entspricht dabei ausgerechnet seinem Beharren darauf, sich in die Konkretion zu versenken. Er insistiert, sich ganz dem Gegenstand selbst ohne Entfernung zur Sache zu überlassen, während er sich von einer Theorie der Gesellschaft mit solchen methodischen Vorüberlegungen immer weiter entfernt.

Das „Versagen“ der Theorie

Sein Vorwurf gegen die empirische Sozialwissenschaft in dieser methodischen Einleitung besteht also darin, dass diese sich „von der Theorienbildung [...] entfernt, als daß sie sich ihr näherte“ (S. 30). Der Fehler der modernen Soziologie liegt also nicht in dem, was sie tut und wie sie sich die Fakten erklärt, sondern darin, dass sie es immer weniger überhaupt täte, oder eben scheitere und insofern in Ungnade gefallen sei:

„Und wenn Sie in unserer Zeit heute ein so weitgehendes Mißtrauen gegen Theoriebildung überhaupt beobachten können, dann ist dieses Mißtrauen gegen Theoriebildung nicht nur das schlechte und armselige, ich würde sagen, Symptom des Angestelltendenkens, das es allerdings auch ist, sondern es hat zugleich sein fundamentum in re. Vor allem eben die ganz legitime Enttäuschung darüber, daß ungezählte sogenannte theoretische Entwürfe versagt haben. Und schließlich war ja sogar die Rassentheorie der Nationalsozialisten irgend etwas wie der Versuch einer Theorie der Gesellschaft, nur eben einer vollkommen zum Wahnsystem ausgearteten, die also einen vernünftigen Grund überhaupt nicht mehr gehabt hat.“ (S. 45)

Den „vernünftigen“ Grund der Rassentheorie – eine Rechtfertigung für die nationalsozialistische Politik mit naturwissenschaftlichen Mitteln zu liefern – lässt der Philosoph nicht gelten, weil dies seinem Maßstab der Vernunft nicht standhält und damit in die Abteilung „Wahnsystem“ fällt: So lässt sich kein Fehler der Nazis ermitteln, aber ihre Theorieproduktion erfolgreich als unvernünftiger Wahnsinn verdammen. „Versagt“ hat eine „Wissenschaft“ wie die Schädel- und Nasenmesserei der deutschen Faschisten dabei auch nicht in ihrer Funktion, allerlei Belege zu finden beziehungsweise zu konstruieren, die nützlich für die ideologische Theorieproduktion im dritten Reich waren. Man muss der Rassentheorie schon etwas sachfremd den Zweck unterstellen, Erkenntnis über die menschliche Natur herausfinden zu wollen, um sie dann als gescheitert bezeichnen zu können. Das Ende der entsprechenden Lehrstühle jedenfalls verdankte sich nicht einer Einsicht in den interessierten Charakter entsprechender Studien, sondern dem „Wechsel“ des Herrschaftspersonals in Berlin und der entsprechenden Umstrukturierung der deutschen akademischen Landschaft.

Überhaupt die Rassentheorie zum theoriefernen Empirismus zu erklären, anstatt umgekehrt in ihr eine Ideologie zu entdecken, die noch jedes Faktum unter den vorher gefassten Entschluss subsumieren kann, Juden- und sonstige „Untermenscheneigenschaften“ zu „identifizieren“, illustriert die verkehrten Urteile des Frankfurter Soziologen, der Theoriebildung „an sich“ problematisiert. Da soll eine Skepsis gegen Theorie ausgerechnet daraus ihre Legitimität beziehen, dass man Theoriebildung ganz im Geiste der Rechtfertigung betreiben kann; ganz so, als hätten die Schädelmesser sich vertan und wenig entschlossen ein Projekt verfolgt, dass von Anfang an einen anderen Zweck hatte, als etwas zu erklären.

Zum Gegenstand der Reflexion machen

Mit diesen Überlegungen ist für Adorno der Gegenstand der Vorlesungen festgelegt: Das Problem von Theoriebildung allgemein, dabei ist die einzelne Theorie immer nur Exempel fürs Allgemeine. Marx' Kritik der politischen Ökonomie wird vorstellig gemacht als eine Theorie der Gesellschaft und unter die sehr philosophische Botschaft subsumiert, die Adorno ihr abgelauscht hat:

„Seht euch einmal an, wie eure Gesellschaft als ein System nun wirklich funktioniert, also seht euch einmal an, was herauskommt, wenn man das liberale Prinzip des freien und gerechten Tausches sich allseitig entfaltet denkt, die bedeutet eben zugleich auch, daß dieses System, indem es sich selbst verwirklicht, sein eigenes Negatives wird.“ (S. 47)

Adorno stellt damit klar, worum es ihm geht: Ausgerechnet Marx' Werk, dass die Verkehrsformen des Kapitalismus darstellt, interessiert ihn gerade in der Absehung dieses Inhalts als ein Beispiel für die Problematisierung von Theorie der Gesellschaft überhaupt:

„Und ich glaube, wenn ich Sie hier in die Elemente einer philosophischen Theorie der Gesellschaft einführen soll, bin ich zunächst gehalten, Ihnen wenigstens kursorisch zunächst einmal einige der Momente zu nennen, in denen eben diese theoretische Einheit der Gesellschaft nicht mehr besteht, und daran anzuschließen die Frage, ob dadurch die Möglichkeit einer Theorie überhaupt [!] ausgeschlossen ist, und weiter die Frage – die nun freilich eine philosophische Frage ist und anders als philosophisch gar nicht beantwortet werden kann –, wie dann nämlich eine Theorie der Gesellschaft auszusehen habe, oder, um es vorwegzunehmen, dann die Frage anzumelden nach der Gestalt einer nichtsystematischen Theorie.“ (S. 48f)

Marx' Ausführungen zum gerechten Tausch, den dieser als Verkehrsform der kapitalistischen Ausbeutung denunziert, zitiert Adorno entsprechend seinem Projekt nur ganz beiläufig, ohne den Gedanken näher zu würdigen oder gar seinen Studierenden – und damit auch seinen Lesenden von heute – näher zu bringen. Alle Theorien der Gesellschaft sind für ihn eben nur das Sprungbrett für die Rückführung auf ihre philosophischen Elemente und damit Anlass zur Reflektion, wie eine kritische Methode der Theorie oder eine methodologische kritische Theorie auszusehen hat. Insofern sind auch diese Vorlesungen von Adorno ein Konjunktiv: Wie eine Theorie der Gesellschaft heute noch *möglich wäre*, die den Ansprüchen einer kritischen Theorie der Gesellschaft gerecht werden *würde*. Entsprechend dürftig fällt die Theorie der Gesellschaft aus, die im Titel angeführt wird; und entsprechend viel Raum nehmen die philosophischen Elemente ein.

Dennoch bleibt, was zu Anfang festgestellt wurde: Ausgerechnet jene Stellen, die für Adorno nur den Charakter des kursorischen Beispiels haben, sind immer wieder lesenswert und sind gerade in ihren Reflexionen auf die „Rolle der Technik“ (S. 210) im Kapitalismus – gerade im Zeitalter der Digitalisierung und KI – mit Gewinn zur Kenntnis zu nehmen.

Theodor W. Adorno 2023:

Nachgelassene Schriften. Abteilung IV: Vorlesungen. Band 12: Philosophische Elemente einer Theorie der Gesellschaft.

Suhrkamp Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-518-30013-8.

278 Seiten. 25,00 Euro.

Zitathinweis: Peter Schadt: Methodologische Methodenkritik. Erschienen in: Wer braucht eigentlich die Polizei?. 70/ 2024. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1859>. Abgerufen am: 16. 01. 2024 12:22.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2024 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.